

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe April 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt EU-Militarisierung:

- Malte Lübbmann*
Aus dem All in alle Welt: Weltraumpolitik für die
Militärmacht Europa 3
- Jürgen Wagner*
EULEX: Brüssel übernimmt und sichert
Kosovo-Kolonie 11
- Andreas Seifert*
Testfall China: Die chinesisch-europäischen
Beziehungen auf dem Prüfstand 13
- Christoph Marischka*
Fronttext simuliert den Notstand 19

Deutschland und die Bundeswehr

- Lucius Teidelbaum*
MAD in Germany: Der unbekannteste Geheimdienst 20
- Claudia Haydt*
Afghanistan: Deutsche Militärtradition 23

NATO

- Jürgen Wagner*
Der NATO-Gipfel in Bukarest:
Runderneuerung zum Kriegs- und Besatzungsbündnis 25
- antimilitaristische rundschaue 31

Editorial:

Eintüten, adressieren, stempeln und frankieren. Viel Informationsmaterial wurde in den letzten Wochen aus dem IMI-Büro verschickt. Die letzte Ausgabe des AUSDRUCK - eine Sondernummer zur Dokumentation unseres Kongresses zur Transformation der Bundeswehr - war ebenso schnell vergriffen, wie unser Flugblatt zum EU-Reformvertrag. In Kooperation mit einer Berliner Gruppe wurde Letzteres mittlerweile auch ins Englische übersetzt und ist auf unserer Homepage abrufbar. Auch von der u.a. von der IMI erstellten Broschüre zu Frontex sind nur noch wenige Exemplare vorhanden. Auch hier werden gerade ein Nachdruck und eine englische Übersetzung angedacht.

Nachdem wir von vielen Seiten angesprochen wurden haben wir nun auch gemeinsam mit der AG Frieden Trier und der DFG-VK eine Mailkampagne zum

Reformvertrag angestoßen. Zudem haben wir neben einigen kleineren Publikationen noch drei sehr umfangreiche Studien zur Militarisierung des Weltraums, zu rechts-extremistischen Tendenzen in der Bundeswehr und zu den Beziehungen zwischen der EU und China veröffentlicht. Kurzfassungen dieser Studien haben wir in dieser Ausgabe des AUSDRUCK dokumentiert. Äußerst erfreulich war eine Nachricht, die wir bislang nur in der antimilitaristischen Rundschau weitergeben, die wir aber weiter aufbereiten wollen: Ein Mitglied der IMI und ehemaliger Autor im AUSDRUCK wird aufgrund seines hiesigen Engagements und seiner Verweigerung des Kriegsdienstes in der Türkei nun eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (Abschiebeschutz nach §60(5) AufenthG).

Soviel zu den guten Nachrichten. Schlechte gab es wie immer zuhauf. Wäh-

rend diese Ausgabe des AUSDRUCK fertig gestellt wurde, wurden Proteste gegen steigende Lebensmittelpreise in Ägypten von nationalen Sicherheitskräften im Keim erstickt und in Haiti von der UN-Mission MINUSTAH mit Waffengewalt aufgelöst. Im Keim erstickt wurden auch die Proteste gegen den NATO-Gipfel in Bukarest: Alle, die nach NATO-Gegner aussahen, wurde einfach festgenommen. Das wird den Sicherheitskräften beim NATO-Gipfel 2009, bei dem das Bündnis in Kehl und Straßburg sein 60-jähriges Bestehen feiern will, nicht gelingen. Wir werden mobilisieren, ein erster Anlass, unsererseits entsprechende Bündnisse zu schmieden, wird sich hoffentlich auf dem Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) an Pfingsten in Bochum ergeben.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Claudia Haydt, Afghanistan, in: SoZ, März 2008.

Bildnachweise: S. 6, 8, ESA; S. 10, 26, Wikipedia; S. 12, Rat der Europäischen Union; S. 20, NATO; S. 14, 15, 16; Seifert; S. 18, IMI; S. 20, MAD.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Malte Lühmann und Lucius Teidelbaum waren IMI-Praktikanten.

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Aus dem All in alle Welt

Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa

von Malte Lüthmann

Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts lässt sich beobachten, wie die europäische Sicherheits-Community mit wachsender Entschlossenheit in den Weltraum drängt. Das militärische Instrumentarium für die geopolitischen Ambitionen der EU soll so entscheidend erweitert werden. Außerdem zielen diese Bemühungen darauf ab, der europäischen Raumfahrtindustrie eine starke Basis für den internationalen Wettbewerb zu sichern.

Die Bedeutung des Weltraums für Politik und Militär begann allgemein mit der Entwicklung der Raketentechnologie seit dem Zweiten Weltkrieg rapide zu wachsen. Heutzutage ist es der Wandel der Kriegsführung unter dem Stichwort „Revolution in Military Affairs“ (RMA), der die breit angelegte Integration von Weltraumtechnologie in Kommandozentralen und auf dem Schlachtfeld beinhaltet und damit als Impulsgeber zur weiteren Militarisierung des Alls beiträgt. Gleichzeitig bietet der Weltraum ein Feld, für internationale Kooperationen, was sich etwa im UN-Weltraumvertrag¹ von 1967 oder in der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland im Rahmen des Shuttle-Mir-Programms² ausdrückt, das Anfang der 90er Jahre durchgeführt wurde. Bei der Weltraumpolitik handelt es sich also um ein Politikfeld, das dank seines großen Potenzials für grenzüberschreitende Anstrengungen aktiv zur Förderung des Friedens genutzt werden könnte.

Gerade in jüngster Zeit verstärkt sich aber wieder eine Entwicklung, die in die entgegengesetzte Richtung weist. So haben die USA im Jahr 2006 ihren Dominanzanspruch im Weltraum und die Weigerung, sich Einschränkungen durch internationale Regulierungen auf diesem Gebiet zu beugen, zur offiziellen Doktrin erhoben.³ Andere Staaten, wie etwa die VR China oder Indien, ziehen derweil nach und entwickeln Technologien und Doktrinen, die es ihnen ermöglichen sollen, eigene Interessen gegen die Dominanz der USA durchzusetzen.⁴ Nachhaltig machte der erfolgreiche Test einer chinesischen Antisatellitenrakete (ASAT) im Januar 2007, bei dem ein ausgehender Wettersatellit abgeschossen wurde,

die Gefahr eines Wettrüstens im All deutlich. Die Europäische Union reagierte auf diesen Test mit einer Protesterklärung, in der sie ihn als Gefahr für die Sicherheit im Weltraum und für internationale Bemühungen, ein Wettrüsten im All zu verhindern, bezeichnet. Sie bekräftigte in diesem Zusammenhang ihre Haltung, wonach „die Erforschung und Nutzung des Weltraums [...] lediglich friedlichen Zwecken zu dienen und zum Nutzen und im Interesse aller Länder zu erfolgen hat.“⁵

Gleichzeitig betreibt die EU aber Anstrengungen, um die eigenen militärischen Fähigkeiten im Weltraum zu erweitern. Dass darin kein Widerspruch zu dem eben zitierten Statement gesehen wird, ändert nichts daran, dass dadurch Stabilität und Frieden im Weltraum ernsthaft gefährdet werden. Nicht nur aufstrebende Weltraummächte wie China und Indien könnten darin eine Bedrohung sehen, auch die USA beobachten die europäischen Bestrebungen mit Argwohn, schließlich zielen sie auch auf mehr politische und militärische Unabhängigkeit von den USA ab. Anstatt Alternativen zur weiteren Militarisierung des Weltraums zu entwickeln, beteiligt sich die EU aktiv an diesem Prozess. Die Gestaltung einer Strategie für die Raumfahrt, die deren militärische Nutzung forciert, ist dabei das programmatische Element der Militarisierungsbemühungen. Auf der praktischen Ebene werden derweil in zentralen Raumfahrtprojekten der Union zivile Finanzmittel etwa aus den EU-Forschungs- oder Verkehrsetats unter dem Deckmantel der dualen Nutzung zu Rüstungsausgaben umfunktioniert.

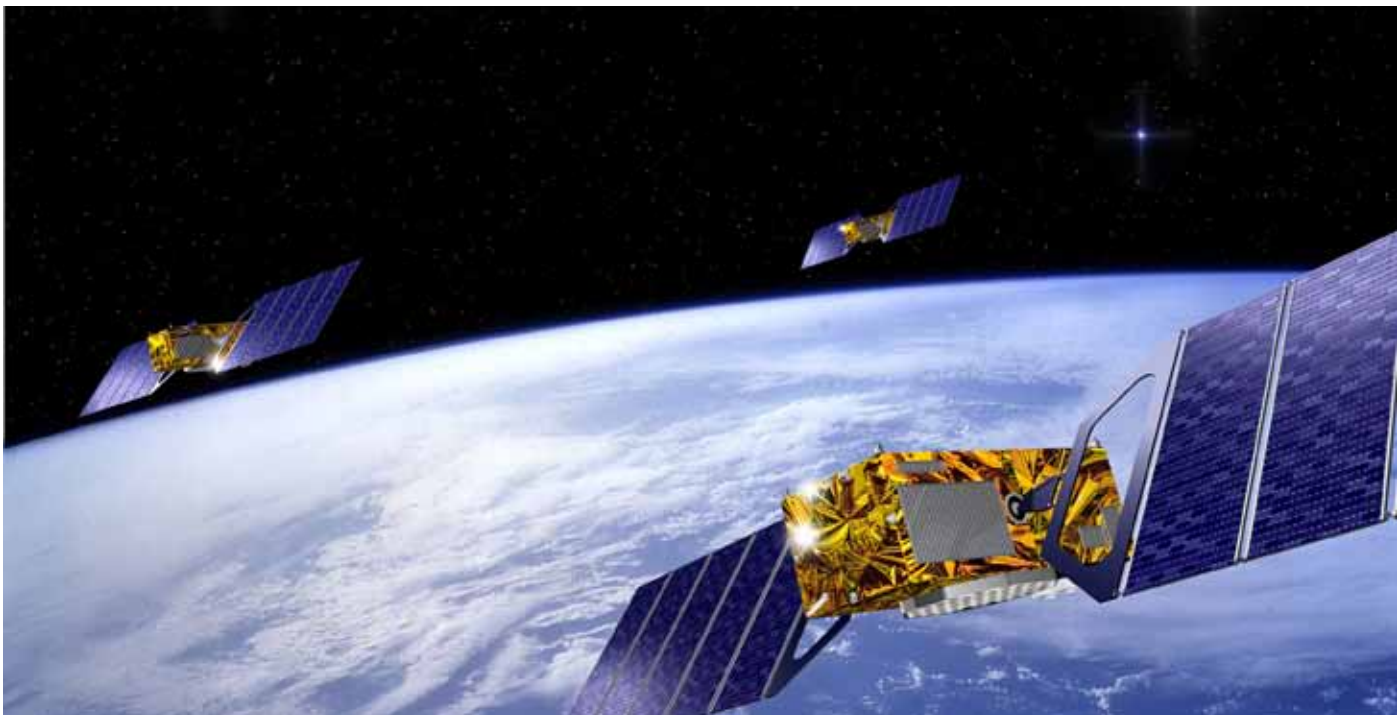
Die aggressive Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik

Nach dem „Kosovo-Schock“, ausgelöst durch das unkooperative Verhalten der US-Amerikaner im Krieg gegen Jugoslawien 1999, verstärkten die Europäer ihre Anstrengungen, eigene militärische Kapazitäten aufzubauen. Diese sollten unabhängig von den USA und der NATO, aber auf einem ähnlich hohen Niveau moderner Kriegsführung eingesetzt werden können. Das erklärte Ziel der zu diesem Zweck ins

Leben gerufenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist es, die politischen und ökonomischen Interessen der Union in ihrer Nachbarschaft und möglichst auch im globalen Maßstab selbstständig durchzusetzen.⁶ Als zentrales Dokument dieses Paradigmenwechsels hin zu einer militarisierten EU kann die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 gelten.⁷ In diesem Papier wird erklärt, „eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.“⁸ Der EU wird aufgrund ihrer Größe und Wirtschaftskraft die Rolle eines globalen Akteurs zugesprochen, dem angesichts der Verflechtung der Weltwirtschaft, seines Rohstoffbedarfs und insbesondere angesichts seiner Abhängigkeit von fremden Energiequellen global aktiv werden müsse.⁹

Andere Politikbereiche, wie etwa der Katastrophenschutz, die Entwicklungszusammenarbeit aber eben auch die Weltraumpolitik bleiben von dieser Entwicklung alles andere als unberührt. Sie werden Teil eines ausgeweiteten Sicherheitsbegriffs, der zivile Kapazitäten nicht als Alternative, sondern als integralen Bestandteil einer ressortübergreifenden europäischen Machtpolitik begreift. Die Europäische Union verfolgt deshalb die Verschmelzung ziviler und militärischer Außenpolitik. Ziel ist es dabei nicht, Krieg als Mittel der Politik abzulösen, sondern die Sicherheitspolitik durch die Verknüpfung und Koordinierung des Einsatzes von Militär mit zivilen Mitteln in ihrer Effektivität zu steigern. In der ESS wird dementsprechend hervorgehoben: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“¹⁰ Die Hauptgefahr dieses Konzeptes liegt darin, dass Alternativen zu einer militarisierten Machtpolitik durch einen umfassenden Sicherheitsbegriff vereinnahmt und dadurch nicht mehr unabhängig von militärisch geprägten Bedrohungslogiken wirksam werden können.¹¹ Um den verschiedenen Bedrohungen zu begegnen, mit denen sich die Union konfrontiert sieht, wird die außen- und sicherheitspolitische Strategie auf präventive Interventionen ausgerichtet, die neben zivilen auch militärische Mittel als Instrumente der Politik explizit einschließen. So soll wenn nötig „robustes Eingreifen“ Teil einer aktiven EU-Politik werden.¹²

Welche konkreten Aufträge auf europäische Streitkräfte in diesem Kontext zukommen, ist durch die sog. „Petersberg-Aufgaben“ definiert. Der Katalog umfasst ein Spektrum von der Katastrophenhilfe



Galileo-Satellitensystem

bis zum „robusten Eingreifen“ also der militärischen Intervention. Im Vertrag von Lissabon bzw. EU-Reformvertrag wird dieses Spektrum noch ausgeweitet und soll jetzt auch sog. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“ und „Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ beinhalten.¹³ Damit schließen die Petersberg-Aufgaben in Zukunft auch „Abrüstungskriege“ ähnlich dem Irakkrieg 2003 und Besatzungsregime, wie wir sie schon heute im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak beobachten können, ein. Zur Durchführung dieser Aufgaben sollen Truppen einsatzbereit gehalten und Fähigkeiten, die bisher nicht oder nur unzureichend in der EU vorhanden waren, aufgebaut werden. Die ersten dazu notwendigen Schritte wurden im Jahr 1999 beim Gipfel des Europäischen Rates in Helsinki eingeleitet, bei dem konkrete Bestimmungen zu Personalstärke, Einsatzfähigkeit und Ausstattung der europäischen Interventionskräfte im sog. „Helsinki Headline Goal“ festgehalten wurden. Kern dieses Dokuments ist die Fähigkeit, Soldaten innerhalb kurzer Zeit und nahezu weltweit im Rahmen der Petersberg-Aufgaben einsetzen zu können. Die „strategische Aufklärung“ bzw. „Mittel für die Überwachung und die militärische Frühwarnung“ stehen dabei ganz oben auf dem Wunschzettel.¹⁴

Was der Weltraum leisten soll

Im Umfeld militärischer Operationen, die durch den Einsatz flexibler, hochmobiler Einheiten in einem großen Einsatzgebiet geprägt sind, das möglicherweise zudem weit von Europa entfernt und den

Soldaten wenig bekannt sein kann, spielen weltraumgestützte Aufklärungsfähigkeiten eine entscheidende Rolle. Es ist also kein Zufall, dass neben dem Lufttransport die strategische und taktische Aufklärung zu den größten qualitativen Defiziten der EU-Interventionsfähigkeit gezählt wird. Außerdem werden Gebiete, die für die EU aus sicherheitspolitischer Sicht von generellem Interesse sind, auch unabhängig von konkreten Einsätzen per Satellit sozusagen vorsorglich überwacht.¹⁵ Allgemein herrscht Einigkeit über die große Bedeutung des Weltraums für die moderne Kriegsführung. Der Politikwissenschaftler Götz Neuneck etwa stellt fest, dass „heute für global agierende Streitkräfte im Rahmen der ‚Revolution in Military Affairs‘ viele Weltraumanwendungen im Bereich Kommunikation, Aufklärung und Navigation unverzichtbar [sind]. Die Verwendung von Satelliten hat die moderne Kriegsführung grundlegend verändert.“¹⁶

Neben der Aufklärung kommen hier noch die Kommunikation und Navigation zum weltraumbasierten Fähigkeitspaket hinzu. Zurzeit sind es also insgesamt drei militärisch relevante Dimensionen der Nutzung des Weltraums, ohne die Einsätze, wie sie den EU-Strategen vorschweben, faktisch nicht durchführbar wären. Die zunehmende Ausbreitung der Systeme aus allen drei Kategorien, von der strategischen Führungsspitze bis hinunter zu den einzelnen Soldaten, zeugt von einer Entwicklung, an deren Ende eine vernetzte Truppe stehen soll, die sich auf allen Ebenen von der Aufklärung über die Führung bis zum Kampf auf Satellitensysteme stützen

wird.¹⁷ Dadurch soll sie weltweit schnell und mit tödlicher Präzision einsetzbar sein. Welche Möglichkeiten die EU durch ihre neu gewonnene Kriegsführungsfähigkeit erhalten hat, zeigt sich seit dem Jahr 2003 in einer Reihe polizeilicher („ziviler“) und militärischer Operationen vornehmlich auf dem Balkan und in Afrika.

Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt

In etwa parallel zum Aufbau der ESVP wurden ab dem Jahre 1999 konkrete Schritte zur Ausgestaltung einer Weltraumpolitik für die EU unternommen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, den Raumfahrtsektor aktiv in die EU-Politik einzubeziehen, da er als Querschnittssektor für die technologische Entwicklung in vielen Wirtschaftsbereichen und damit auch für viele Politikfelder von zunehmend existenzieller Bedeutung ist. Einen ersten Meilenstein in der Diskussion auf EU-Ebene stellte die Vorlage eines Strategiepapiers für die europäische Raumfahrt im Herbst 2000 durch die EU-Kommission und die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) dar.¹⁸ Diese Strategie sollte nach dem Willen der Autoren, „zum Dreh- und Angelpunkt europäischer Raumfahrtaktivitäten werden und ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt aufschlagen.“¹⁹ Ein neues Kapitel, das von Anfang an auch im Dienst der ESVP stehen sollte.

Im 2003 veröffentlichten Weißbuch zur Weltraumpolitik stützt sich die EU-Kommission im Wesentlichen auf vier Argumente, die eine Ausdehnung der Aktivitäten in diesem Feld begründen sollen.²⁰

Ein wichtiges Motiv ist die Sicherstellung eines autonomen EU-Zugangs ins All. Da der Weltraum als entscheidender Bereich für viele Politikfelder der EU angesehen wird, gilt der Zugang zu Technologien und Trägerraketen bzw. Startkapazitäten als strategische Ressource der EU-Politik. Auch die Nutzung des Weltraums für die europäische Sicherheit und Verteidigung wird als ein wichtiges Argument betrachtet, da „Raumfahrttechnologie, -infrastruktur und -dienste [...] ein wesentlicher Baustein für einen der dynamischsten Politikbereiche der EU - die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) [sind].“²¹

Insgesamt wird auch auf das Gebiet der Weltraumpolitik der Topos einer aktiven und unabhängigen Weltpolitik für die EU übertragen, die dem ökonomischen Gewicht der Union in der Welt entsprechen müsse. So weist Pia Kohorst in einer Analyse der europäischen Weltraumpolitik darauf hin, dass der Weltraum für die EU in zweierlei Hinsicht von strategischer Bedeutung ist. Zum einen dank seiner „Katalysatorfunktion für eine wirtschaftliche Führungsrolle der EU auf dem Gebiet der Weltraumtechnologien und -anwendungen. Zum anderen erfüllt der Weltraum eine emanzipatorische Funktion für die wachsende und in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht selbstständig agierende Europäische Union.“²² Ebenso sind die Autoren des Weißbuchs zur Raumfahrtspolitik davon überzeugt, „dass die Raumfahrt Europa dabei helfen wird, ein besserer Nachbar und ein respektierter Partner der globalen Gemeinschaft zu sein. [...] Außerdem wird die Europäische Union besser für eine globale Führungsrolle auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet ausgestattet.“²³ Die angestrebte Rolle als globaler Akteur, wie sie in der Europäischen Sicherheitsstrategie dargelegt wurde, findet ihre Entsprechung in der strategisch wichtigen Weltraumpolitik. Obwohl die Union mit der Stärkung ihrer Raumfahrtaktivitäten ein ganzes Bündel von Zielen erreichen will, erscheint es daher nur kohärent, wenn dabei der Steigerung ihrer Fähigkeiten zur Durchführung von weltweiten Interventionen bzw. Kriegen durch die Nutzung des Weltraums hohe Priorität eingeräumt wird.

Einen ersten Schritt zur Förderung militärischer Raumfahrtaktivitäten machte eine von der EU-Kommission im Jahr 2001 gebildete Beratergruppe, die sich mit der Situation im Luft- und Raumfahrtsektor beschäftigen sollte. An der illustren Runde nahmen neben fünf Mitgliedern der Kom-

mission, zwei EU-Parlamentariern und Javier Solana, dem Hohen Repräsentanten für die GASP, auch sieben Vorstandsvorsitzende bzw. Geschäftsführer der wichtigsten europäischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen teil.²⁴ In ihrem Abschlussbericht mit dem klangvollen Namen „STAR21“ fordert sie zur Förderung der militärischen Fähigkeiten und der industriellen Basis der EU u.a. die Entwicklung „komplett in Europa verankerter Weltraumverteidigungs- und -sicherheitskapazitäten für Überwachung, Aufklärung und Führung inklusive Telekommunikation und Ortung.“²⁵ Im Juni 2004 setzte die EU-Kommission eine weitere Expertenrunde ein, die sich mit konkreten Problemen und Lösungen bei der Weltraumnutzung für die militärischen Ambitionen der EU beschäftigte. Unter den Schlussfolgerungen im Bericht dieses „Sachverständigenremiums zu Weltraum und Sicherheit“ (SPASEC) findet sich die Forderung, dass „den Sicherheitsanwendungen im Weltraum eine hohe Relevanz im bevorstehenden Europäischen Weltraumprogramm eingeräumt werden sollte.“²⁶ Im Einzelnen werden, neben dem schon bekannten Trio aus Satellitenaufklärung, Telekommunikation und Navigation/Positionierung, Satelliten zum weltweiten Abhören von funkgestützter Kommunikation und zur Ortung elektromagnetischer Strahlung, etwa von Radaranlagen (insgesamt als *Signal Intelligence* (SIGINT) bezeichnet), ein Frühwarnsystem zur globalen Erkennung von Raketenstarts und ein unabhängiges europäisches Weltraumüberwachungssystem gefordert.²⁷ Die nächsten Schritte nach der Fertigstellung von Galileo, etc. sind damit schon vorgezeichnet.

Eine breite Front einflussreicher Akteure ist sich also einig: Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die europäische Werte und Interessen weltweit und mit möglichst allen Mitteln durchsetzen will, kann nicht ohne Weltraumsysteme auskommen. Vorangetrieben werden entsprechende Bemühungen von einem Konglomerat aus EU-Kommission, Rat und der europäischen Raumfahrt-/Rüstungsindustrie sowie einigen wissenschaftlichen Beratern, die meist aus nationalen Raumfahrtagenturen oder staatsnahen Forschungsinstituten kommen. Innerhalb dieser Institutionen und Verbände sind Vertreter aus den großen EU-Staaten mit eigenen nationalen Raumfahrtprogrammen und -agenturen die stärksten Triebkräfte. Dazu zählen insbesondere Frankreich und Deutschland sowie Italien und Spanien, während Großbritannien, wie in vielen anderen Fragen der Militarisierung der EU, eine eher ambivalente Position einnimmt. Eine besondere Rolle

kommt des Weiteren der europäischen Raumfahrtorganisation ESA zu, die sich seit einigen Jahren zunehmend affirmativ gegenüber einer wachsenden Rolle Europas bei der militärischen Nutzung des Alls zeigt und entsprechenden EU-Plänen auf wissenschaftlicher bzw. technischer Ebene zuarbeitet. Die beiden Organisationen haben zu diesem Zweck 2003 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Schließlich sollte der Einfluss der Industrie in der beschriebenen Akteurskonstellation nicht unterschätzt werden, da ihre Vertreter an allen offiziellen und mit einiger Sicherheit auch an den inoffiziellen Beratungsprozessen teilnehmen, wie etwa in der STAR21- und der SPASEC-Gruppe.

Kosten der Aufrüstung im All

Neben der Formulierung von Zielen für die europäische Raumfahrtspolitik hat sich die Kommission in ihrem Weißbuch auch mit den dabei anfallenden Kosten beschäftigt. Sie kommt zu dem Schluss, dass die jährlichen Ausgaben aller staatlichen Akteure im europäischen Raumfahrtsektor von € 5,38 Mrd. im Jahr 2004 auf € 8,08 Mrd. im Jahr 2013 gesteigert werden müssten, um die gesetzten Ziele in vollem Umfang zu erreichen.²⁸ Die mit Abstand größte Steigerung soll dabei auf die Ausgaben im Bereich „Sicherheit“ entfallen, die bis 2013 um € 750 Mio. erhöht werden sollen.²⁹ Nur mit einer solchen Steigerung können der Kommission zufolge die geforderten „umfangreichen sicherheits-/ und verteidigungsrelevanten Raumfahrtentwicklungen“ durchgeführt werden.³⁰

Im Anschluss an das Weißbuch hat auch das SPASEC-Beratergremium ungefähr veranschlagt, wie viel Geld in Zukunft für sicherheitsrelevante Weltraumsysteme ausgegeben werden sollte. Ausgehend von den öffentlichen Gesamtausgaben in diesem Segment in Europa, die nach Angaben des SPASEC-Berichts im Jahr 2004 bei ca. € 1 Mrd. lagen, wird prognostiziert, dass bis 2012 eine Verdopplung dieses Betrags auf rund € 2 Mrd. pro Jahr nötig sein wird.³¹ An dieser Stelle wird beispielhaft der Einfluss der Raumfahrt- und Rüstungslobby deutlich, denn diese Vorhersage und die zugrunde liegenden Berechnungen, die noch über die im Weißbuch anvisierte Steigerungsrate hinausgehen, übernahm das Gremium direkt von EUROSPACE, dem Branchenverband der europäischen Raumfahrtindustrie.³²

Auch wenn die Werte der beiden Prognosen sich geringfügig unterscheiden, sind sie sich doch einig darin, dass die Ausgaben für spezifische ESVP-relevante Weltraumsysteme drastisch gesteigert werden sollen.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die hohen Ausgaben für die Projekte GMES und Galileo, die neben ihrer zivilen Nutzung auch Anwendungen im Rahmen der ESVP unterstützen, in diesen Berechnungen nicht inbegriffen sind. Sie werden mit zusätzlichen Mitteln aus zivilen Etats finanziert.

Synergien durch zivil-militärische Nutzung?

Eine zentrale Position im Gesamtkonzept der Militarisierung des Weltraums kommt der dualen Nutzung (dual-use) der verwendeten Technologien und Systeme zu. Gemeint ist ihr möglicher Einsatz sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Von der Verbindung ziviler mit militärischen Raumfahrtprojekten verspricht man sich in der EU den effektiveren Einsatz von Finanzmitteln, vor allem aber wohl eine Steigerung der Akzeptanz öffentlicher Ausgaben in diesem Bereich. Diese Intention kann etwa beim Satellitennavigationssystem Galileo unterstellt werden, denn mit der Behauptung, Galileo sei ein ziviles System, kann legitimiert werden, dass es ausschließ-

lich aus zivilen Etats finanziert wird.

Allgemein spricht etwa der Rat der Europäischen Union davon, dass „mehrfach nutzbare Technologien so weit wie möglich genutzt werden sollten.“³³ Im Mittelpunkt steht dabei die Verwendung ziviler Systeme für militärische Zwecke, was als nachholender Ausgleich eines früheren Ungleichgewichts und der Ausschöpfung grundlos ungenutzter Ressourcen dargestellt wird. In diesem Sinne argumentiert der SPASEC-Bericht, die EU müsse „eine neue Balance zwischen der zivilen und militärischen Nutzung des Weltraums finden.“³⁴ Der Bericht stellt fest, dass „die größten Weltraumbestrebungen in Europa über die letzten 30 Jahre primär auf zivile und kommerzielle Anwendungen fokussiert waren.“³⁵ Im Zeichen der „neuen Balance“ müsse daher „der Unterstützung der Sicherheitsbehörden der Union größerer Nachdruck verliehen werden.“³⁶

Der Begriff dual-use und die oft angeführten Synergien verschleiern bewusst, dass es sich bei dem Konzept letztlich um eine Einbahnstraße handelt. Während militärisch konzipierte Systeme weiter-

hin ausschließlich militärischen Nutzern vorbehalten bleiben, sollen zivile Systeme für militärische Anwendungen zugänglich gemacht werden. Auf diesem Wege können Mittel, die eigentlich nicht für das Militär vorgesehen oder als solche deklariert sind, an den Augen der Öffentlichkeit vorbei für Rüstungszwecke ausgegeben werden. Die Behauptung, so könnten ansonsten brachliegende Potenziale sinnvoll ausgeschöpft werden, entspricht dabei nicht der Wahrheit, denn um ein System militärisch zu nutzen, fallen immer zusätzliche Kosten an. Sogar die EU-Kommission gibt dies zu, wenn sie z.B. in einer Mitteilung zum Thema GMES feststellt: „Eine echte duale Nutzung bedeutet nichts anderes als die gemeinsame zivile und militärische Nutzung von Daten. Technisch gesehen führt dies zu Zusatzkosten für das Bodensegment, wo die Trennung zwischen zivilen und militärischen Systemen auch weiterhin bestehen bleibt.“³⁷ Darüber hinaus stehen alle Satellitenkapazitäten, die für militärische Zwecke genutzt werden, ob es sich nun um Sendefrequenzen oder Satellitenbilder handelt, zivilen Anwendern nicht mehr zur

ESA nimmt Abschied von der friedlichen Weltraumnutzung

Die jüngere Geschichte der Raumfahrt in Europa wurde seit deren Gründung 1975 maßgeblich durch die Europäische Weltraumorganisation (ESA) koordiniert und gelenkt. Die ESA ist eine internationale Organisation, der neben 15 EU-Mitgliedstaaten mit Norwegen und der Schweiz auch zwei Staaten angehören, die nicht Mitglied in der Europäischen Union sind. Ihr Auftrag ist es laut Satzung, „die Zusammenarbeit europäischer Staaten für *ausschließlich friedliche* [Hv. d. A.] Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen [...] sicherzustellen und zu entwickeln.“⁴¹ Unter dieser Prämisse hat die ESA zahlreiche meist wissenschaftliche aber auch kommerzielle Programme von der Erforschung fremder Planeten bis zur Bereitstellung von Telekommunikationssatelliten durchgeführt. Dabei unterscheidet sich die Organisation in ihrer institutionellen Funktionsweise insofern von der Europäischen Union, als sie keine vergleichbaren Elemente transnationaler Staatlichkeit aufweist. Ihre Aufgabe besteht in der Koordinierung und Effizienzsteigerung des Ressourceneinsatzes ihrer Mitgliedsstaaten, wobei sie zwar eine begrenzte institutionelle Eigendynamik aber keine eigene Politik entsprechend der EU-Politik entwickelt.

Der friedliche Auftrag der ESA hat zwar

bisher militärische Raumfahrtprogramme unter direkter Beteiligung der Organisation ausgeschlossen, die Durchführung solcher Programme in nationaler Regie wurde aber in vielen Fällen unterstützt. So starten militärische Kommunikations- und Aufklärungssatelliten unter anderem für die Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens vom großteils ESA-finanzierten Weltraumbahnhof in Französisch-Guayana.² In die Umlaufbahn gebracht werden sie von der ebenfalls maßgeblich mit Geldern der ESA entwickelten Ariane-Rakete.³

In die Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums durch die EU ist die ESA auf vielfältige Weise eingebunden. So werden die dual-use Systeme Galileo und GMES, die als Flaggship der EU-Weltraumpolitik gehandelt werden, von der ESA mitfinanziert und entwickelt. Grundsätzlich sind die Rollen der beiden Organisationen in einer entstehenden europäischen Weltraumpolitik klar verteilt. Ihre Zusammenarbeit ist in einem Rahmenabkommen vom November 2004 geregelt, dessen Ziele die Harmonisierung des Bedarfs der EU an Raumfahrtssystemen für ihre Politik mit den Tätigkeiten der ESA, die solche Systeme zur Verfügung stellen soll, beinhalten.⁴ Außerdem wurde in diesem Vertrag die Einrichtung des Europäischen Weltraumrates beschlossen, der die Zusammenarbeit beider Organi-

sationen koordinieren soll. Die ESA wird dabei im Prinzip ausführendes Organ einer EU-Weltraumpolitik, die militärische und militärisch genutzte Systeme beinhaltet bzw. beinhalten soll. Eine besondere Problematik ergibt sich aus dieser Entwicklung für die Schweiz, die als neutraler Staat der ESA angehört. Mit der Kooperation zwischen ESA und EU bei der Militarisierung des Weltraums ergibt sich für die Schweiz die Frage, ob man sich entgegen dem Neutralitätsprinzip zum Komplizen einer Aufrüstung machen will, die schon jetzt ihre Wirksamkeit in zahlreichen Einsätzen von EU-Truppen eindringlich unter Beweis stellt. Die offensichtliche Bereitschaft der Schweiz, sich an militarisierten Projekten in Kooperation mit der EU zu beteiligen, zeigt sich beispielsweise in ihrer Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens der ESA zum Schutz sensibler zivil-militärischer Vorhaben.⁵

Das Selbstverständnis der ESA bleibt vom Wandel im Zeichen des wachsenden militärischen Aufgabenspektrums nicht unberührt, obwohl innerhalb der Organisation längst nicht alle MitarbeiterInnen damit einverstanden sein dürften. In der „Agenda 2007“ des Generaldirektors der Organisation, in der die Leitlinien für die ESA-Politik von 2003 bis 2007 festgehalten wurden, ist etwa die Rede davon, dass die „ESA sich in einer Weise entwikk-

Verfügung. Im Hinblick auf die Sicherheit im Weltraum erhöht sich außerdem die Gefahr für die zivile Satelliten-Infrastruktur im Falle einer Konfrontation, wenn die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Systemen weiter verwischt wird und Letztere dadurch ins Visier gegnerischer Militärs geraten.

Projekte der Weltraummacht Europa – EUSC, Galileo und GMES

Die programmatische Diskussion um eine kohärente EU-Strategie für den Weltraumsektor wird durch konkrete Projekte vervollständigt, die in den letzten zehn Jahren in Angriff genommen wurden, um Satellitentechnologie für die politischen und militärischen Ziele der EU zu nutzen. Zu diesen Projekten zählen die Einrichtung des EU-Satellitenzentrums (EUSC), ferner das Satellitennavigationssystem Galileo und die „globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ kurz GMES. Für das EUSC, das eingerichtet wurde, um den Bedarf an Satellitenbildern und darauf gestützten Lageinformationen zu decken, der durch die Entwicklung der ESVP ent-

stand, werden Jahr um Jahr ca. € 10 Mio. ausgegeben.³⁸ Während in diesem Fall der militärische Charakter wenigstens offen beim Namen genannt wird, werden GMES und insbesondere Galileo als zivile Projekte mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dargestellt. Gleichwohl sind beide als Instrumente für Sicherheitspolitik und Militäreinsätze von größtem Wert. Diese Funktion war von Anfang an ein Kriterium beim Entwurf dieser Kapazitäten. Beide Projekte stellen dementsprechend Prototypen der in den europäischen Strategiepapieren geforderten dual-use-Systeme dar.

GMES ist ein Vernetzungsprojekt, das Daten verschiedener europäischer Erdbeobachtungssatelliten und bodengebundener Messstationen zusammenführen und diese primär für Nutzer aus der EU aufbereiten soll.³⁹ Den Kern des Projekts bilden 30 Erdbeobachtungssatelliten, die den Großteil der benötigten Daten liefern sollen, darunter praktisch alle bestehenden und geplanten Erdbeobachtungsprogramme in Europa aus dem zivilen bzw. dual-use Bereich.⁴⁰ Der Aufbau von GMES erfolgt durch eine Vielzahl von Einzelprojekten,

die sich mit spezifischen Anwendungsmöglichkeiten und den Verwaltungsstrukturen befassen. Nach Angaben von „FTE info“, dem Forschungsmagazin der EU, belaufen sich die Gesamtkosten für GMES auf € 5 Mrd. in einem Zeitraum von zehn Jahren (gemeint ist wohl 2004-2013).⁴¹ Das Ziel der Initiative definiert die EU-Kommission wie folgt: „In einer Zeit, wo die Informationsnachfrage geostrategische Auswirkungen hat, zielt GMES darauf ab, eine Kapazität zu schaffen, die es Europa ermöglicht effektiv ihre Interessen zu vertreten, und den Herausforderungen und Bedrohungen in einem weiten politischen Bereich gerecht zu werden.“⁴² Volker Liebig, der Leiter der zuständigen Abteilung bei der ESA, führt ein weiteres Motiv an: „Die zu Grunde liegende Idee [...] ist die Unabhängigkeit Europas, das sich auf seine eigenen globalen Informationen verlassen können muss.“⁴³ Günter Verheugen charakterisierte die mit GMES verfolgten Ambitionen passend, als er bei einer Fachkonferenz 2007 feststellte, die EU melde sich mit diesem Projekt als „Weltraummacht“ an.⁴⁴ Welche Informationen durch GMES zur Verfügung gestellt

keln muss, die technische und industrielle Synergien unterstützt, inklusive solcher für Weltraumentwicklungen, die für zukünftige Verteidigungssysteme benötigt werden.“⁴⁶ Außerdem müsse die ESA sich anpassen, um „die besten Antworten im Weltraumbereich für die Bedürfnisse und Forderungen der Europäischen Union und ihrer Institutionen zu finden, inklusive derjenigen, die sich mit Verteidigung beschäftigen.“⁴⁷ In der aktuellen „Agenda 2011“ wird nochmals die „Integration der Sicherheits-Dimension in die europäische Weltraumpolitik“ als eine von drei Prioritäten für die Aktivitäten der ESA von 2007 bis 2011 bezeichnet.⁸ In einem Interview für die Zeitschrift „wehrtechnik“ sagte Ralf Klädtke, Vizepräsident von EADS SPACE zur Rolle der ESA: „Bereits im März 2004 wurde aufgrund des erweiterten Sicherheitsbegriffs im Rahmen des ESA-Rats entschieden, dass auch die europäische Raumfahrtagentur einen Beitrag zu Sicherheit und Verteidigung in Europa leisten soll. Die ESA hat daraufhin ein Security Office eingerichtet und im ESA Langzeitplan ab 2008 etwa eine Milliarde € für Sicherheit und Verteidigung eingeplant.“⁴⁹ Während in der EU die sprachliche und programmatische Vermischung von ziviler Sicherheit und militärischer Verteidigung bzw. Kriegsführung ihren deutlichsten Ausdruck schon 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie fand,

übernimmt die ESA dieses Konzept jetzt mit leichter Verspätung. So wird zwar in der Agenda 2011 noch zwischen Anforderungen des Zivilschutzes und militärischen Anwendungen unterschieden, ihre Verknüpfung und die so zu erreichenden Synergien werden allerdings auch hier zum Ziel erklärt.¹⁰

Um die mittlerweile recht deutliche Betonung des Militärbereichs mit dem rein friedlichen Auftrag der ESA in Einklang zu bringen, hat man eine Sprachregelung entwickelt, die diesen Widerspruch entschärfen soll. Nachlesen kann man sie z.B. in einem Zitat aus dem Munde von Gerhard Bauer, Vorsitzender des neuen Sicherheitsbüros der ESA. Als Gastredner bei einer Diskussionsveranstaltung der Lobbyorganisation NDA erklärte er, dass in der ESA-Terminologie mit „friedlicher“ Zusammenarbeit nicht-aggressive statt nicht-militärische gemeint sei.¹¹ Inwiefern Satellitensysteme, die zur globalen Einsetzbarkeit von europäischen Streitkräften und zur Ausspionierung fremder Staaten beitragen, als nicht-aggressiv bezeichnet werden können, darf allerdings mit Recht bezweifelt werden. Die Militarisierung der europäischen Raumfahrt macht offensichtlich weder vor dem Tätigkeitsbereich noch vor dem Selbstverständnis der ESA halt.

Anmerkungen

¹ Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) . 30.

Mai 1975. Art. 2

² Vgl. Arianespace (2007): Launch Status. URL: http://www.arianespace.com/site/launchstatus/status_sub_index.html (13.10.07); Beispiele für militärische Nutzlasten aus der Liste: Skynet-, Syracuse- und Helios-Satelliten

³ Die Ariane-Rakete wurde allerdings 1980 und damit kurz vor dem Start des ersten europäischen Militärsatelliten in eine private Betreiberfirma unter Führung der französischen Raumfahrtagentur CNES ausgelagert.

⁴ Vgl. Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Weltraumorganisation. 25. November 2003. Art.1, Art.5 1a

⁵ Vgl. Eidg. Departement des Inneren Presse und Informationsdienst (2004): Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens der ESA durch die Schweiz. URL: http://www.admin.ch/cp/d/408f7ab3_1@fwsrvg.html (3.11.07)

⁶ ESA (2003): Agenda 2007. A Document by the ESA Director General. Noordwijk: ESA. BR-213. S. 6

⁷ ESA (2003). S. 10

⁸ ESA (2007): Agenda 2011. A Document by the ESA Director General and the ESA Directors – October 2006. Noordwijk: ESA. BR-268. S. 7

⁹ Sadlowski, Manfred (2006): Auch im Kongo durch Satelliten mit Zuhause verbunden. In: wtr wehrtechnik II/2006. S. 41

¹⁰ Vgl. ESA (2007). S. 17

¹¹ Vgl. Chapman, John (2004): Space and Security in Europe. Brüssel: New Defence Agenda. S. 4. URL: http://www.securitydefenceagenda.org/Portals/7/Reports/2004/NDA_SOD_Space_6December_2004.pdf (20.10.07)

werden sollen, wurde im Januar 2003 bei einer Konferenz zur Sicherheitskomponente des Programms festgehalten: „Ob wir routinemäßige Lageüberwachung, den Vorlauf einer Krise oder die Durchführung von Operationen betrachten, wir brauchen rechtzeitig genaue Aufklärungsbilder, um den politischen und militärischen Entscheidungsprozess zu unterstützen.“⁴⁵ In der Aufbauphase von 2004-2008 wurden schließlich eine Reihe von Einzelprojekten gestartet, durch die Anforderungen befriedigt und Probleme gelöst werden, die sich speziell auf den Einsatz von GMES für militärische Zwecke beziehen. Hier finden sich sowohl auf der Nutzerseite als auch bei den Projektpartnern zahlreiche militärische Einrichtungen bzw. nationale Armeen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass das europäische Erdbeobachtungsprogramm mit dem Ziel aufgebaut wird, die Unabhängigkeit und die Durchsetzung der Interessen der EU zu sichern. Beim Gesamtentwurf haben zudem militärische Anforderungsprofile entscheidenden Einfluss.

Unter den Projekten der europäischen Weltraumpolitik wurde dem Navigationssystem Galileo über die letzten Jahre mit Abstand die größte öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Eher im Hintergrund wurde dabei diskutiert, ob es sich bei Galileo wirklich um eine zivile Alternative zu den militärischen Systemen Glonass und GPS aus Russland bzw. den USA handelt. Folgt man der offiziellen Position aus Brüssel, so könne z.B. nach den Worten des EU-Verkehrskommissars Jacques Barrot kein Zweifel daran bestehen, dass Galileo „ein ziviles System unter ziviler Kontrolle“ sei, das allenfalls auch militärisch genutzt

werden könne.⁴⁶ Diese Einschränkung verschweigt, dass Teile der Systemarchitektur von Galileo speziell auf die Anforderungen der militärischen Nutzung ausgelegt sind und für militärische EU-Gremien die Möglichkeit besteht, in die Kontrolle des Systems einzugreifen. Bei näherer Betrachtung bleibt also sowohl von dem angeblich zivilen System als auch von der zivilen Kontrolle wenig übrig.

Nach seiner Fertigstellung im Jahr 2013 wird Galileo aus einer Konstellation von 30 Satelliten und einem weltumspannenden Netz von Bodenstationen bestehen. Gegenüber GPS versprechen sich die Entwickler von der Satelliten-Konstellation gesteigerte Positionsgenauigkeit und eine höhere Zuverlässigkeit des Systems insbesondere in nördlichen Regionen etwa in Skandinavien sowie in urbanen Gebieten. So soll mit Galileo im städtischen Bereich eine 95%ige Abdeckung gegenüber 50% bei GPS erreicht werden.⁴⁷ Auf Basis dieser Infrastruktur wird Galileo fünf Dienste anbieten, u.a. einen frei zugänglichen Service ähnlich dem öffentlichen GPS-Signal.⁴⁸ Von besonderer Bedeutung für die Diskussion um die militärische Nutzung ist der Öffentlich Regulierte Dienst („Public Regulated Service“ – PRS). Der PRS soll sich durch garantierte Kontinuität, erhöhte Präzision und besondere Resistenz gegenüber Störungen aller Art auszeichnen. Er wird verschlüsselt gesendet, sodass nur von der EU autorisierte Nutzer Zugang erlangen können. Der PRS wird so eingerichtet sein, dass er auch in Krisenfällen und insbesondere dann, wenn andere Galileo-Dienste gestört oder abgeschaltet sind, weiter genutzt werden kann. In Großbritannien

sieht man die Entwicklung des PRS mit Argwohn und stand zumindest bis 2005 seiner militärischen Nutzung skeptisch gegenüber. So stellte der Verkehrsausschuss des britischen Unterhauses in einer Sitzung zu Galileo im Jahr 2004 fest: „Der Nutzen des Dienstes ist ungeklärt, die Regierung Großbritanniens hat gesagt, dass sie ihn überhaupt nicht nutzen will und es gibt starke Vermutungen, dass zumindest ein Land ihn für militärische Zwecke nutzen möchte.“⁴⁹ Gleichzeitig sei klar, „dass die Bereitstellung eines solchen Dienstes zusätzliche Kosten verursachen wird.“⁵⁰ Kosten, für die es offensichtlich keine zivile Rechtfertigung gibt. In der Folgezeit zeichnete sich allerdings zunehmend deutlich ab, dass viele EU-Mitglieder den Einsatz dieses militärischen Dienstes durch ihre Streitkräfte planen. Als ein Vorteil von Galileo gegenüber GPS wird regelmäßig hervorgehoben, dass das europäische System ein ununterbrochenes Signal auch in Krisenzeiten garantiere, da es unter ziviler Kontrolle stehe.⁵¹ Demgegenüber legte die EU-Kommission schon 2001 bezüglich des öffentlichen Galileo-Signals fest: „In Krisenzeiten wird dieses Signal eingestellt (gestört), um eine Nutzung in böswilliger Absicht zu verhindern.“⁵² Wohlgermerkt soll nur das öffentliche Signal abgeschaltet werden, das PRS-Signal wird ja im Krisenfall von den europäischen Armeen gebraucht. Zivile Kontrolle über Galileo also nur solange, wie keine militärisch-relevanten Entscheidungen zu fällen sind. Tritt eine Krise ein, übt der Rat die Kontrolle aus, der in diesem Fall wohl aus den nationalen Verteidigungsministern oder den Staats- und Regierungschefs zusammengesetzt sein würde. Bisher wurden ca. € 1,5 Mrd. für das Vorhaben ausgegeben.⁵³ Bis 2013 werden nach offiziellen Angaben weitere € 3,4 Mrd. an öffentlichen Mitteln benötigt.⁵⁴ Nach Recherchen des Spiegels werden die wirklichen Zusatzkosten allerdings eher bei € 5-10 Mrd. liegen.⁵⁵ Dieses Geld wird für ein Projekt ausgegeben, das in entscheidenden Elementen militärische Züge trägt und im zivilen Bereich in Zukunft mit bis zu vier globalen Navigationssystemen konkurrieren muss, da neben der EU und den USA auch Russland und China ernsthafte Anstrengungen zum Aufbau entsprechender Systeme unternehmen.

Sowohl GMES als auch Galileo, die Flaggschiffe des europäischen Aufbruchs ins All, beinhalten Anwendungen für diverse zivile Aufgabenbereiche etwa im Verkehr oder im Umweltschutz. Es handelt sich also offensichtlich nicht um reine Militärprojekte. Wahr ist aber auch, dass von zivilen Projekten nicht gesprochen werden kann,



GMES-System

wenn die institutionellen Strukturen, die Entwicklungsgeschichte und das gesamte Anwendungsspektrum in den Blick genommen werden. Aus dieser umfassenderen Perspektive wird deutlich, dass beide Projekte entscheidend von militärischen Gesichtspunkten geprägt sind, denn die spezifischen, meist aufwendigeren Ansprüche, die sich aus der militärischen Nutzung ergeben, führen zu erheblichen konzeptionellen Anpassungen. Es handelt sich also in beiden Fällen zu erheblichen Teilen um militärische Projekte, die allerdings rein zivil finanziert werden. Einen Kostenvorteil haben dabei nur die Rüstungsplaner, da sie ihre Budgets für Waffen und Kampfeinsätze ausgeben können, während ihre Weltraumpläne mit zivilen Geldern verwirklicht werden.

Militärische Weltraumnutzung unter verschärfter Konkurrenz

Zu den Problemen und Gefahren, die mit der Militarisierung der Weltraumpolitik in der EU zusammenhängen, gehört die wachsende Wahrscheinlichkeit von Konfrontationen im All. Die EU ist zwar nicht die einzige und auch nicht die wichtigste Kraft hinter der aktuell forcierten Militarisierung des Weltraums, eine wesentlichere Rolle spielen die USA und auch China ist ein wachsender Faktor in diesem Prozess. Allerdings werden ihre steigenden Raumfahrt-Ausgaben – mindestens € 10 Mrd. bis 2013 allein für Galileo und GMES und jährliche Mittel für militärische Weltraumsysteme von bis zu € 4 Mrd. im selben Zeitraum – der EU mittelfristig den zweiten Platz im Konzert der Weltraummächte sichern. Schon allein deshalb ist die Richtung, die die Union in diesem Politikbereich einschlägt, von globaler Bedeutung. Dabei ist nicht das weithin propagierte Bild einer „Zivilmacht Europa“ handlungsleitend für die EU-Politik, stattdessen sind die Bemühungen in diesem Bereich darauf gerichtet, Instrumente für eine eigene militärisch abgestützte Machtausübung zu schaffen und diese unabhängig von anderen Akteuren einsetzen zu können.

Auf allen Seiten werden im Zuge der Aufrüstung im Weltraum früher getroffene Verträge zunehmend ausgehöhlt. So wurde das Gebot, den Weltraum nur friedlich zu nutzen, soweit verdreht, dass mittlerweile nur noch von einer nicht-aggressiven Nutzung die Rede ist, die allerdings angesichts des realen Einsatzes von Satellitensystemen für aggressive Kampfhandlungen nur einen notdürftigen Versuch darstellt, den Schein der Rechtmäßigkeit zu wahren. Die Konkurrenz im Weltall nimmt derweil auch in nicht-militärischen Bereichen zu. Bei-

spielsweise werden derzeit vier verschiedene bemannte Raumfahrzeuge entwickelt, eines davon in der EU. Insgesamt bedeutet dies nicht nur die Verschwendung enormer Ressourcen, sondern auch eine unnötige Vermehrung des Weltraumschrotts, der schon heute zu einer ernsthaften Sorge für die Raumfahrtbehörden aller Staaten geworden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist entschiedenes Gegensteuern und insbesondere eine Neuauflage internationaler Abkommen gegen die Militarisierung des Weltraums nötig, unter Berücksichtigung der gewachsenen Relevanz von Satelliten für die Kriegsführung. Innerhalb der EU muss eine wirklich zivile Weltraumpolitik den Platz der Raumfahrt in Tarnfarben einnehmen. Letztlich geht es darum, die Konkurrenz bei der Erkundung und Nutzung des Alls zugunsten echter Zusammenarbeit im Interesse aller Menschen aufzugeben, wie es schon 1967 im Zusammenhang mit dem UN-Weltraumvertrag gefordert wurde.

Dieser Beitrag wurde einem ausführlichen Text des Autors entnommen. Er erschien in der IMI-Reihe Studien zur Militarisierung Europas (Nr. 33/2008)

Anmerkungen

¹ United Nations (1967): Treaty On Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space including the Moon and Other Celestial Bodies. In: United Nations (2002): United Nations Treaties and Principles on Outer Space. ST/Space/11. URL: <http://www.unoosa.org/pdf/publications/STSPACE11E.pdf> (22.10.07)

² Vgl. ESA (1999): History of Shuttle-Mir. URL: <http://spaceflight.nasa.gov/history/shuttle-mir/index.html> (22.10.07)

³ Vgl. Global Security (2006): US National Space Policy 2006. URL: http://www.globalsecurity.org/space/library/policy/national/us-space-policy_060831.pdf (15.01.08)

⁴ Vgl. Wortzel, Larry M. (2007): The Chinese People's Liberation Army and Space Warfare. Emerging United States-China Competition. AEI Online. URL: http://www.aei.org/publications/pubID.26977/pub_detail.asp (15.01.08)

⁵ Rat der Europäischen Union (2007): Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union zu dem von China durchgeführten Test einer Anti-Satelliten Rakete. P 005/07. S. 1

⁶ Die Begriffe „Sicherheit“ und „Verteidigung“ werden in diesem Text weitgehend in Übereinstimmung mit den verwendeten Quellen, also mit dem offiziellen Sprachgebrauch der EU verwendet. Allerdings darf dabei nicht unbeachtet bleiben, welche impliziten Definitionen mit beiden Begriffen in diesem Umfeld verbunden sind. Unter „Sicherheit“ kann vor dem Hintergrund der offiziellen EU-Doktrin die Sicherung von Versorgungswegen und Absatzmärkten sowie die Stabilisierung d.h. Kontrolle des geopolitischen Umfeldes der Union verstan-

den werden. Diese Sicherung findet maßgeblich im Sinne der Erfordernisse der europäischen Ökonomien und nicht primär zum Schutz des Lebens ihrer BürgerInnen statt, geschweige denn im Interesse der BewohnerInnen der „stabilisierten“ Regionen. Auch der Begriff „Verteidigung“ trägt euphemistische Züge, handelt es sich bei den EU-Operationen doch in der Praxis um aggressive Akte der Durchsetzung eigener Interessen, denen kein Angriff vorausgeht, gegen den Verteidigung notwendig wäre. Als Ersatz für den Angriff fungieren sog. „Bedrohungen“ gegen die sich die EU verteidigen soll, möglichst schon bevor sie auftreten. Zu den Problemen, die als „Bedrohungen“ von der militärischen Logik erfasst und dementsprechend bekämpft werden, gehören u.a. illegale Migration bzw. Flüchtlingsbewegungen und Unterbrechungen der Rohstoffzufuhr nach Europa. Nicht-militarisierte Lösungsansätze, die zudem den ökonomischen Interessen der Union entgegenstehen, wie etwa eine faire Welthandelspolitik, finden in diesem Schema keinen Platz. Hinter „Sicherheit“ und „Verteidigung“ steht also ein militärisch geprägtes Konzept zur Durchsetzung der Interessen der Union und zur dementsprechenden Gestaltung ihres geopolitischen Umfeldes.

⁷ Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003.

⁸ Europäische Union (2003). S. 14

⁹ Vgl. Europäische Union (2003). S. 2f.

¹⁰ Europäische Union (2003). S. 11

¹¹ Vgl. Haydt, Claudia (2006): Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?. Tübingen: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Studien zur Militarisierung Europas 26/2006. URL: http://www.imi-online.de/euprojekt/haydt_26_06.pdf (30.11.07)

¹² Europäische Union (2003). S. 11

¹³ Vgl. Vertrag von Lissabon. Unterzeichnet am 13. Dezember 2007. Art. 28b

¹⁴ Vgl. Europäischer Rat (1999): Schlussfolgerung des Vorsitzes. Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dez. 1999: Anlage I zu Anlage IV. URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm (1.11.07)

¹⁵ Davara, Fernando Direktor EUSC (2003): Security and Defence Aspects of Space: The Challenges for EU in the Framework of the Green Paper Process. Lessons from the Past and a Vision for the Future. Athen, 8. Mai 2003. S.11. URL: http://ec.europa.eu/comm/space/doc_pdf/davara.pdf (6.1.08)

¹⁶ Neuneck, Götz (2007): Droht ein Rüstungswettlauf im All? In: Auswärtiges Amt: 16. Forum Globale Fragen. Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung. S. 44. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobaleFragen16.pdf> (24.10.07)

¹⁷ Dieser Entwicklung vollzieht die Bundeswehr mit dem Konzept: „Vernetzte Operationsführung“.

¹⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2000): Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament. Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt. KOM (2000) 597.

¹⁹ KOM (2000) 597. S.7

²⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemein-

schaft (2003): Weissbuch. Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union. Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik. KOM (2003) 673. S. 8f.

²¹ KOM (2003) 673. S. 21

²² Vgl. Kohorst, Pia (2004): Europäische Weltraumpolitik und Sicherheitsstrategie im Kontext der US-amerikanischen Weltraumstrategie. Hamburg: IFSH. S. 36ff.

²³ KOM (2003) 673. S. 8f.

²⁴ European Advisory Group on Aerospace (2002): STAR 21 Strategic Aerospace Review for the 21st Century. Creating a coherent market and policy framework for a vital European industry. European Commission; Folgende Unternehmen waren vertreten: EADS (D/FR/SP), BAE Systems (GB), Rolls Royce (GB), THALES (FR), SNECMA (FR), Finmeccanica (I)

²⁵ European Advisory Group on Aerospace (2002). S. 37

²⁶ Space and security panel of experts (2005): Report of the panel of experts on space and security. March 1st 2005. European Commission. URL: http://ec.europa.eu/space/doc_pdf/article_2262.pdf (3.11.07). S. 41

²⁷ Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 21ff.

²⁸ KOM (2003) 673. S. 58 Tab.3

²⁹ KOM (2003) 673. S. 58 Tab.4; Nächsthöchster Posten: GMES mit einer Steigerung um 340 Mio. € (2004-2013)

³⁰ KOM (2003) 673. S. 56

³¹ Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 40

³² Ebenda. S. 52

³³ Council of the European Union (2004): European Space Policy: "ESDP and Space". S. 5. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/04/st11/st11616-re03.en04.pdf> (15.12.07). S. 8

³⁴ Space and security panel of experts (2005). S. 11

³⁵ Ebenda. S. 12

³⁶ Ebenda. S. 12

³⁷ Kommission der Europäischen Union (2004):

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Schaffung einer europäischen Kapazität für GMES – Aktionsplan (2004 - 2008). KOM (2004) 65. S. 16

³⁸ Council of the European Union (2007): Annual report on the activities of the European Union Satellite Centre 2006. 8435/07. S. 25. URL: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/st08435_/st08435_en.pdf (20.1.08)

³⁹ Vgl. GMES Website (2006a): What is GMES?. URL: <http://www.gmes.info/158.0.html> (5.1.08)

⁴⁰ Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005): GMES, das große europäische Vorhaben. In: FTE info Magazin über Europäische Forschung N° 44 Februar 2005. URL: http://ec.europa.eu/research/rtd-info/44/01/article_2027_de.html (28.1.08). S. 2; Eine Liste der Programme findet sich hier: Aschbacher, Josef / Briggs, Stephen / Kohlhammer, Gunther / Liebig, Volker / Zobl, Reinhold (2007): GMES. Global Monitoring for Environment and Security: The second european flagship in space. In: ESA Bulletin 130. S. 14

⁴¹ Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2 http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html (28.1.08)

⁴² KOM (2004) 65. S. 3

⁴³ Zit. nach Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2

⁴⁴ Zit. nach: Welt-Online (2007): Europa meldet Anspruch als Weltraummacht an. 17.4.2007. URL: http://www.welt.de/wissenschaft/article815194/Europa_meldet_Anspruch_als_Weltraummacht_an.html (14.11.07)

⁴⁵ Mattocks, Sarah (2003): Information requirements for Petersberg Tasks. Beitrag zum 2. GMES Forum. S. 3 URL: http://www.gmes.info/library/index.php?action=standarddownload&filename=2F_Th4_Mattocks_Paper_V1.pdf&directory=7.%20Forum%20and%20Events%20Documents/2nd%20GMES%20FORUM/Thematic

%20session%204& (7.1.08)

⁴⁶ 3sat Website (2007): Europäische-Kommission will Rettungsplan für Galileo. URL: <http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/nano/astuecke/108551/index.html> (10.2.08)

⁴⁷ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2002): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Derzeitiger Stand des Galileo-Programms. KOM (2002) 518. S. 3

⁴⁸ Galileo Website (2007): Galileo Dienste. URL: http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/galileo/programme/services_de.htm (12.2.08)

⁴⁹ House of Commons Transport Committee (2004). Galileo. Eighteenth Report of Session 2003-04. London: House of Commons. HC 1210. S. 21. URL: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200304/cmselect/cmtran/1210/1210.pdf> (2.11.07)

50 House of Commons Transport Committee (2004). S. 18

⁵¹ Vgl. Wilson, Andrew (2002): Galileo. Das europäische Programm für weltweite Navigationsdienste. Noordwijk: ESA, BR-186. S. 5; Mager, Alexander (2005): Galileo und GPS. Hochtechnologie im Weltraum. In: Strategie und Technik. September 2005. S. 7

⁵² Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Zwischenbericht über das Programm Galileo. SEK (2001) 1960. S. 15

⁵³ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Stand des Programms Galileo. KOM (2006) 272. S. 11

⁵⁴ AFP (2007): Europäische Union einigt sich auf Finanzierung für Galileo. URL: <http://afp.google.com/article/ALeqM5iznkdJoOk9Vw9b-8n7pPVRBrx72Eg> (11.2.08)

⁵⁵ Vgl. Futurezone (2008): Galileo-Kosten weit höher als geplant. Futurezone ORF-Forum. URL: <http://futurezone.orf.at/business/stories/249040/> (15.2.08)

Tschad: Die EU ist Akteur mitten im Schlamassel geworden!

Die EU hat eine EUFOR-Mission in den Tschad geschickt und es gab einen ersten toten EUFOR-Soldaten. Das war zu befürchten. Angeblich haben die französischen Elitesoldaten aus Versehen die Grenze zum Sudan überschritten.

Ist diese EUFOR-Mission überhaupt sinnvoll? Nein! Die Truppen können nicht neutral sein. Der Großteil der EUFOR-Truppen stammt aus Frankreich, und Frankreich hat gleichzeitig ein Militärabkommen mit dem Militärputschisten Déby und hat ihm mit Waffen und mit der Absicherung des Flughafens beim Rebellenangriff geholfen. Der Rebellenangriff erfolgte genau kurz vor dem Beginn der EUFOR-Stationierung. Somit war die

EUFOR-Mission konfliktverschärfend und kontraproduktiv.

Idriss Déby hat die Situation nach dem Rebellenangriff genutzt, um gegen die demokratische Opposition vorzugehen. Die EU ist Akteur mitten im Schlamassel geworden. Ziehen Sie endlich die EUFOR-Soldaten zurück! Frankreich – und damit indirekt die EU – betreiben eine Komplizenschaft mit dem Militärherrscher Déby im Tschad. Die demokratische Opposition im Tschad fordert mehr zivilen Druck auf die Regierung des Tschad, und das sollte eigentlich hier die Position sein und nicht eine weitere Militarisierung des Konfliktes.

Tobias Pflüger



Präsident des Tschad: Idriss Déby

EULEX: Brüssel übernimmt und sichert Kosovo-Kolonie

von Jürgen Wagner

Obwohl Serbien - mit einiger Berechtigung (siehe AUSDRUCK Dezember 2007) - die Abspaltung des Kosovo als völkerrechtswidrig erachtet, erklärte sich die Provinz am 17. Februar 2008 für unabhängig und wurde bereits kurz darauf zuerst von den USA und wenig später Deutschland sowie verschiedenen anderen Staaten offiziell anerkannt. Belgrad beruft sich (unterstützt von Moskau) zurecht auf die weiterhin gültige Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrates, die Serbiens territoriale Integrität - eigentlich - unmissverständlich zusichert. Eine neue Resolution liegt nicht vor - sie scheiterte am Widerstand Russlands -, weshalb die Abspaltung des Kosovo ein klarer Bruch des internationalen Rechts darstellt.

Da sich die westlichen Staaten darüber im Klaren waren, dass nicht nur die serbische Regierung, sondern auch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit ist, eine derart eklatante Verletzung der territorialen Integrität stillschweigend hinzunehmen, wurden bereits im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung die im Rahmen der NATO stationierten KFOR-Truppen massiv erhöht. Und in der Tat kam es schnell zu ersten Unruhen. Ihr vorläufiger Höhepunkt waren die schweren Auseinandersetzungen im mehrheitlich von Serben bewohnten Nordteil des Kosovo, bei denen zahlreiche Menschen verletzt wurden.

Um die weitere Zerschlagung Jugoslawiens irreversibel zu gestalten und sich aber gleichzeitig die vollständige Kontrolle über den Kosovo zu sichern, beschloss der Europäische Rat bereits im Dezember 2007 eine Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dieser EULEX Kosovo genannte Einsatz wurde schließlich mit einer Gemeinsamen Aktion des Rates (2008/124) am 4. Februar 2008 endgültig auf den Weg gebracht. Sie soll einerseits Unruhen von serbischer Seite bekämpfen, andererseits aber auch den dauerhaften Status des Kosovo als de facto Kolonie der EU zementieren.

EULEX = Aufstandsbekämpfung

Der offizielle Auftrag von EULEX lautet, im Kosovo für Stabilität zu sorgen und eine funktionierende Verwaltung aufzubauen.

Hierfür sollen insgesamt 1829 Personen entsendet werden (die Zahl kann bei Bedarf auf bis zu 2000 aufgestockt werden). Diese setzen sich aus einer Polizeikomponente (1400), einer Justizkomponente (225) und einer Zollkomponente (26) zusammen. Hinzu kommen noch 112 Stabsmitarbeiter des Missionsleiters und 66 Verwaltungsexperten. Die Mission wird darüber hinaus von über 1000 Beamten aus dem Kosovo unterstützt.

Besonders brisant sind die Befugnisse der Polizeikomponente, an der sich Deutschland mit bis zu 180 Polizisten beteiligt. In ihrem Rahmen sollen auch „Aufstandsbekämpfungseinheiten“ („crowd and riot control“) entsandt werden, deren Aufgabengebiet laut Wissenschaftlichem Dienst des Bundestags wie folgt lautet: „Exekutivbefugnisse in einigen Bereichen der Polizeiarbeit, einschließlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Menschenansammlungen und Unruhen.“ Ihr genauer Umfang ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unbekannt, er dürfte aber bei etwa 700 Polizeisoldaten liegen. Dass am 7. Februar 2008 ausgerechnet ein General und ehemaliger Kommandant der KFOR, der Franzose Yves de Kermabon, zum EULEX-Missionsleiter ernannt wurde, zeigt ebenfalls, wie weit es um den „zivilen“ Charakter des ESVP-Einsatzes bestellt ist.

Da Umfragen zufolge 90% der Serben die EU-Mission ablehnen, scheinen weitere Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Vor allem, weil eine Abspaltung des mehrheitlich von Serben bewohnten Nordteils aus dem Kosovo von deutscher und amerikanischer Seite aus zwei Gründen kategorisch abgelehnt wird. Einmal möchte man schon selbst darüber entscheiden, wer sich wann und unter welchen Umständen von wem abspalten darf, und wer nicht (man denke beispielsweise an die pro-russischen Sezessionsbewegungen im Kaukasus). Außerdem liegen zwei der vier Hauptminen des Treпча-Komplexes, des ökonomischen Filetstücks des Kosovo, in dieser Region. Um das neu geschaffene Gebilde zu „stabilisieren“, haben die Vereinigten Staaten inzwischen damit begonnen, die kosovarische Armee mit der Lieferung von Schusswaffen und gepanzerten Mili-

tärfahrzeugen aufzurüsten. Als nächster Schritt ist bereits die Ausbildung von Fliegerkräften und Panzertruppen vorgesehen. Dies zeigt, dass Washington von weiteren Auseinandersetzungen in der Region ausgeht. „Die Hast, mit der das Pentagon jetzt versucht, das Kosovo unter seine Fittiche zu nehmen, kann nur davon zeugen, dass der Westen keineswegs von einer baldigen Friedenseinkehr auf dem Balkan nach der Abtrennung der Provinz von Serbien überzeugt ist. Dabei hatte gerade diese Rhetorik dominiert, als der Westen versuchte, seine Unterstützung für die Kosovo-Separatisten zu begründen. Von welchem Frieden kann man aber nun sprechen, wenn die eine Seite gegen die andere aufgerüstet wird. Damit wird nur noch mehr Öl ins Feuer gegossen, das ohnehin stark genug brennt.“ (Tamara Samjatina, RIA Novosti, 29.03.2008) Gleichzeitig haben die USA auch damit begonnen neben Camp Bondsteel, der größten Militärbasis in Europa, einen zweiten Stützpunkt im Kosovo zu errichten, um damit ihre Fähigkeiten zur Machtprojektion in die geostrategisch wichtige kaspische Region weiter zu verbessern.

EULEX = Kolonialverwaltung

Gegenwärtig wird der Kosovo von den Vereinten Nationen bzw. der UN-Besatzungsbehörde UNMIK verwaltet, die damit die vollständige Kontrolle in der Provinz ausübt. Der als so genannte Rechtsstaatsmission getarnte EULEX-Einsatz soll nun bis Juli 2008 die wesentlichsten Aufsichtsfunktionen von der UNMIK übernehmen - paradoxerweise aber ohne hierzu von den Vereinten Nationen beauftragt worden zu sein, da Russland hierfür die Zustimmung verweigerte.

Geht es nach den Vorstellungen Brüssels und Washingtons, so soll also die quasi-koloniale Beaufsichtigung des Kosovo von den Vereinten Nationen auf die Europäische Union übergehen. Damit folgt man derzeit nahezu exakt den Vorschlägen des finnischen UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari, die Anfang 2007 präsentiert, allerdings nie offiziell verabschiedet wurden. Er schlug vor, den Kosovo aus Serbien herauszulösen, ohne der Provinz jedoch die volle Souveränität zu „gewähren“, sondern sie stattdessen faktisch der Kontrolle der Europäischen Union zu unterstellen („Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“). Auch die EULEX-Mission war bereits fester Bestandteil des Ahtisaari-Plans. Die EU-Politik weicht eigentlich nur in einem - allerdings entscheidenden - Punkt von den Vorschlägen des UN-Sondergesandten ab. Denn während im Ahtisaari-Plan ursprünglich neben den



EULEX-Missionsleiter Yves de Kermabon

größten westlichen Staaten auch Russland als Mitglied einer Kosovo-Lenkungsgruppe (steering group) vorgesehen war, wurde Moskau nun schlichtweg aus dieser Gruppe hinausgeworfen (bzw. gar nicht erst eingeladen), nachdem es sich als unwillig erwiesen hatte, dem westlichen Kosovo-Fahrplan bedingungslos zuzustimmen.

Dies ist insofern höchst relevant, da diese durch niemanden legitimierte Lenkungsgruppe sich für befugt hält, einen EU-Sonderbotschafter zu ernennen, der de facto im Kosovo über die Machtbefugnisse eines Prokonsuls verfügt. Denn der Ende Februar 2008 mit diesem Posten betraute Niederländer Pieter Feith ist laut Ahtisaari-Plan die „letzte Autorität“ im Kosovo, er darf jeden Beamten und Parlamentarier feuern und jedes Gesetz annullieren. Darüber hinaus kontrolliert er auch die Geld- und Wirtschaftspolitik des Landes, für die die Europäische Union allerdings bereits bei der UNMIK zuständig war. Insofern dürfte gesichert sein, dass die radikale Umstrukturierung des Kosovo entlang neoliberaler Leitlinien und die Verschleuderung von Staatseigentum an westliche Konzerne ungebremst fortgesetzt werden. Groteskerweise sieht der Ahtisaari-Plan letztlich auch noch vor, dass nur der EU-Sonderbeauftragte darüber befinden kann, wann sich der Kosovo für eine volle Souveränität „qualifiziert“ hat und damit der Kolonialstatus der Provinz für beendet erklärt wird.

Hauptaufgabe der nun beschlossenen EULEX-Mission ist es, dem EU-Sondergesandten bei der Implementierung des Ahtisaari-Plans und damit der Kontrolle des Kosovo behilflich zu sein. Die Gemeinsame Aktion 2008/124 räumt zudem mit EULEX Kosovo erstmals einer „zivilen“ ESVP-Mission „Exekutivbefugnisse in einigen Bereichen“ ein. Im Bedarfsfall können die EU-Beamten sogar die Rechtssprechung unabhängig von kosovo-albanischen

Beamten ausüben. Weiter legt die Gemeinsame Aktion fest, dass EULEX dazu befugt ist, „die Aufrechterhaltung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit sowie der öffentlichen Ordnung und Sicherheit — erforderlichenfalls auch durch Rücknahme oder Aufhebung operativer Entscheidungen der zuständigen Behörden des Kosovo in Absprache mit den einschlägigen internationalen Zivilbehörden im Kosovo — zu gewährleisten.“ Damit wurde ein weitgehendes Eingriffsrecht in die Belange der Provinz verankert, mit der die administrative Kontrolle de facto auf die Europäische Union übertragen wird.

Vor diesem Hintergrund mutet die „Unabhängigkeitserklärung“ des kosovarischen Parlaments vom 17. Februar 2008 seltsam an. Denn dort wird zwar einerseits betont, der Kosovo sei jetzt ein „unabhängiger und souveräner Staat“, der „den Willen unseres Volkes widerspiegelt.“ Auf der anderen Seite wird aber versichert, man bewege sich damit „in voller Übereinstimmung mit den Empfehlungen des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari und seinen umfassenden Vorschlägen zur Regelung des Status des Kosovo.“ Die Deklaration akzeptiert „umfassend die Verpflichtungen Kosovos nach dem Ahtisaari-Plan“ und versichert, die nun auszuarbeitende Verfassung werde „alle relevanten Prinzipien des Ahtisaari-Plans berücksichtigen.“ Hierzu gehören vor allem umfangreiche Vorgaben im wirtschaftlichen Bereich, u.a. fordert der Ahtisaari-Plan, „den Privatisierungsprozess fortzuführen“ und „eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ einzuführen. Darüber hinaus wird in der Deklaration auch die Kolonialpräsenz in Form der EULEX-Mission hofiert: „Wir laden ein und begrüßen eine internationale zivile Präsenz für die Überwachung der Umsetzung des Ahtisaari-Plans und eine von der Europäischen Union geführte Justiz-Mission.“ Schließlich, um auch keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, heißt es im abschließenden Paragraphen: „Wir bekräftigen hiermit unzweideutig, ausdrücklich und unwiderruflich, dass das Kosovo juristisch gebunden ist, sich an die Bestimmungen in dieser Deklaration zu halten, insbesondere an seine Verpflichtungen nach dem Ahtisaari-Plan.“ (alle Zitate aus der Deklaration vom 17. Februar aus Paul Mitchell: Das „unabhängige“ Kosovo: Anatomie eines westlichen Protektorats, World Socialist Web Site, 05.03.2008)

Gegen diesen vom Parlament sanktionierten Kolonialstatus regt sich jedoch zunehmender Widerstand innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung. Es kam bereits zu massiven Protesten gegen die

westlichen Besatzer, bei denen zahlreiche Verletzte und sogar zwei Todesopfer zu beklagen waren. Auch hier sollen die Aufstandsbekämpfungseinheiten von EULEX Kosovo die reibungslose Administration der Kolonie gewährleisten, womit sie sich zynischerweise gegen beide verfeindete Parteien richtet und damit einen Weg einschlägt, der mit Sicherheit nur für Brüssel weder aber für die serbische noch die kosovo-albanische Seite in die richtige Richtung weist.

Führungsanspruch

Mit der EULEX-Mission untermauert Brüssel damit einmal mehr den Anspruch, seine Interessen gegen geltendes Recht und gegen den Widerstand der betroffenen Menschen durchzusetzen: „Das ist das klarste Signal, das die EU geben kann, um zu zeigen, dass sie im Kosovo und in der Region die Führung übernehmen will“, betonte der portugiesische EU-Ratspräsident Jose Socrates. Eine Vorreiterrolle spielt dabei einmal mehr Deutschland. Zwar waren einige wenige Staaten schneller, als es darum ging, den Kosovo offiziell anzuerkennen, dafür hat aber Berlin als Allererstes eine Botschaft im Kosovo eröffnet.

Die Tragweite der gegenwärtigen Vorgänge zeigt sich daran, dass Deutschland (und zahlreichen anderen westlichen Staaten) mit der Zerschlagung Serbiens und der Kolonialisierung des Kosovo beabsichtigt, das Völkerrecht endgültig durch eine Art Beliebigkeitsprinzip zu ersetzen: „Die Anerkennung der kosovarischen Eigenstaatlichkeit, von der deutschen ‚Botschaft‘ in Pristina als ein kleiner, kaum spürbarer Schritt beschrieben, ist tatsächlich eines der einschneidendsten Ereignisse der vergangenen Jahre. Mit ihr gewinnt die Willkür als gestaltendes Prinzip der globalen Politik eine noch größere Bedeutung als zuvor. Daß im Zweifelsfall Macht vor Recht ergeht, das ist nicht neu. Daß man Staaten auch ohne Legitimierung durch die Vereinten Nationen überfallen kann, das hat der Kosovokrieg gezeigt, und der Irakkrieg hat es bestätigt. Aber erst die Sezession des Kosovo und deren Anerkennung im Westen haben bewiesen: Man kann im 21. Jahrhundert auch Staaten gegen ihren Willen zerschlagen, und zwar auch dann, wenn es sich bei den Sezessionsgebilden nicht (wie im Jugoslawien der neunziger Jahre) um die Teile eines Bundesstaats handelt, sondern um einfache Verwaltungsbezirke. Man braucht auch keinen Konsens dafür, es genügt, ausreichend Truppen im Sezessionsgebiet stationiert zu haben. Dann kann man fast alles machen, was man will - sogar Grenzen verändern.“ (Jörg Kronauer, Konkret, April 2008)

Testfall China

Die chinesisch-europäischen Beziehungen auf dem Prüfstand

von Andreas Seifert

In den europäischen Medien herrscht mit Bezug zu China vielfach ein simplifizierendes Bild vor. Im Resümee des jüngst zum Abschluss gebrachten 17. Parteitags der kommunistischen Partei Chinas und des gerade tagenden Nationalen Volkskongresses sind sich viele westliche Kommentatoren einig: es habe sich nichts verändert und die Partei sei das eigentliche Problem Chinas und werde dies auch bleiben. Wäre dieses nicht der Fall, so ließe sich weiter schließen, wären die Probleme Chinas lösbar, würden politische Reformen China in ein blühendes Land verwandeln, das sich kooperativ an der Rettung der Welt beteiligt. So aber werde daraus wohl nichts.

Vielmehr rücke eine neue „Generation“ von Führern ins Politbüro nach und sichere seinen Anspruch auf die Führerschaft im Lande durch ein paar wohl dosierte Phrasen ab, die dem eigenen, wie dem ausländischen Journalistenvolk suggerieren: wir haben die Probleme sich verschärfender gesellschaftlicher Konflikte und die Langzeitfolgen umweltbelastender Fortschrittsgläubigkeit erkannt ... und steuern dagegen. Dies ist nicht nur schnell als Propagandatricks erkannt und gebrandmarkt, sondern wird als Beleg für den Fortbestand des Parteifilzes gesehen.

Übersehen wird dabei, dass die Partei und auch der Staatsapparat die Befindlichkeiten vieler Akteure in den einzelnen Politikbereichen berücksichtigen müssen und in einen wohl dosierten Proporz umwandeln, der Reformen ausschließlich auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners ermöglicht. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich nämlich so mancher großspurige Gesetzentwurf als Papiertiger, der in den eigenen Provinzen nicht umsetzbar ist: es herrscht ein eklatanter Mangel an Implementierungskraft vor.

Relevant wird diese Einschätzung der Handlungsgrenzen der volksrepublikanischen Führung mit Bezug zur Außenpolitik. Denn auch wenn das Verhältnis Chinas zur Europäischen Union von Außen immer noch als die eindeutige Domäne der Partei- und Staatsführung erscheint, so unterliegt es ähnlichen Einschränkungen. Auch hier deuten die jüngsten Aktionen der Beijinger Führung darauf hin, dass noch längst nicht

von einer einheitlichen Politik oder einem klaren Konzept die Rede sein kann. In dem Maße, wie zum Beispiel versucht wird, Entwicklungshilfe als außenpolitisches Mittel bewusst einzusetzen, wird deutlich, dass innerhalb der Administration zu viele unterschiedliche Stellen damit betraut sind, als dass eine Koordination gelingen könnte - folglich findet nun eine Reorganisation statt.¹ Einen weiteren (Stör-)Faktor bilden auch in diesem Feld die Regionen/Provinzen, die in Konkurrenz zueinander um ausländische Investitionen streiten und gerne „ohne Beijing“ zum Vertragsabschluss kommen möchten. Schließlich ist auch die Unternehmenslandschaft längst nicht mehr vom „hörigen“ Staatsbetrieb allein bestimmt: börsennotierte Unternehmen loten ihre Spielräume aus.² Dies wiederum gilt besonders für die relevanten Rohstoffindustrien, die unter besonderem Schutz, wie auch unter besonderer Beobachtung durch den Staat stehen und gerade in der Allokation ihrer Handelsware weit über die Grenzen der VR aktiv sind.³ Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet unterliegt die Position der VR China in der Welt einer Vielzahl von Einschränkungen und muss nicht wenige Sonderinteressen berücksichtigen.

Europa und China: Geschichtlicher Überblick

Europas Beziehungen zu China gehen weit zurück und hatten 1860 einen ersten unrühmlichen Höhepunkt, als das Kaiserreich mit den Opiumkriegen dazu gezwungen wurde, sich den imperialistischen Mächten zu öffnen. Die Auswirkungen dieses Krieges, der zur Absicherung des Drogenexports nach China diente, reichen weit bis in das 20. Jahrhundert. Bis in die 30er Jahre stand sogar die chinesische Zollbehörde unter der Aufsicht ausländischer Mächte, die Zölle als Reparationsleistungen Chinas nach Europa zurückführten. Nach 1949 suchte die kommunistische Führung ihren Platz in der internationalen Politik erst an der Seite der Sowjetunion und ignorierte die (west-) europäischen Versuche, in diplomatischen Beziehungen zu treten. Einzig mit Frankreich stand „Rot-China“ in den frühen 60er Jahren im Kontakt. Die frühen 70er Jahre brachten nicht nur

eine Annäherung zwischen der Volksrepublik und den USA, sondern vielmehr auch eine Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen zu Europa. Nach und nach nahm China zu den meisten europäischen Staaten diplomatische Verbindungen auf. 1975 begannen die offiziellen Kontakte zur Europäischen Gemeinschaft. Dabei trat die EG keineswegs nur in wirtschaftspolitischen Fragen auf den Plan, sondern ebenso in Fragen allgemeiner Politik. Die europäischen Bemühungen, sektorale Kontakte zu knüpfen und auszubauen, wurden dabei immer von entsprechenden nationalstaatlichen Bemühungen begleitet. Die einsetzende Reformpolitik in China gab diesen Bestrebungen Auftrieb und verursachte eine Art Wettlauf der europäischen Staaten um eine möglichst gute wirtschaftliche Position im Riesenreich. Auch heute haben meist die nationalstaatlichen Kontakte Präferenz gegenüber denen der EU zu China. Es fällt auf, dass es einzelne europäische Staaten vorgezogen haben, der EG bzw. später der EU das politische Feld (allen voran das Eintreten für die Frage der Einhaltung der Menschenrechte) zu überlassen und die eigenen diplomatischen Bemühungen auf die Wirtschaftspolitik zu beschränken.

Die Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 auf dem Tiananmen-Platz stellte einen Wendepunkt für die EU-Politik dar. Einerseits führte der Protest europäischer Institutionen zu einem Stillstand in den offiziellen EU-Beziehungen zur VR, andererseits wurde das Modell der Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU zusehends in Zweifel gezogen. Während einzelne Staaten (allen voran Deutschland) bald wieder in Kontakt zu China traten und unter dem Vorwand des „notwendigen Dialogs“ die Absicherung ihrer Investitionen betrieben, dümpelten die Gespräche mit der EU vor sich hin. Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Brüssel und Beijing fand nach 1992 unter der Maßgabe statt, störende Kommentare zur innerchinesischen Repression auszublenden. Ebenso wie es die europäischen Staaten vermieden, auf internationaler Bühne direkte Kritik an China zu üben - sie versagten vielfach die Zustimmung zu Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der VR - enthielt sich auch die Kommission weiterer Kommentare. Zum Ende des 20. Jahrhunderts wurde versucht, mit dem „Menschenrechtsdialog EU-China“ einen Teil dieser „Kritikfähigkeit“ zurück zu gewinnen, doch steht dieser Dialog nicht oben, sondern weiter hinten auf der Agenda der EU.

Seit 1998 findet jährlich ein *EU-China-Summit* statt, der als Forum zum Meinungs-



Modell der Boomtown Shanghai

austausch zwischen den Staatsführern gedacht ist. Einen formalen Höhepunkt erreichten die Beziehungen mit der Deklaration einer „strategischen Partnerschaft“ im Oktober 2003, mit der beide Seiten die Hoffnung verbanden, in allen Bereichen des internationalen Systems zu kooperieren. Über die Deklaration von 2003 hinaus haben beide Seiten in den letzten Jahren mehrere Policy-Papers publiziert, die die jeweiligen Verschiebungen in der Strategie im Umgang miteinander beschreiben und Brüche wie Gemeinsamkeiten zu dokumentieren helfen.⁴

Für China ist die EU heute in erster Linie ein Handelspartner, der die auf Export ausgerichtete Wirtschaftsstrategie Chinas stützt und überdies ein Lieferant für aktuelle Technologien darstellt. Für die EU ist China ein brillanter Absatzmarkt für Maschinen und die Gelegenheit, Güter zu günstigen Preisen für den heimischen Markt produzieren zu lassen - und vielleicht sogar ein zukünftiger Absatzmarkt für Produkte, die man dort im Land produzieren lässt. Eine strategische Partnerschaft zwischen beiden, so wird aber auch deutlich, ergibt sich daraus noch längst nicht für weitere Bereiche. Europa sieht China als Störenfried in Afrika - und China begreift die EU noch längst nicht als Partner, mit dem man über sicherheitspolitische Themen in Zentralasien oder Ostasien dringend reden müsste. Die zaghaften Versuche, Energiesicherheit anzusprechen, sind bisher von Frustration gekennzeichnet - von der Umwelt- und Menschenrechtspolitik ganz zu schweigen. Im Folgenden werden einige Themenblöcke angesprochen, die Konfliktpotenzial enthalten.

Galileo und der Transfer von Waffentechnologie

Der grundlegende Ansatz der EU stand und steht unter dem Motto des „constructive engagement“ - China über Dialog und Selbstverpflichtungen in die internationale Politik einzubinden und über diesen Hebel auf seine Politik einzuwirken. Die Abgrenzung gegenüber der von der US-amerikanischen Administration bevorzugten Politik des „containments“, des „In-Schach-Haltens“, wird hierbei überdeutlich. Letztlich ist es aber das transatlantische Verhältnis, welches auch immer wieder Grenzen des „Einbindens“ deutlich macht. Mit der Erklärung einer strategischen Partnerschaft zwischen China und der EU wurde in Aussicht gestellt, das Waffenembargo aufzuheben und China überdies am angeblich „friedlichen/zivilen“⁵ europäischen Galileo-Satelliten-System zu beteiligen. Die US-Administration hat scharf auf die Diskussionen über die Aufhebung des Embargos reagiert und den Europäern nicht nur den Ausverkauf eigener Werte vorgeworfen, sondern ebenfalls die Gefährdung der Welt-sicherheit.

Das Embargo gegen China ist angesichts der brutalen Niederschlagung der Studentendemonstrationen 1989 in Effekt gesetzt worden und hat die Beziehungen zwischen China und der EU beeinträchtigt. 2003 ist es allerdings wiederum in die Debatte geraten. Frankreichs damaliger Präsident Chirac hatte es als „überkommen“ bezeichnet und Kanzler Schröder war in Beijing im selben Jahr der Auffassung, man möge es doch endlich abschaffen. Diesen

Aussagen folgte eine lange Reihe von Beipflichtungen durch andere Staaten der EU, bis sich verhaltener Widerspruch Gehör verschaffte. Der damalige EU-Außenkommissar Chris Patten brachte es Ende 2004 auf den Punkt, indem er die Aufhebung des Embargos an eine positivere Menschenrechtsbilanz Beijings geknüpft sehen wollte. Entsprechend aufgeladene Diskussionen und zwei eindeutige Entscheidungen des Europäischen Parlaments führten schließlich dazu, dass das Thema von der „offiziellen“ Agenda wieder verschwand.

Die Befürworter der Aufhebung argumentieren, dass es nur eine symbolische Geste sei, sich vom Embargo zu verabschieden, da der 1998 eingesetzte EU *Code of Conduct* bezüglich Waffenexporten überarbeitet werde und somit ein Kontrollinstrument gegenüber China verbleiben würde. Zudem decke das Embargo das Feld nur unspezifisch (vor allem im *Dual-Use*-Bereich) ab, was einzelnen Mitgliedsländern bisher auch schon die Möglichkeit gegeben habe, es zu umgehen. Die Statistik, die in jährlicher Folge über den *Code of Conduct* berichtet, spricht eine deutlichere Sprache: Waffenverkäufe und Verkäufe von militärisch zu verwendendem Material nach China sind gang und gäbe - Embargo hin, Code her. Allen voran verkaufen Frankreich und Großbritannien Material nach China.⁶

Die moralische Keule *Waffenembargo* ist dennoch zu einem Problem für die europäische Industrie geworden und damit wiederum zum Gegenstand nationaler Politik: die großen Rüstungskonzerne aus den europäischen „Kernländern“ würden gerne den Handel mit China auf das Gebiet der Militärtechnik ausdehnen und vertiefen. Dabei geht es nicht einmal direkt um Waffen, wie Nicola Casarini vom EU Institut für Sicherheitsstudien (ISS) analysiert. Nach ihren Untersuchungen *leiden* die europäischen Konzerne unter den wirtschaftlichen Auswirkungen des Embargos, wohingegen die amerikanischen Firmen sich auf eine Nachfrage im eigenen Land berufen können, von der sie mehr als gut leben. Die Aufhebung würde, so die Annahme, gar nicht zu erhöhten Waffenverkäufen führen, wohl aber zu ansteigenden Verkäufen von „Zubehör“.⁷

In diesem Zusammenhang ist die Frage des Transfers strategischer Technologien zentral. Das prominenteste Beispiel hierfür ist das europäische Satellitensystem Galileo. Casarini geht davon aus, dass die Beteiligung Chinas an Galileo eine logische Konsequenz des konstruktiven Engagements der EU mit China darstelle und gleichzeitig die Differenzen der europäischen Seite zu den US-amerikanischen Vorstellungen über die

Nutzung des Weltraums deutlich mache. Demnach sei die EU-Position vor allem auf eine friedliche ökonomische Nutzung des Weltraums aus, wohingegen die US-amerikanische Regierung hier ein Feld sehe, in dem es den eigenen technologischen Vorsprung zu wahren gälte: „Thus, while the US concentrates on using space to provide America and its allies with an asymmetric military advantage, the EU is more concerned with creating useful - i.e. commercial - space applications for the peoples of Europe and European industries.“⁸

Im Einklang mit der Position der EU-Kommission argumentiert die Autorin, dass der Einstieg Chinas in das Galileo-System auch nicht dazu gedacht sei, die US-Amerikaner zu brüskieren oder ein „Gegengewicht“ zu schaffen - schon gar nicht im Bereich militärischer Nutzung. Die US-amerikanische Seite ihrerseits hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Freigiebigkeit der Europäer bei Spitzentechnologie das technisch manifestierte Machtverhältnis im Pazifik unterminiere. Neueste Satellitentechnik würde es China konkret ermöglichen, das TMD-System (Theater-Missile-Defense), welches Taiwan teuer in den USA erstanden hat, zu umgehen. Dies stellt die Dominanz der USA im Pazifik insgesamt in Frage. Auch wenn man die skeptische US-amerikanische Sicht auf die Aufrüstung in China nicht teilt, so wird doch zumindest deutlich, dass die EU und die EU-Mitgliedsländer wenig Bezug zu strategischen Fragen in Ostasien selbst haben und ihrem eigenen Wirtschaftsprogramm und dem „Wohlergehen“ ihrer Rüstungskonzerne demgegenüber Priorität einräumen.⁹

Aber auch aus dieser Logik der Priorität des Verkaufens lässt sich gegen die Aufhebung des Embargos und verstärktem Technologietransfer argumentieren. Carsten Klenke, Mitarbeiter der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), findet weniger ein negatives Element darin, durch die Aufhebung des Embargos die Sicherheitsbalance in Ostasien zu verändern, sondern warnt mit Verweis auf Erfahrungen aus dem Schiffsbau davor, dies zu tun. China, so seine Wahrnehmung, würde die importierten Technologien innerhalb kürzester Zeit reproduzieren und seinerseits mit billigeren Produkten auf den Weltmarkt drängen.¹⁰

Die Abschaffung des Embargos ist auch weiterhin auf der chinesischen Agenda und Beijing wird die EU-Kommission in schöner Regelmäßigkeit daran erinnern. Die EU wird diesem Drängen auch schließlich nachgeben - es ist dabei weniger eine Frage der Zeit, als eine der „Form“. Die europä-

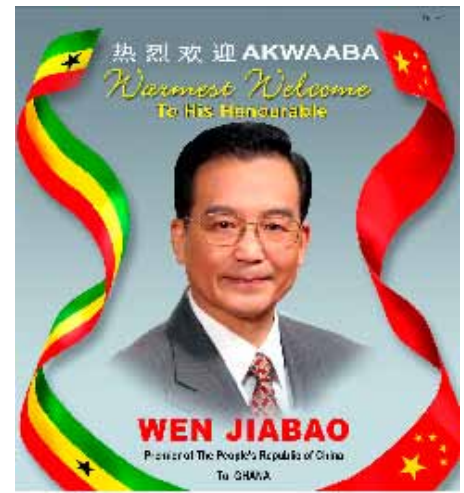
ische Politik ringt mit einer Formulierung, die das transatlantische Verhältnis nicht zu sehr strapaziert und gleichzeitig in den nationalen Parlamenten eine Mehrheit finden kann. Zu befürchten steht in jedem Fall, dass der Waffenhandel auch ohne Aufhebung weiter intensiviert wird und damit das „Werkzeug“ Embargo zur Farce verkommt.

Afrikapolitik

Chinas Ambitionen in Afrika zerstören aus der Sicht der Europäer die „Früchte“ europäischer Entwicklungspolitik und die Bemühungen der internationalen Gebergemeinschaft, die die afrikanischen Staaten vorgeblich zu Zugeständnissen in puncto Demokratisierung und Einhaltung von Menschenrechten gezwungen hätten. Zudem sei die Armutsbekämpfung auf dem Kontinent, die ausgerechnet durch die Implementierung neoliberaler Restrukturierungsprogramme erreicht werden soll, mit den Chinesen als zusätzlichem Akteur schwieriger geworden, weil einige afrikanische Staaten lieber einen Kredit mit wenigen Konditionen in China aufnehmen, als ihn in Europa teuer mit politischen Zugeständnissen zu erkaufen.

Die Chinesen widersprechen dieser Sicht vehement: sie würden sich wie alle anderen um staatliche Projekte auf dem afrikanischen Kontinent bewerben und in Gebiete investieren, in die seit Jahren kein Euro oder Dollar geflossen sei. Sie würden darüber hinaus afrikanischen Staaten helfen, Bodenschätze auszubeuten, die den Europäern vormals nicht lukrativ erschienen und schließlich mit umfangreichen Bildungsprogrammen dazu beitragen, dass sich das Bildungsniveau in Afrika hebt.

Die direkten Auswirkungen chinesischer Politik in Afrika sind letztlich einer genaueren Betrachtung wert, als sie hier geleistet werden kann¹¹ - aber es zeigen sich bereits auf den ersten Blick Auswirkungen, die über die „Stützung repressiver Regime und Diktatoren“ hinausgehen und zum Teil vor allem europäische Wirtschaftsinteressen in Afrika beeinträchtigen. Das chinesische Engagement wirkt sich auch auf die Ökonomien in Afrika aus - teils positiv, teils deutlich negativ. Chinesische Kredite und Entwicklungshilfeprojekte umfassen in vielen Fällen größere Infrastrukturmaßnahmen, die wiederum von chinesischen Vertragspartnern erfüllt werden. Das heißt, dass der gewährte Kredit, die gewährte Hilfe, zu einem nicht geringen Teil wieder in chinesische Kassen zurückfließt - eine übrigens durchaus übliche Praxis auch bei westlicher Entwicklungshilfe. So entstehen Straßen, Eisenbahnlinien, Staudämme und



Begrüßungsplakat für den chinesischen Premierminister in Ghana

Kraftwerke - positive Elemente, die lokale Ökonomien unterstützen können. An zum Teil fragwürdigen Projekten werden aber auch Regierungszentralen im Prunkstil, protzige Vorzeigestraßen als Hinführung und üppige Stadien zur Selbstdarstellung gebaut. Mit chinesischen Arbeitern und Firmen kommen auch chinesische Produkte auf den afrikanischen Markt und befriedigen einerseits aktuelle Bedürfnisse in den Mangelwirtschaften einiger Länder, andererseits zerstören sie auch die Ansätze der Entwicklung eigener Industrien in den Staaten. So leidet besonders die Textilindustrie in Afrika unter chinesischen Importen.¹²

Schließlich, und dies ist vor allem ein Vorwurf westlichen Staaten, scheint es China egal zu sein, wie viel der geleisteten Hilfeleistung beim „Ziel“ ankommt. Die chinesischen Standards bezüglich der Akzeptanz der Klientelwirtschaft in den Ländern lägen sehr niedrig. Westliche Hilfe, die dem Anspruch nach nur vergeben werde, wenn sicher gestellt sei, dass sie auch in großem Umfang am Ziel ankomme und nicht in privaten Kassen der Herrscherelite versickere, wirke hier „effektiver“. Die chinesischen Kredite versorgen tatsächlich häufig die herrschenden Eliten mit frischem Geld, die damit ihre eigenen Machtansprüche über Klientelwesen absichern können. Verschärft ist dieser Vorwurf bei Krediten und Geschenken Chinas an repressive Regime und Diktaturen, deren Menschenrechtsbilanzen verheerend sind und von denen zu befürchten steht, dass die Hilfeleistungen ausschließlich das Überleben der jeweiligen Regime absichert. Beijing reagiert auf diesen Vorwurf am liebsten überhaupt nicht und verweist wenn auf seine Politik der „Nicht-Einmischung“.

Die Volksrepublik deckt einen großen Teil ihres steigenden Ölbedarfs in Afrika (derzeit knapp 24%), wie es auch andere

Rohstoffe aus dem Kontinent bezieht. Chinesische Bergbauunternehmen, Ölkonzerne und Unternehmen der Agrarwirtschaft sind in den verschiedensten Ländern Afrikas aktiv. Derzeit geht man von ca. 1.000 größeren chinesischen Unternehmen aus, die in Afrika tätig sind. Mit einer Investitionssumme von 29 Milliarden US\$ liegt die Volksrepublik als Geber zwar noch hinter den USA und Frankreich, aber bereits vor anderen Investoren aus der EU.

Spätestens hier wird deutlich, dass die Konflikte mit der EU sich nicht nur in einem gemeinsamen Afrikaarbeitskreis lösen lassen. Chinas ökonomische Interessen in Afrika gehen weit über die vordergründige Entwicklungspolitik hinaus. Allerdings wird hier auch von chinesischer Seite Bewegung gewünscht - auch dort stellt man fest, dass Engagement nicht folgenlos ist. Die in einzelnen afrikanischen Staaten durch die ökonomische Präsenz Chinas verursachten sozialen Probleme wachsen sich zu Widerstand auch gegen Chinesen direkt aus. Deshalb ist die chinesische Regierung dringend darauf angewiesen, ihre Entwicklungspolitik strategisch zu überdenken, um tatsächlich zu einer Absicherung ihrer Interessen in Afrika zu kommen, die über die Lebensdauer spezifische Regime hinaus reicht.

Ein letzter Aspekt in Chinas Engagement in Afrika ist dessen politisches Gewicht in internationalen Organisationen (vor allem in der UN), das Beijing für sich und seine eigenen Ambitionen in der Weltpolitik einspannen möchte. Die von China verfolgte Politik der Nicht-Einmischung schafft dabei eine Grundlage für Gespräche und politische Unterstützung.

Energiesicherheit

In der Frage der Energiesicherheit hat die EU durchaus Gemeinsamkeiten mit der Volksrepublik, die ebenfalls auf funktionierende Handelsrouten angewiesen ist, um den Nachschub an Rohstoffen zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund gibt es eine gemeinsame Grundlage, um ggf. eine gemeinsame Strategie erarbeiten zu können.

Chinas täglicher Konsum an Öl lag 2005 bei 6,6 Millionen Barrel (USA 2005: 20,8 Millionen Barrel), soll sich aber, so die Voraussage chinesischer Experten, auf 10 bis 13 Millionen Barrel erhöhen, von denen 60 bis 80% importiert werden müssen.¹³ In der augenblicklichen Praxis sieht sich China zurecht von einigen Quellen für Energie bzw. anderen Rohstoffen fern gehalten - auch und gerade von der EU - und weicht auf zweitrangige Ressourcen zum Beispiel in Afrika aus. Die Strategie geht nicht nur dahin, möglichst günstig an Rohstoffe zu kommen, sondern darüber hinaus, nicht von bestimmten Transportrouten, die im Zweifelsfall nicht zu kontrollieren sind, abhängig zu werden. Das Stichwort heißt hier Diversifizierung - einen möglichst ökonomischen Mix unterschiedlicher Quellen entwickeln, der Stabilität garantiert.

Das Vertrauen in den von westlichen Firmen dominierten „Markt“ ist nicht sonderlich ausgeprägt, weshalb die VR in der Vergangenheit vielfach dazu übergegangen ist, Konzessionen und Exklusivverträge abzuschließen, die es ihr ermöglichen, unabhängig vom Weltmarkt Rohstoffe zu beziehen.¹⁴ Dieses Vorgehen wurde im Westen und besonders auch in Europa als

aggressive Missachtung gängiger Marktregeln aufgefasst¹⁵ - obwohl sie es mitverursachen:

„Chinesische Energiepolitiker würden zweifellos gerne Einfluss in diesen Gebieten [Kaspi-Region, Mittlerer Osten] gewinnen, scheiterten aber regelmäßig an der fest verwurzelten Präsenz der konkurrierenden [westlichen] Unternehmen. Als zum Beispiel die CNOOC [Chinese National Offshore Oil Company] und Sinopec gemeinsam ein Sechstel der Anteile an einem Konsortium erwerben wollte, welches die Ausbeutung des Kashagan-Ölfeldes in Kasachstan betreibt, machten dessen ursprüngliche Mitglieder, darunter Exxon-Mobile, Royal Dutch/Shell, und Conoco-Philips, von ihrem ‚right of first refusal‘ Gebrauch, um die chinesischen Firmen auszuschließen und die Anteile selbst zu erwerben“¹⁶

Umweltpolitik

Auch wenn Chinas Ressourcenverbrauch auf die Anzahl seiner Bevölkerung herunter gebrochen immer noch niedrig ist, so stellt die schiere Masse ein ernst zu nehmendes Problem dar. Chinas Hauptenergieträger Kohle ist von schlechter Qualität und jedes gewonnene Kilowatt wird teuer mit einem hohen Ausstoß von Treibhausgasen und Schwefel erkaufte. In der Folge des wilden Abbaus von Kohle in Nordchina haben sich hier und da Flöze selbst entzündet, womit ganze Landstriche vor sich hin lodern. Diese unterirdischen Feuer sind fast nicht mehr zu löschen und vernichten nicht nur erhebliche Kohlereserven, sondern verwandeln die Umgebung zudem in lebensfeindliche Räucherammern. Die nur in geringem



Monumentalprojekt: Sanxia Yangtze-Staudamm

Maße umgesetzten Umweltauflagen für die Produktion von Waren verschlechtern die Umweltbilanz zusätzlich, indem Flüsse vergiftet werden und die Luft verpestet. Selbst chinesische Medien kommen nicht umhin, über endlose Ketten von Umwelt- und Lebensmittelskandalen zu berichten. Der Individualverkehr in den Metropolen reduziert den Anteil an sauberer Luft weiter. Und so schön es für westliche Autokonzerne ist, in China einen gigantischen Markt gefunden zu haben, eine umweltpolitische Maßnahme ist dies sicher nicht. Desgleichen gilt für den Verkauf von Airbus- oder Boeingprodukten. Sarkozys Atomkraftwerks-Verkaufsoffensive in Ostasien und Indien ist angesichts des umweltpolitischen Geredes in der EU sicherlich als zweifelhaft einzuschätzen.

Hier offenbart sich ein Konflikt zwischen China und der EU in einer ganz anderen Weise. Das europäische Argument einer nachhaltigen Entwicklung und der Verlangsamung des Klimawandels wird gern projiziert auf andere, denen man nach wie vor die eigenen durchaus klimaschädlichen Produkte verkaufen möchte. Der Erhalt der Arbeitsplätze in Europa hat vor jedem Umweltargument Vorrang. Besser noch, das eigentliche Ziel besteht darin, durch den Verkauf von Umwelttechnologien am Ende noch daran zu verdienen.

Chinas Position ist, wie die vieler Entwicklungsländer, den Westen für seine Verschmutzung der Umwelt in die Pflicht zu nehmen und das Fehlen von Umweltschutzmaßnahmen als Kostenvorteil zu nutzen. Dabei übersieht die Führung in Beijing keineswegs die sozialen Folgen der Umweltverschmutzung. Verschiedenste Programme und Gesetzesinitiativen wurden auf den Weg gebracht und doch hat das Thema innerhalb Chinas nicht die Priorität, dass Anstrengungen unternommen werden, sie bis in die Untergliederungen durchzusetzen. Unternehmensgewinne und Arbeitsplatzsicherheit gehen auch in China vor dem Schutz der Umwelt. Das derzeitige chinesische Regime und auch jedes zukünftige ist darauf angewiesen, seiner Bevölkerung eine Verbesserung seiner Lebensumstände zu gewährleisten, d.h. heute mehr Konsum zu ermöglichen. Die Umweltproblematik ist hier noch deutlich nachgeordnet.

Die EU, als einer der Hauptverschmutzer, ist hier insbesondere gegenüber China in der Pflicht, den Zugang zu Technologien zu ermöglichen, die eine Verbesserung der Umweltsituation ermöglichen. Und sie ist in der Pflicht, europäische Firmen, die in China produzieren lassen, dazu zu zwingen, auch dort mit einem Umweltbewusstsein zu wirtschaften (von anderen sozialrechtli-

chen Standards ganz zu schweigen). Bisher existieren hierfür jedoch nur Absichtserklärungen der EU-Kommission.

Worüber wir noch reden sollten: Die Menschenrechtsfrage

Chinas Menschenrechtsbilanz ist auch im Jahr der Olympiade eine Katastrophe - oder gerade im Jahr der Olympiade. Im Vorfeld der Spiele werden regimekritische Journalisten und Aktivisten in Gewahrsam genommen oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die zentralen und dezentralen Überwachungsmechanismen werden verstärkt, um jedwede organisierte Opposition zu unterbinden. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist immer noch nicht hergestellt und so wirken sich die in den letzten drei Jahren gestärkten individuellen Rechte der chinesischen Bürger bisher nicht positiv aus. Die persönlichen Rechte der Chinesen werden nach wie vor im Geflecht von staatlichen und ökonomischen Interessen zerrieben. China hat ein repressives System, das auf den Machterhalt abzielt.

Auch wenn die EU-Kommission diese Einschätzung teilt, sie würde sie nicht unterschreiben wollen. Der „konstruktive Dialog“, in den man China hier einbinden möchte, hat nicht nur die Erwartungen nicht erfüllt¹⁷, er bleibt weit dahinter zurück. Die Lage der Menschenrechte in China hat seit 1989 keinerlei Fortschritte gemacht. Nicht wenige europäische Regierungen bleiben selbst hinter dem deutschen Beispiel zurück, das Thema bei Konsultationen wenigstens anzusprechen. Zur Linie der EU-Kommission, es bei passenden Gelegenheiten beharrlich zu thematisieren und die chinesische Seite zu verbalen Versprechen zu bewegen, gibt es letztlich keine Alternative, außer man verknüpft das Thema mit anderen Zugeständnissen z.B. im beiderseitigen Handel. Womit sich der hier aufgebaute Kreis wieder schließt: das Waffenembargo und der Technologietransfer sind eben nicht einmal mehr rhetorisch mit der Menschenrechtsfrage verknüpft und der Zusammenhang zwischen dem Embargo und dem Anlass, der zu seiner Verhängung geführt hat, wird immer weiter abgebaut. Es bleibt die Frage, ob man das europäische Engagement in Afrika und in anderen Entwicklungsländern, dass sich dem vorgeblichen Anspruch nach an der Durchsetzung fundamentaler Rechte für die dortige Bevölkerung orientiert, gleichsetzen sollte mit dem Engagement in China, wo sich der Regierung solche Verstöße ebenfalls nachweisen lassen.

Fazit: China als Testfall

Das Verhältnis zur Volksrepublik China ist in vielfacher Hinsicht ein Testfall: nicht

nur in ökonomischer Hinsicht. Dem europäischen Verbraucher ist es offenbar nicht so zentral, ob die Produkte, die für seinen Konsum bestimmt sind, unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen produziert werden und ob die Länder, in denen dies geschieht, sich durch Repression und Rücksichtslosigkeit auszeichnen, Hauptsache, sie sind billig. In diesem Punkt macht es sich die EU-Kommission zur Aufgabe, die ökonomischen Interessen Europas - und wahrscheinlich auch nur „Kerneuropas“ - adäquat zu vertreten. Alles, was nicht unmittelbar dem ökonomischen Wohlergehen Europas dient, wird in der Konsequenz weiter unten auf die Agenda geschoben. Ein (Test-)Fall, an dem dies besonders deutlich wird, ist die Frage der Menschenrechte. Ein anderer Bereich, bei dem dies zumindest in Erwartung steht, ist der Umweltschutz: lassen sich europäische Gewinninteressen damit verbinden oder nicht; und wer zahlt dies am Ende? Ein weiterer Testfall besteht in der Gestaltung der europäischen Sicherheitspolitik gegenüber China.

Die ökonomische Dimension von Waffenverkäufen wurde angesprochen und auch das sich verändernde Machtgefüge in Ostasien. Ist Chinas Aufrüstung (mit einer Steigerung von jährlich um die 17% im Budget), angesichts des langsam abnehmenden technologischen Vorsprungs des Westens, namentlich der USA, ein Grund zur Besorgnis für Europa?

Chinas Aufrüstung über die letzten Jahre hat Befürchtungen geweckt, Chinas „friedlicher Aufstieg“ werde im Zweifelsfall militärisch abgesichert. Gerade in den USA hat sich eine entsprechende Meinung nahezu durchgesetzt, nach der ein Krieg mit China fast unausweichlich sei. Die Angst vor Chinas militärischem Aufstieg, der in die Einnahme Taiwans münden könnte, ist von der VR selbst noch einmal angeheizt worden, als der Volkskongress 2007 ein Anti-Sezessions-Gesetz verabschiedet hat, das dem Staatsrat mehr oder minder freie Hand gibt, alles zu unternehmen, um solche zu verhindern - militärische Mittel durchaus eingeschlossen.

Die EU-Kommission ist weitaus mehr damit beschäftigt, China in einen Dialog über wirtschaftliche Fragen einzubinden, als dass sie Wert auf eine Sicherheitsstrategie mit Bezug auf Ostasien legt. Dies taucht nur vermittelt in zwei Punkten der EU-Seite auf, einerseits im chinesischen Verhalten der Ressourcensicherung, z.B. mit Blick auf Zentralasien, zum anderen mit Blick auf Afrika und Chinas destabilisierendem Einfluss dort. Letztendlich aber die chinesische Aufrüstung zu unterstützen, ohne zu

wissen, welchen Zielen diese dient, ist zu einfach für ein Europa, das sich auf seinen Wertekanon etwas einbildet.

Dieser Beitrag wurde einem ausführlichen Text des Autors entnommen. Er erschien in der IMI-Reihe Studien zur Militarisation Europas (Nr. 34/2008)

Anmerkungen

- ¹ Bisher sind grob 15 Regierungsstellen mit dieser Hilfe betraut. Beijing rethinks foreign aid, The Standard (HK), 8.6.2007.
- ² Bruce D. Dickson, Who Does the Party Represent?, in: Cheng/deLisle/Brown (Hg.), China under Hu Jintao, Singapur 2006, S.75-96, insbesondere S.96.
- ³ Erica Downs, Brookings Foreign Policy Studies, Energy Security Series: China, 2006, S.21ff. und S.49.
- ⁴ Vgl. hierzu ausführlich Andreas Seifert, Testfall China, Studien zur Militarisation Europas, 34/2008.
- ⁵ Vgl. zum militärischen Charakter des Galileo-Satelliten-System Malte Lühmann, Aus dem All in alle Welt - Weltraumpolitik für die Mili-

- tärmacht Europa, Studien zur Militarisation Europas 33/2008.
- ⁶ Eugene Kogan, The European Union Defence Industry and the Appeal of the Chinese Market, Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2005, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien, S.35.
- ⁷ Nicola Casarini: The evolution of the EU-China relationship: from constructive engagement to strategic partnership, ISS Occasional Paper Nr. 64, Okt. 2006 Paris, S.34.
- ⁸ Ebenda, S.28.
- ⁹ Allerdings lässt sich andererseits feststellen, dass einzelne Mitgliedstaaten zumindest hin und wieder, z.B. jüngst Frankreich, vertreten durch Sarkozy, strategisch denken und sich vorstellen können, China als Gegengewicht zu den USA auftreten zu lassen.
- ¹⁰ Carsten Klenke, Rüstungsgüter, in: Chinas Aufstieg: Rückkehr zur Geopolitik?, SWP-Studie, Berlin 2/2006, S.21-26, S.23.
- ¹¹ IMI bereitet eine genauere Untersuchung über das chinesische Engagement in Afrika vor.
- ¹² China pflegt mit den meisten Ländern der Sub-Sahara-Region trotz erheblicher Rohstoffimporte einen Handelsbilanzüberschuss. Siehe z.B. Holslag/Gorus/Smi/Geeraerts, China's resources

- and energy policy in Sub-Saharan Africa, Report for the Development Committee of the European Parliament, Brüssel 2007, S.35.
- ¹³ Zahlen übernommen von Downs, a.a.O.
- ¹⁴ Mayer verweist auf das US-Department of Energy, dass Chinas Ölfirmen nicht einmal 1% der sich außerhalb Chinas befindlichen Erdölproduktion kontrollieren. Maximilian Mayer, Warum Chinas „Energiehunger“ nicht zum „Krieg um Ressourcen“ führt, China Aktuell, 1/2007, S.57-75, S.63.
- ¹⁵ China neomerkantilistische Politik vorzuziehen gehört zum guten Ton bei Frank Umbach, Chinas Energie- und Rohstoffdiplomatie und die Auswirkungen auf die EU-China-Beziehungen, China Aktuell, 1/2007, S.39-56, S.51. Als Erwiderung darauf: Mayer, a.a.O..
- ¹⁶ Michael T. Klare, Fueling the Dragon: China's Strategic Energy Dilemma, Current History, 4/2006, S.180-185, S.183, übersetzt durch die Redaktion.
- ¹⁷ EU - China: Closer partners, growing responsibilities, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, COM(2006) 631 final, 24.10.2006., S.4.

Tibet: Wenn dann ökonomische Sanktionen!

Die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in Tibet und anderen autonomen Regionen Chinas ist auf das Schärfste zu verurteilen - der Einsatz von Gewalt trägt nicht dazu bei, die Probleme in Tibet in irgendeiner Weise positiv zu beeinflussen oder sie gar einer Lösung zuzuführen.

Doch letztlich offenbart sich am „Tibet-Problem“ weit mehr, als der offensichtliche Gebrauch von Gewalt durch ein repressives System. Die verbale Ächtung von Menschenrechtsverletzungen durch die Staatengemeinschaft, allen voran der westlichen Länder erfolgt wohl dosiert und man leitet den in der Bevölkerung zurecht vorhanden Unmut über das chinesische Regime in eine „unschädliche Richtung“. Die Olympia-Boycott-Diskussion ist eine symbolische Diskussion, die zu keinem Ergebnis führen wird.

Diskussionen über Sanktionen und Boykotte in anderen Bereichen unterlässt die Politik. Wenn es aber schon zweifelhaft geworden ist, China durch die Vergabe der Olympischen Spiele die Chance zu einer umfangreichen nationalistischen Selbstdarstellung zu geben, so muss es doch umso zweifelhafter sein, mit eben diesem System umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Wirtschaftsanktionen sind ein wesentlich deutlicheres und wirkungsvolleres Mittel, Druck auszuüben. Sie sind aber im Gegensatz zu einem symbolischen Protest keineswegs umsonst.

Europa profitiert vom chinesischen Wirtschaftswachstum und ein Boykott trifft Chinas Handelspartner genauso, wie China selbst. Die europäische Rüstungsindustrie jammert schon seit Jahren darüber, dass sie nicht nach China verkaufen darf und war schon kurz davor, das Waffenembargo von 1989 aufheben zu lassen. Es ist an der Zeit, an diesen Boykott zu erinnern, um deutlich zu machen, dass die Repres-

sion in China nicht auf Tibet oder Tibeter beschränkt ist, sondern im ganzen Land den Regelfall darstellt.

Will man gegen die Gewalt in Tibet und politische Unterdrückung in China protestieren, sollte die Forderung also lauten, das Waffenembargo gegenüber China zu präzisieren, durchzusetzen und auch politisch zu vertreten!

Andreas Seifert



Frontex simuliert den Notstand

RABITs werden aufgrund fiktiver Szenarien aktiviert

von *Christoph Marischka*

Am 11. Juli 2007 hatten der Rat der Innen- und Justizminister sowie das Europäische Parlament die Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke, so genannte Rapid Border Intervention Teams (RABITs), beschlossen. In der entsprechenden Verordnung Nr. 863/2007 heißt es, dass „[d]ie Entsendung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke, die für einen begrenzten Zeitraum Unterstützung leisten sollen, ... in Ausnahme- und Notsituationen erfolgen [sollte]. Derartige Situationen würden entstehen, wenn ein Mitgliedstaat sich einem massiven Zustrom von Drittstaatsangehörigen gegenüber sieht, die versuchen, illegal in sein Hoheitsgebiet einzureisen, was unverzügliches Handeln erfordert, und wenn die Entsendung eines Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke zu einer angemessenen Reaktion beitragen würde.“ Außerdem sollte „die Effizienz von der Agentur koordinierter gemeinsamer Operationen dadurch weiter erhöht werden, dass abgestellte Beamte anderer Mitgliedstaaten vorübergehend ermächtigt werden, Aufgaben im Zusammenhang mit der Personenkontrolle an den Außengrenzen und der Überwachung der Außengrenzen wahrzunehmen.“ Konkret hieß das, und das war auch der eigentliche Zweck der RABIT-Verordnung, die Beamten aus Drittstaaten bei ihrer Verwendung im Rahmen der Soforteinsatzteams dem Strafrecht des jeweiligen Einsatzlandes zu unterstellen und sie mit hoheitlichen Befugnissen auszustatten. Wohlgedenkt gibt es hierfür auf nationaler Ebene bislang nur in Deutschland eine Rechtsgrundlage, nun wurde sie schlicht auf EU-Ebene geschaffen.

Die Beamten tragen bei den Einsätzen die Uniform und die Waffen ihres Herkunftslandes sowie eine Armbinde mit dem Logo der EU und dem der Grenzschutzagentur Frontex. Sie dürfen die Datenbanken des Einsatzlandes abfragen sowie in Anwesenheit von „einheimischen“ Beamten „gemäß dem nationalen Recht des Einsatzmitgliedstaats Gewalt anwenden, einschließlich des

Einsatzes von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstung“, so die Verordnung. „Zum Zwecke der Notwehr und der Nothilfe für abgestellte Beamte oder andere Personen“ dürfen sie ihre Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände jedoch auch unter anderen Umständen einsetzen.

Wohlgedenkt - und dies war vermutlich Voraussetzung dafür, dass der Verordnung zugestimmt wurde - sollten die RABITs nur „in Ausnahme- und Notsituationen“ zum Einsatz kommen. Vor diesem Hintergrund war es bereits verdächtig, dass die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2008 plante, „insbesondere auf der Grundlage einer Evaluation“ der ersten RABIT-Einsätze, Erwägungen zu einem Europäischen System des Grenzschutzes durchzuführen - also Schritte zu einer gemeinsamen EU-Grenzpolizei und damit zu ersten gemeinsamen Polizeieinheiten überhaupt. Entsprechende Pläne gibt es schon lange, insbesondere aus dem deutschen Innenministerium. Bislang wurden sie gebremst von anderen Mitgliedsstaaten, die diesen Kernbereich staatlicher Souveränität nicht an die EU abgeben wollten. Gebremst wurden sie aber auch von rechtlichen Hindernissen, denn eine solche gemeinsame Polizeieinheit wäre kaum rechtsstaatlich zu legitimieren oder zu kontrollieren. In den Protektoraten auf dem Balkan wurden bereits erste Versuche gemacht - allerdings in einem Kontext, der weniger an Rechtsstaatlichkeit erinnert, als an Kriegsrecht. Nun fanden mit den RABITs erste Vorstöße innerhalb der EU statt, die freilich nur in „Ausnahme- und Notsituationen“ zur Anwendung kommen sollten. Die Kommission rechnete offensichtlich in ihrem Ende 2007 verabschiedeten Programm bereits mit ersten solchen „Ausnahme- und Notsituationen“.

Doch was, wenn eine solche erwartete „Ausnahme- und Notsituationen“ ausbleibt. Es wird eine erfunden! Dies ist genau so geschehen ab dem 5. November 2007 auf dem Flughafen der portugiesischen Hauptstadt, als eine erste Übung der RABITs mit Beamten aus Österreich,

Belgien, Bulgarien, Zypern, Estlands, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Litauen, Malta, den Niederlanden, Rumänien, der Slowakei und Spanien stattfand. Die Übung basierte auf folgendem Szenario: „Viele Bewohner des fiktiven Inselstaats 'Zentralamerikanische Republik (CAR)' kommen am Flughafen von Porto an, mit sehr guten gefälschten Dokumenten, die sie von einem Fälscherring in ihrem Heimatland erhalten. Seit Anfang Oktober wurde eine neue Fluglinie zwischen CAR und Porto eingerichtet, die zweimal täglich frequentiert wird. Der Anbieter benutzt Flugzeuge des Typs Boeing 747, was auf etwa 450 Passagier pro Flug hinweist. Es ist bekannt, dass die schlechte ökonomische Situation in CAR die Menschen bewegt, das Land zu verlassen. Wegen der strengen Visa-Bestimmungen der EU benutzen sie die gefälschten Ausweise krimineller Netzwerke. Porto ist der einzige Flughafen im Schengenraum, der von der CAR aus angefliegen wird... Am 15. Oktober kündigte die Fluglinie an, aufgrund der großen Nachfrage zwei weitere Flüge täglich anzubieten... Die portugiesischen Behörden verfügen nicht über ausreichend ausgebildetes Personal und haben deshalb [Frontex] um Unterstützung gebeten.“

Weiter heißt es in der Pressemitteilung der Grenzschutzagentur: „Die Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke wurden an den Flughafen Porto verlegt und führten die üblichen Grenzkontrollen gemeinsam mit ihren portugiesischen Partnern durch, der einzige Unterschied war das fiktive Szenario, das im Frontex-Hauptquartier entwickelt wurde.“ An anderer Stelle wird jedoch klargestellt, dass der Einsatz „im Rahmen der RABIT-Verordnung stattfand“. Entsprechende Befugnisse hatten also die eingesetzten Beamten.

Parlament und Rat haben also zugestimmt, dass die Grenzschutzagentur eine Spezialeinheit für „Ausnahme- und Notsituationen“ aufstellt, die für diese mit besonderen Befugnissen ausgestattet ist. Die Kommission erhofft sich darauf erste Einsätze und die Leitung von Frontex beschließt daraufhin, die „Ausnahme- und Notsituation“ schlicht zu simulieren, um die Beamten mit ihren Befugnissen zum Einsatz zu bringen. Bleibt nur zu hoffen, dass die Beamten es nicht ihren Vorgesetzten gleich tun und unter dem Vorwand einer fiktiven „Notwehr oder Nothilfe“ von der Schusswaffe Gebrauch machen.

MAD in Germany

Der unbekannteste Dritte unter den deutschen Geheimdiensten

von Lucius Teidelbaum

Was macht eigentlich der MAD?

Wenig ist bekannt über den kleinsten der bundesdeutschen Geheimdienste, den „Militärischen Abschirmdienst“ (MAD), der erst seit seiner Umstrukturierung 1984 diesen Namen trägt. Der MAD ist quasi der Geheimdienstzweig der Bundeswehr. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage 2006 schreibt die Bundesregierung zu den offiziellen Aufgaben des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD): „Gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst ist es Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Informationen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu sammeln und auszuwerten. [...] Die Ergebnisse der Arbeit des MAD gehen in die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung zu der im Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages veröffentlichten Statistik über rechtsextremistische Vorkommnisse in der Bundeswehr ein.“¹ Der MAD also als Verteidiger und Garant der freiheitlichen-demokratischen Ordnung? Grund genug, einmal näher hinzuschauen.

Von „Fremde Heere Ost“ zum MAD

Auch wenn nur wenig über die Geschichte des MAD bekannt ist, scheint er in der Anfangszeit, ebenso wie der „Bundesnachrichtendienst“ (BND) und dessen Vorgängerorganisation, die „Organisation Gehlen“, seine Mitarbeiter mehrheitlich aus ehemaligen „Fachkräften“ des „Dritten Reiches“ (besonders aus Altbeständen der Wehrmacht, des SD, der SS und der Gestapo) rekrutiert zu haben.² BND und MAD weisen damit eine gemeinsame Familiengeschichte auf, in der ihr gemeinsamer Stammbaum in einem braunen Wurzelwerk endet.

Sehr anschaulich wird die Geschichte des MAD anhand der Biografie seines ersten Kommandeurs, Gerhard Wessel (1913-2002). Wessel war im „Dritten Reich“ ein Wehrmachtsoffizier, der es bis in den Rang eines Oberstleutnant i.G.³ schaffte. Ab 1943 war er als „Gruppenleiter I (Feindlage Sowjetunion)“ in der „Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres“ beschäftigt. Aus dieser Wehrmachts-Spio-

nageabteilung „Fremde Heere Ost“ (FHO) sollte sich in den westalliierten Besatzungszonen die „Organisation Gehlen“ (Org), benannt nach dem kommandierenden Gehlen, herausbilden. Gehlen bot kurz nach der Kapitulation 1945 den Westalliierten einen Kuhhandel an: Gegen den gesicherten Fortbestand seiner Truppe, Autonomie und Straffreiheit versprach er den Westalliierten, besonders den USA, Informationen über die und Informanten in der Sowjetunion. Unter den Vorzeichen des beginnenden „Kalten Krieges“ gingen die Westalliierten tatsächlich auf diesen Deal ein. Gehlen arbeitete zuerst für die Westalliierten und später für die Bundesrepublik. Aus dem „Fremde Heere Ost“ der Wehrmacht wurde die „Organisation Gehlen“ und aus dieser der Bundesnachrichtendienst. Wohl nirgendwo sonst gibt es einen derart offenen Übergang einer NS-Organisation in die Nachkriegszeit.

Unter Gehlens Schützlingen dürfte sich damals schon Wessel befunden haben. Sicher ist jedoch, dass Wessel 1955 als Oberst im Generalstabsdienst, also nahezu in seinem alten Wehrmachtsrang (!) in die Bundeswehr übernommen wurde. Er war dann mit Gründung des MAD, vom Januar 1956 bis September 1957 der erste MAD-Kommandeur. Später übernahm er von 1968 bis 1978 Gehlen als BND-Präsidenten. In dieser Zeit war die Kernaufgabe des MAD noch als Spionageabwehr definiert.

Den Bock zum Gärtner gemacht?

In Anbetracht der braunen Geburtshelfer des Bundeswehrgeheimdienstes verwundert es nicht, dass dieser seine Feindbestimmung gegenüber der Linken vornahm. Den strikten antikommunistischen Geist hatte man sich bewahrt. So kam es, dass Rechte in der Truppe mit Samthandschuhen, Linke aber mit der eisernen Faust angegangen wurden. Das entsprach dem seinerzeit in der Bundesrepublik vorherrschenden McCarthy-Geist.

So schrieb Matthias Münch 1983 über die Arbeit des MAD: „Kontaktversuche [zu Gewerkschaften] wurden im Rahmen der Feindaufklärung wie ein Angriffs- oder Sabotageakt behandelt.“⁴ Als „politisch unzuverlässig“ gelten fast nur Personen, die

irgendwie der Linken zugeordnet wurden. Die Bespitzelung reichte auch bis in das Umfeld der vermeintlich Verdächtigen und so wurden auch Dossiers über Nicht-Angehörige der Bundeswehr angelegt.

Dass der MAD lange Zeit auf dem rechten Auge blind war, illustrieren auch die rechtslastigen Biografien ehemaliger MAD-Angehöriger eindrücklich:

- Wolfgang Juchem⁵ ist Organisationsprecher der rechtsextremen Kleinst-Organisation „Aktion freies Deutschland“⁶ und als solcher häufiger Referent bei anderen rechten Gruppen, ehemaliger Offizier des MAD und heute ein Major a. D.

- Gerd-Helmut Komossa⁷ verfasste das Vorwort zu dem im rechtsextremen Grabert-Verlag erschienen Buch „Ideologie gegen Wehrmacht-Tradition“, ist Gründungsmitglied der „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands“ und seit 1989 deren Präsident, Herausgeber, Chefredakteur und Autor der Zeitschrift „Forum Deutsche Einheit“, Unterzeichner der „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche“ von 1997, Referent bei der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, Autor und Interviewpartner in der „Jungen Freiheit“ und der „Deutschen Nationalzeitung“, in den „Burschenschaftlichen Blättern“, Schreiber für das „Ostpreußenblatt“ und Leiter des dortigen Ressorts „Wehrwesen/Geopolitik“. Er war mit einer Vergangenheit als Wehrmachtssoldat (1943-1945) ein Ex-Chef des MAD und zuletzt Befehlshaber des Territorialkommandos Süd. Im Jahr 1984 schied er als Generalmajor a.D. aus dem aktiven Dienst aus und wurde Direktor des Forschungszentrums für Friedenssicherung und Lehrbeauftragter an der Universität Würzburg. Im Jahr 2002 nahm Komossa als Referent an der 5. Wehrpolitischen Tagung des umstrittenen „Studienzentrum Weikersheim“ teil.

- Günter Poser ist ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der rechtsradikalen „Republikaner“, war 1996 Autor für die rechtsextremen „Unabhängigen Nachrichten“ und in „Nation & Europa“, engagierte sich für die inzwischen aufgelöste rechte Kleinst-Partei „Aufbruch '94“, ist Konteradmiral a. D. und ehemaliger MAD-Chef.

Heute: In der Rechten und im Ausland aktiv

Immerhin scheint die vollkommene Blindheit auf dem rechten Auge etwas nachgelassen zu haben. Allzu offen auftretenden Neonazis wird der Zugang zur Bundeswehr inzwischen tatsächlich verwehrt. Deswegen wird manchmal Wehrdienst-Interessierten von Kameraden angeraten, bei Musterung

und im Dienst erstmal „auf Tauchstation“ zu gehen und sich unauffällig zu verhalten. Um dennoch Einblick in die rechte Szene zu bekommen, bedient sich der MAD wie seine großen Brüder Verfassungsschutz und BND fragwürdiger Mittel. Auch er unterhält, was nahezu unbekannt ist, eine eigene V-Mannschaft (verdeckte Ermittler). Zur Erinnerung: Mit der Unterhaltung von sogenannten V-Männern in der rechtsextremen Szene bietet man Rechtsextremen ein Auskommen, schützt sie vor Strafe und lässt ihnen oft noch dazu wichtige Informationen zukommen (z.B. über bevorstehende Razzien), die dann nicht selten weitergegeben werden. Von Kritikern wird entsprechend angeführt, dass die Unterhaltung

von V-Männern der extrem rechten Szene eher nutze und dass sie juristische Maßnahmen erschwere (wie im Fall des geplatzten NPD-Verbots).

Infolge des Skandals um die Förderung von Neonazis durch den Verfassungsschutz in NRW wurde bekannt, dass der MAD versucht hatte, den Neonazi „Robin Sch.“ in dessen Bundeswehr-Zeit für sich zu rekrutieren.⁸ In der rechten Szene selbst kursieren Gerüchte über mindestens einen weiteren V-Mann auf der MAD-Lohnliste.

Neben der gesteigerten Aufmerksamkeit bezüglich Rechtsextremismus in der Bundeswehr widmet sich der MAD, wie die letzten in der „Unfall-Chronik“ aufgeführten Punkte zeigen, auch mehr den Aus-

landseinsätzen der Bundeswehr.

Immerhin muss der MAD versuchen, auch nach dem Ende des „Kalten Krieges“ seine Existenz und Personalstärke zu legitimieren. Während der MAD während des Kalten Krieges bis zu 2.000 offizielle Mitarbeiter hatte, sind es heute noch 1.300. Nach einer Korrektur des so genannten MAD-Gesetzes darf der MAD seit März 2004 auch im Ausland - allerdings nur innerhalb der Liegenschaften der Bundeswehr - aktiv werden, was ihm zuvor offiziell nicht erlaubt war. Begründet wurde diese Kompetenzerweiterung natürlich mit den Auslandseinsätzen deutscher Truppen, die auch eine „Abschirmung der deutschen Kontingente während besonderer Auslandsverwendungen der Bundeswehr oder bei humanitären Maßnahmen“ nötig mache.

ZNBw - der unbekannte Vierte im Bunde

Bis zum Ende 2007 gab es übrigens noch einen vierten bundesdeutschen Geheimdienst, der wie der MAD dem militärischem Kommando unterstand. Das „Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr“ (ZNBw), bis 2002 „Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr“, war zwar offiziell kein Geheimdienst oder Nachrichtendienst und durfte es laut Gesetz auch nicht sein. Laut Tagesschau-Berichten stellte das ZNBw jedoch den Versuch dar, „in Konkurrenz zum BND eine eigene Auslandsaufklärung aufzubauen“.⁹

Der Trick, mit dem sich die Bundeswehr einen eigenen Auslandsdienst leistete, bestand darin, dass die Aufgabe („Feststellen, Führen und Bewerten der politischen Lage anderer Staaten und deren Streitkräfte sowie der Militärischen Sicherheitslage der Bundeswehr“¹⁰) nur durch Auswertung von Informationen geschah, die von anderen Stellen gesammelt wurden. Diese kamen unter anderem vom BND, dem Auswärtigen Amt oder von im Ausland stationierten Truppenteilen. Da das ZNBw selbst niemand zur Informationserlangung beschäftigte, sondern nur zugeführte Informationen auswerte und analysiere, handelte es sich nach eigener Auffassung um keinen Geheimdienst. Da seine rechtliche Basis dennoch umstritten blieb und Geheimdienstexperten wie Bundesrechnungshof die thematischen Überschneidungen zur Arbeit des BND sowie eine mögliche Verselbstständigung der Bundeswehr durch einen eigenen Quasi-Geheimdienst kritisierten, beschloss die Bundesregierung 2005 das ZNBw aufzulösen und teilweise in den BND einzugliedern. Mitte 2007 wurde durch einen Bericht von Report Mainz und tagesschau.de bekannt¹¹, dass



Unvollständige „Unfallchronik“ des MAD

- 1962: Bei den Ermittlungen in der sogenannten SPIEGEL-Affäre ist auch der MAD mit von der Partie. Seine Mitarbeiter beteiligen sich u.a. an den Observationen.
- 1975: Ab Januar 1975 überwacht der MAD Luftwaffenpiloten, die sich an der „Aktion Fliegerzulage“ beteiligt hatten, einem Versuch ihren Lohn zu verbessern.
- 1977: Bei der Schleyer-Entführung 1977 werden bei der Fahndung 140 MAD-Experten eingesetzt¹, obwohl das die Grenzen des Erlaubten weit überschreitet. De facto wird damit ein Teil der Bundeswehr im Innern eingesetzt.
- 1978: Es wird bekannt, dass die Wohnung der Sekretärin des Verteidigungsministers Georg Leber (SPD) vom MAD überwacht wird. Weitere Abhöraktionen des MAD richten sich z.B. gegen Franz-Josef Strauß. Da Leber Anfang 1978 von der Abhör-Aktion erfahren, diese Information aber nicht weitergereicht hatte, muss er am 16. Februar 1978 seinen Hut nehmen. Solch eigenständigen Abhöraktionen dürfen als Kronzeugen gelten für starke Verselbstständigung des MAD.
- 1983/84: Der MAD beteiligt sich an einer Schnüffel- und Diffamierungskampagne gegen den hochrangigen Bun-

deswehr- und NATO-Generals Günter Kießling². Dieser wird auf Grund unterstellter Homosexualität 1983/84 und daraus angeblich resultierender Erpressbarkeit aus dem Dienst verbannt. 1984 wurde Kießling rehabilitiert und ging in Pension. Es ist nicht das letzte Mal, dass der MAD Bundeswehrangehörigen wegen angeblich homosexueller Orientierung hinterherspioniert.

• 2001: Im Herbst 2001 soll der MAD in der US-Militärbasis von Tuzla (Bosnien-Herzegowina) Geheimverhöre bei einem 70-jährigen Ägypter, der lange in München gelebt hatte, durchgeführt haben.³

• 2002: In Kabul (Afghanistan) soll laut den Aussagen eines Ex-Soldaten 2002 der MAD gegen angebliche Waffenhändler und Labors vorgegangen sein.⁴ MAD-Aktivitäten im Ausland sind aber erst seit 2004 gesetzlich erlaubt.

¹ Matthias Münch: Bundeswehr Gefahr für die Demokratie?, Köln 1983, Seite 151

² Thomas Ramge: Die großen Polit-Skandale, Frankfurt/Main 2003, Seite 180-197

³ Matthias Gebauer und Frank Patalong: Spott für die Lösch-Truppe, www.spiegel-online.de, 26. Juni 2007.

⁴ Achim Wohlgethan: Endstation Kabul, Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht, Berlin 2008

durch eine Panne im Datenverarbeitungssystem „Jasmin“ vier Jahre Datenmaterial (1999 bis 2003) des ZNBw verloren gegangen seien. Dieser Verlust kam alles andere als ungelegen, da in diesen Informationen auch nähere Details über die mögliche Verwicklung des KSK in die Entführung und Misshandlung von Murat Kurnaz enthalten waren. Allerdings gibt es auch von unabhängiger Seite Zweifel an dem unwiederbringlichen Verlust der Daten. Auch wird vermutet, dass auf diese Weise die Tätigkeit und Informationen des ZNBw einer Überprüfung durch den BND entzogen werden sollten.

Der in der Kaserne Grafschaft nahe Gelsdorf bei Bonn angesiedelte ZNBw-Hauptsitz bleibt nicht unbewohnt. Das „Kommando Strategische Aufklärung“ (KSA) zieht hier ein und soll vom ZNBw u.a. die Betreuung des Spionagesatellitensystems SAR-Lupe übernehmen. Andere Teile der Aufgaben des ZNBw sollen der BND (der mit dem Amt für Militärkunde über einen militärischen Anteil verfügt), das Streitkräfteunterstützungskommando und von den Ämtern und Führungskommandos der militäri-

schen Organisationsbereiche übernommen werden. Es gibt also weiterhin militärische Nachrichtenaufklärung sowie eine engere Verknüpfung zwischen Bundeswehr und BND.

Literatur (Auswahl)

- Matthias Münch: Bundeswehr Gefahr für die Demokratie?, Pahl-Rugenstein Köln 1983, Seite 107-108, 113-114, 127-128
- Erich Schmidt-Eenboom: Der BND – die unheimliche Macht im Staate, Düsseldorf 1993
- Helmut Roewer, Stefan Schäfer, Matthias Uhl: Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, Seite 279-280 (MAD), 494-495 (Gerhard Wessel)
- MAD-Gesetz, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/madg/gesamt.pdf>
- MAD-Selbstpräsentation im Internet, <http://www.mad.bundeswehr.de/portal/a/mad>

Anmerkungen

- ¹ Rechtsextremistische Vorfälle in der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Kersten Naumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Deutscher Bundestag Drucksache 16/1266.
- ² Saskia Heinze, Johann Knigge: Stets zu Dien-

sten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung, Münster 1997, Seite 23-34

- ³ Im Generalstab
- ⁴ Matthias Münch: Bundeswehr Gefahr für die Demokratie?, Köln 1983, Seite 110
- ⁵ Jens Mecklenburg: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, Seite 478
- ⁶ Siehe: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.: Profil Aktion Freies Deutschland (AFD), <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/AFD.htm>
- ⁷ Jan Phillip: Der Heimholer, in: Der Rechte Rand Nr. 104 – Jan./Febr. 2007, Seite 17
- ⁸ redok.de: Neonazi-V-Mann als Anstifter von Gewaltverbrechen?, 05.09.2007, <http://www.redok.de/content/view/789/36/>
- ⁹ Alexander Richter, Thomas Reutter: Bundeswehr vernichtete Geheimdaten, 25.06.2007, <http://www.tagesschau.de/inland/meldung18972.html>
- ¹⁰ Joachim Mogwitz: Das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Grafschaft-Gelsdorf, Bericht auf der Homepage der Kreisverwaltung Ahrweiler, <http://www.kreis.aw-online.de/kvar/VT/hjb2004/hjb2004.13.htm>
- ¹¹ Alexander Richter, Thomas Reutter: Bundeswehr vernichtete Geheimdaten, 25.06.2007.

Braunzone Bundeswehr

Der Autor dieses Beitrags veröffentlichte soeben eine ausführliche Arbeit zum Thema Bundeswehr und Rechtsextremismus, die von der IMI-Homepage heruntergeladen werden kann: Lucius Teidelbaum: Braunzone Bundeswehr? Der bundesdeutsche Rechtsextremismus und die Bundeswehr, IMI-Studie 2008/04

Ein Ergebnis dieser Studie ist, dass das Thema Bundeswehr und Rechtsextremismus einer kontinuierlicheren Beobachtung bedarf, als es gegenwärtig der Fall ist. Aus diesem Grund hat die Informationsstelle Militarisation zusammen mit dem Arbeitskreis „Braunzone Bundeswehr?“

ein Projekt gestartet, das nicht nur rechtsextreme Vorfälle innerhalb der Bundeswehr, sondern auch in ihren zahlreichen Umfeldorganisationen beobachten und aufarbeiten soll. Ziel ist es dabei sowohl direkte rechtsextremistische Vorfälle der Bundeswehr zu erfassen und zu dokumentieren als auch über andere Fälle von Verrohung, Sexismus, usw zu informieren.

Die Ergebnisse werden regelmäßig auf folgender Seite veröffentlicht: <http://braunzonebw.blogspot.de/>

Darüber hinaus gibt es auch einen e-mail-Verteiler, der über die neuesten Fälle informiert. Mit einer mail an braunzonebw (at) gmx.de kann man sich in den Verteiler aufnehmen lassen.



KSK: Kritikerbashing und das „heilige Deutschland“

Dass der bundeswehrkritische Oberstleutnant Jürgen Rose vielen seiner Kollegen ein Dorn im Auge ist, dürfte nicht weiter verwundern. Wie fanatisiert aber manche Mitglieder der Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) sind, offenbarte eine an Rose adressierte E-mail, die unlängst in Auszügen bei spiegel-online.de (22.03.2008) veröffentlicht wurde, in erschreckender Deutlichkeit.

Mit üblen Hasstiraden beschimpfte der KSK-Hauptmann Daniel K. den kritischen Bundeswehrler: „Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein

Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. [...] Sie werden beobachtet, nein nicht von wichtigen instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Den Vogel schoss der KSK-Hauptmann aber mit seinem Schlusssatz ab, mit dem er abermals untermauerte, dass rechtsextremes Gedankengut in der Elitetruppe keinen Einzelfall, sondern eher die Regel darzustellen scheint: „Es lebe das heilige Deutschland.“

Der eigentliche Skandal besteht aber

darin, dass gegenüber Daniel K. für derlei Aussagen lediglich „eine einfache Disziplinarmaßnahme“ verhängt worden ist. Was auch immer das genau ist - richtigerweise darf eine konkrete Aussage darüber nicht gemacht werden -, die Bundeswehr macht es sich hiermit einmal mehr sehr „einfach“ über rechtsextreme Tendenzen innerhalb der Truppe mehr oder minder stillschweigend hinwegzusehen, anstatt solche Personen einfach zu feuern.

Jürgen Wagner

Afghanistan: Deutsche Militärtradition

von Claudia Haydt

Deutsche Soldaten haben schon im Zweiten Weltkrieg in Afghanistan Dienst getan. Ihr Aufgabenprofil hat sich gegenüber heute wenig verändert. Im KSK werden die Aktionen von früher kriegsgeschichtlich aufgearbeitet, um aus Erfolgen und Niederlagen Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Die Präsenz der ISAF-Schutztruppen in Afghanistan ist heute der größte - und wahrscheinlich riskanteste - unter den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. 26 ISAF Soldaten kehrten bereits in Zinksärgen aus Afghanistan zurück. Wie viele Todesopfer die parallel in Afghanistan operierenden Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) zu verzeichnen haben, wird von der deutschen Regierung als Verschlusssache behandelt. Angaben über Opferzahlen bei den gegnerischen Kräften in Afghanistan oder gar unter der Zivilbevölkerung gibt es ebenfalls nicht. Auf dem internationalen Friedhof in der afghanischen Hauptstadt Kabul gibt es jedoch ein Grab, das viel verrät über die Gegenwart und die Vergangenheit deutscher Militärpräsenz in Afghanistan.

Der 1941 verstorbene Deutsche Manfred Oberdörfer war Angehöriger der „Brandenburger“, einer Spezialeinheit der Wehrmacht, die während des Zweiten Weltkriegs in Afghanistan aktiv war. Dieser weitgehend unbekannt Abschnitt deutscher Kriegsgeschichte spielt jedoch für manche Angehörige des Kommandos Spezialkräfte noch heute eine besondere Rolle.

Terroreinheiten der Wehrmacht

Innerhalb der Wehrmacht wurde zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eine Sondereinheit aufgestellt, die der Abteilung Abwehr unterstellt wurde. Sie hatte einerseits die Funktion militärische Kommandounternehmen hinter feindlichen Linien durchzuführen und diente außerdem dazu, im Ausland Spitzel und Agenten eine Organisationsplattform zu geben. Der Historiker Hans Bentzien erläuterte in seinem Buch „Die Brandenburger“ (Berlin 2004) sehr eindrücklich, wie diese Einheit an Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt war und deren blutige Spuren sich durch Asien, Afrika und Europa zogen. Sie waren verantwortlich für Sabotageakte, Morde

und andere Formen des militärischen Terrorismus. Mit besonderer Grausamkeit bekämpften sie Partisanen im Balkan und in Griechenland. Sie wurden „geradezu als Spezialtruppe für den Partisanenkrieg begriffen“ (Thomas Menzel, Die Brandenburger, www.bundesarchiv.de).

Die Brandenburger waren auch in Afghanistan, im Iran und in vielen Teilen Zentralasiens aktiv. Die Präsenz der „Brandenburger“ in Afghanistan diente vor allem zwei Zielen: Sabotageakte gegen sowjetische Einrichtungen und Anheizen des Widerstands gegen die britische Kolonialmacht in Indien (also vor der Gründung Pakistans). Es ging dabei in dieser - auch damals schon - geostrategisch wichtigen Region darum, die militärischen Gegner zu schwächen und eigene Allianzen zu schmieden. Auch wenn es glücklicherweise keine militärische Relevanz mehr erlangte, so gab es doch Pläne, für die Aufstellung einer „Legion freies Indien“ bestehend aus Tausenden von indischen Deserteuren, um die Umsetzung deutscher Großmachtsansprüche zu gewährleisten.

Militärisch erfolgreicher waren Anschläge gegen sowjetische Grenzposten, Eisenbahninfrastruktur und Kraftwerke. Auch britische Infrastruktur fiel den terroristischen Kommandounternehmen zum Opfer. Die Spezialisten der Brandenburger, die all diese Aktivitäten unterstützten oder selbst durchführten, starteten 1941 die Operation Tiger. Dazu wurde eine Gesandtschaft nach Kabul abgeordnet, um dort einen Stützpunkt für die Abwehr einzurichten, der dann als Basis für geheimdienstliche Operationen gegen Britisch-Indien dienen sollte. Um geheim agieren zu können, reisten die „Brandenburger“ unter falschen Angaben ein.

Der oben erwähnte Manfred Oberdörfer reiste als Mitglied einer „Lepra-Studiengruppe“ ein. Er trug damit, wie viele seiner Kollegen, dazu bei, dass Kombattanten und Zivilisten nicht mehr unterscheidbar waren. Ein Problem, dass es auch heute bei Einsätzen von (US-amerikanischen und anderen) Sondereinheiten in Afghanistan gibt. Sie sind häufig in neutralen Geländefahrzeugen unterwegs und dadurch zumindest aus der Entfernung nicht von

Fahrzeugen der Hilfsorganisationen zu unterscheiden. Manfred Oberdörfer überlebte seinen Einsatz nicht. Die Aktivitäten der „Brandenburger“ konnten dennoch Erfolge verzeichnen. Sie rekrutierten etwa weißgardistische Emigranten für Sabotageakte gegen die Sowjetunion oder halfen bei der Ausbildung von Guerillatruppen im indisch-afghanischen Grenzgebiet.

Traditionen und Gegenwart

Das Aufgabenprofil der Brandenburger damals und des KSK heute ist zwar nicht unbedingt vergleichbar, es gibt aber Elemente, die Traditionslinien aus Sicht mancher Kommandosoldaten offensichtlich attraktiv machen. Die Parole der Kommandosoldaten lautet: „Klagt nicht, kämpft!“ Diese Haltung als entschlossene und zähe Kämpfer ist ein wichtiger Teil der Identität der KSK-Soldaten. Die Brandenburger waren hinter feindlichen Linien aktiv, heute redet man von Aktionen „in der Tiefe des feindlichen Raumes“. Vergleichbare Aktivitäten damals wie heute sind etwa das Ausspähen und die Durchführung von Operationen gegen feindliche Stellungen. Das „Eindringen“ in feindliches Territorium ist auch heute fester Bestandteil des Berufsbilds eines Kommandosoldaten, z.B. durch Fallschirmsprung, über Gebirge oder über diverse maritime Techniken, wie das Tauchen in feindlichen Häfen oder das Anlanden mit Schnellbooten.

Wenn ein Kommandosoldat „in der Tiefe des feindlichen Raumes“ unterwegs ist, dann ist jeder Zivilist, der ihn entdeckt, ein möglicher Gegner, ein potenzieller Feind, wobei es dabei durchaus wahrscheinlich ist, dass ein solcher eliminiert wird. Ein „soft compromise“ ist die (vermutete) Entdeckung durch feindliche Kräfte, ein „hard compromise“ hingegen ein potenziell tödliches Gefecht mit den feindlichen Kräften. Dennoch stehen die Soldaten regelmäßig im Zwiespalt zwischen erfolgreicher Durchführung ihrer Operation und moralischen (und völkerrechtlichen) Erwägungen. Jenseits der Frage nach individueller Schuld und Verantwortung stellt es ein gravierendes politisches Problem dar, wenn Soldaten vor solche Entscheidungssituation gestellt werden.

Es gibt Berichte darüber, dass innerhalb des KSK die Aktionen der Brandenburger kriegsgeschichtlich aufgearbeitet werden, um aus deren Erfolgen und Niederlagen Schlussfolgerungen für eigene Taktiken ziehen zu können. Das spezielle Traditionsbewusstsein mancher KSK-Soldaten führte gelegentlich auch zu offenen Skandalen. So brachten KSK-Soldaten während der Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz in Masirah im Oman auf einem Jeep

Rommels Afrikapalme an. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt - der Positivbezug auf die Wehrmachtstradition war dennoch eindeutig.

Von 2000 bis 2003 war Reinhard Günzel Kommandeur des KSK. Er wurde entlassen, da er einen Brief zur Unterstützung des CDU-Abgeordneten Hohmann verfasst hatte, der in einer Rede „die Juden“ mit dem Begriff „Tätervolk“ zusammengebrachte.* Anfang 2007 veröffentlicht Günzel das Buch „Geheime Krieger“ gemeinsam mit dem GSG9-Gründer Ulrich Wegener und dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Wilhelm Walther. In diesem Buch erläutert Günzel: „Die Kommandosoldaten wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen ... Die Einsätze der ‘Brandenburger’ ... gelten der Truppe geradezu als legendär ... Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert.“ All das sind Äußerungen des Mannes, der drei Jahre Chef der Kommandosoldaten in Calw war, genau während der Zeit, in der die ersten Afghanistaneinsätze und auch die möglichen Übergriffe gegen Murat Kurnaz stattfanden.

Es gibt viele Hinweise darauf, dass diese Einstellungen „Papa Günzels“ (wie in vielen Kommandosoldaten anerkannt nannten) im KSK bekannt waren und von einigen geteilt wurden. Da die Brandenburger nicht Teil der SS sondern Teil der Wehrmacht waren, wurde auch an dem Mythos gearbeitet, dass dieser Truppenteil

„kein Blut an den Händen“ gehabt hätte und deswegen ein positiver Bezug möglich sei. Es ist Aufgabe der Bundeswehr dieses gefährliche Traditionsverständnis zu korrigieren.

Grauzone zu Nachrichtendiensten

Die Brandenburger waren direkt integriert in die Abwehr und hatten damit erklärmaßen nachrichtendienstliche Aufgaben. Aufgrund des Trennungsgebots zwischen Polizei, Militär und Nachrichtendiensten ist diese direkte Kooperation heute nicht mehr möglich. Es gibt dennoch eine Grauzone zwischen der Bundeswehr im Einsatz (besonders dem KSK) und den Nachrichtendiensten. Der Arbeitsalltag der Eliteeinheit im Auslandseinsatz besteht häufig aus Aufklärung und Informationsbeschaffung.

Ähnliche Aufgaben haben auch die Nachrichtendienste. Im Jahr 2002 arbeitete etwa das KSK in Kandahar eng zusammen mit einem Verbindungselement des ZNBw/ANBw (Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr; bis 2002 Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr), einem Bundeswehrinternen Quasi-Nachrichtendienst, der Ende 2007 wegen seiner strittigen rechtlichen Konstruktion aufgelöst werden musste. Die Mitarbeiter des ZNBw/ANBw arbeiteten während ihres Einsatzes in Afghanistan meist mit den BND-Repräsentanten in den gleichen Räumlichkeiten.

Wie sich die Zusammenarbeit der KSK-Soldaten in den Jahren 2001-2003 in Afghanistan mit den Nachrichtendiensten

gestaltete, wird nur noch schwer nachvollziehbar sein, da durch die sog. Jasmin-Panne wesentliche Aufzeichnungen des Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr angeblich versehentlich zerstört wurden. Durch Veröffentlichungen des DSO-Kommando-Soldaten Achim Wohlgethan (Endstation Kabul, 2008) wurde immerhin dokumentiert, dass es 2002 in Afghanistan Kooperationen zwischen dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und der Bundeswehr gab - obwohl der MAD überhaupt erst seit 2004 im Ausland eingesetzt werden darf und das auch nur innerhalb von Bundeswehrliegenschaften. Von einer Trennung zwischen Armee und Geheimdiensten kann wohl definitiv nicht die Rede sein.

Militärische Einsätze sind Teil des Problems

Das Grab von Manfred Oberdörfer gibt es heute noch, es wird regelmäßig gepflegt von Angehörigen der ISAF-Truppe und von KSK-Soldaten. Je mehr in der Bundeswehr Krieg- und Besetzung zur Normalität wird, umso verlockender wird es für deutsche Soldaten und auch manche ihrer Vorgesetzten, sich auf Traditionen früherer Einsätze zu besinnen. Dieses gefährliche Wiederaufleben deutscher Militärtraditionen ist ein wichtiger Grund für die Forderung nach einem sofortiger Abzug deutscher Truppen aus dem Auslandseinsatz - ganz besonders aber für die Auflösung des Kommandos Spezialkräfte. Militärische Einsätze lösen keine Probleme - sie sind selbst Teil des Problems.

Waffen sind zum Töten da! Jeder Rüstungsexport ist falsch!

Während im Europäischen Parlament mindestens einmal im Jahr das Thema Rüstungsexporte diskutiert wird, laufen währenddessen die Waffenexporte munter weiter. Seit Jahren fordert dieses Parlament die rechtliche Bindung des Code of Conduct und der Rat der EU ist nicht in der Lage, das zu beschließen. Die Länder, die dies verhindern, sollten endlich offen benannt werden! Dass dieser Code of Conduct rechtlich nicht verbindlich ist, ist eine Schande. Währenddessen sind die EU und ihre Mitgliedstaaten weltweit zum Waffenexporteur Nr. 1 geworden. Waffen sind zum Töten da! Jeder Rüstungsexport ist falsch.

Die EU-Mitgliedstaaten liefern natürlich auch Waffen in Krisen- und Konfliktgebiete. So wurde der völkerrechtswidrige türkische Einmarsch im Nordirak auch mit deutschen Waffen durchgeführt. Auch EU-Staaten führen Kriege, z. B. im Irak oder in Afghanistan, und liefern Waffen an befreundete kriegsführende Staaten. Auch

Dual-Use-Güter, also Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden, müssen unter diesen Code of Conduct fallen, und so genannte Re-Exporte. Damit muss endlich Schluss sein. Stoppt die gesamten Rüstungsexporte!

Tobias Pflüger



Exportschlager Leopard

* Diese Passage mußte 2012 aufgrund einer Abmahnung durch den Anwalt von Herrn Hohmann geändert werden - siehe hierzu den IMI-Standpunkt „In eigener Sache“ 2012

Runderneuerung zum Kriegs- und Besatzungsbündnis

Der NATO-Gipfel in Bukarest

von Jürgen Wagner

Das Nordatlantische Kriegs Bündnis steht vor den größten Herausforderungen seiner Geschichte. Einerseits droht der Krieg in Afghanistan verloren zu gehen - von anderen heiklen Themen wie Kosovo oder dem Verhältnis zu Russland ganz zu schweigen; andererseits ist man sich darüber einig, dass das Strategische Konzept aus dem Jahr 1999 einer Generalüberholung bedarf, um künftig globale Kriegs- und Besatzungseinsätze deutlich effektiver durchführen zu können.

Vor diesem Hintergrund werden innerhalb der Allianz derzeit intensiv verschiedene Vorschläge zur Runderneuerung des Bündnisses diskutiert. Den Anfang machten im Januar 2008 fünf hochkarätige NATO-Strategen - unter ihnen der frühere Oberkommandierende der Allianz, John Shalikashvili und der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, Klaus Naumann -, in einem 150seitigen Papier, mit dem das bislang ambitionierteste Konzept für eine aggressive Neuausrichtung des Bündnisses in die Debatte eingespeist wurde. Von der Forderung nach atomaren Präventivschlägen bis hin zu tief greifenden institutionellen Veränderungen lässt das Dokument, im Folgenden als Naumann-Papier zitiert, kaum einen Stein auf dem anderen.¹

Neben der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar war es darüber hinaus vor allem der NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April 2008, auf dem wichtige Weichenstellungen getroffen wurden. So fiel dort die Entscheidung bis 2009 Kroatien und Albanien ins Bündnis aufzunehmen sowie der Ukraine und Georgien erstmals eine Beitrittszusage zu geben. Im Rahmen so genannter Stabilisierungseinsätze - vor allem in Afghanistan - soll künftig die Aufstandsbekämpfung zum Schwerpunkt der operativen Planung werden. Gleichzeitig wurde ein Aktionsplan verabschiedet, mit dem Maßnahmen zum Ausbau der NATO-Besatzungskapazitäten implementiert werden sollen. Auch die Pläne zum Aufbau einer flächendeckenden NATO-Raketenabwehr wurden in Bukarest konkretisiert, trotz der gegenwärtig kaum abschätzbaren politischen und ökonomischen Folgen

dieser Entscheidung. Schließlich gaben die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Bukarest die Erarbeitung eines Richtlinienendokuments in Auftrag, das bis zum nächsten Gipfel im April 2009 fertig gestellt sein soll. Offensichtlich ist es das Ziel, die Runderneuerung der Allianz pünktlich bis zu ihrem 60jährigen Jubiläum in feste Formen zu gießen. Ob damit das aktuelle Strategische Konzept aus dem Jahr 1999 abgelöst wird, ist gegenwärtig noch unsicher, da der neuen US-Regierung, die erst Januar 2009 ins Amt kommt, nur eine sehr kurze Einarbeitungszeit zur Verfügung steht.² Die Richtung aber, in die sich das Bündnis mit allen gegenwärtig debattierten und bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen entwickelt, ist offensichtlich, geplant ist eine „grundsätzliche, langfristige und irreversible Neuausrichtung der NATO von einem Defensiv- zu einem Offensivbündnis.“³

1. Atomare Präventivschlagsstrategie

Obwohl der jüngste US-Geheimdienstbericht eindeutig hervorhob, der Iran habe spätestens seit 2003 sein Atomwaffenprogramm aufgegeben (selbst für die Existenz eines solchen Programms bis zu diesem Zeitpunkt wird keinerlei schlüssiger Beweis geliefert), erweist sich US-Präsident Bush, der den Iran weiterhin als ernste Gefahr bezeichnet, diesbezüglich als vollkommen beratungsresistent. Geradezu krampfhaft versuchten die US-Vertreter auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die Eindeutigkeit des Berichts zu verwässern und für die Beibehaltung des aggressiven Kurses gegenüber Teheran zu werben.

Auch die fünf NATO-Strategen stehen der US-Regierung in nichts nach. Sie geben an, eine iranische Atombewaffnung müsste aufgrund folgender Begründung mit buchstäblich allen Mitteln verhindert werden: „Eine iranische Nuklearwaffenkapazität wäre eine außerordentliche strategische Gefahr. [Das Land] würde damit eine Region dominieren, die über die größten Öl- und Gasreserven der Welt verfügt.“ (Naumann-Papier: S. 45) Da tief verbunkerte ABC-Waffen mit konventionellen Mitteln nicht zerstört werden können, ist

deren Vernichtung über einen atomaren Ersteinsatz schon länger fester Bestandteil der US-Planungen - gerade hinsichtlich des Irans wird dies von Washington offenbar ernsthaft erwogen.⁴ Die dahinter stehende groteske Logik, die Verbreitung von Atomwaffen durch deren Ersteinsatz verhindern zu wollen, haben sich nun auch besagte NATO-Strategen zu Eigen gemacht: „[D]ie Gefahr einer weiteren Verbreitung von Atomwaffen ist akut. [...] Diese Entwicklung muss unter allen Umständen verhindert werden. [...] Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“ (Naumann-Papier: S. 95ff) Offensichtlich trifft dieser Vorschlag nicht nur in den USA, sondern auch bei hohen EU-Offiziellen, wie dem Büroleiter des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, Robert Cooper, auf Zustimmung: „Vielleicht werden wir eher als alle anderen Atomwaffen einsetzen, aber ich würde mich hüten, das laut zu sagen.“⁵ Viel sagend ist in diesem Zusammenhang auch, dass Solana sich auf direkte Nachfrage explizit weigerte, sich von den Aussagen seines Büroleiters deutlich zu distanzieren.⁶

Um den absurden - und wissenschaftlich widerlegten⁷ - Versuch zu unternehmen, die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes auf ein „erträgliches“ Maß zu reduzieren, planen die USA schon länger „kleine“ Atomwaffen (mini nukes) mit verringerter Sprengkraft zu entwickeln. Offensichtlich gewinnt diese Idee nun auch bei den NATO-Verbündeten an Attraktivität: „Neben den offiziellen Themen wird der NATO-Gipfel in Bukarest nach Informationen der Pariser Zeitung ‚Le Canard enchainé‘ hinter den Kulissen auch über den Einsatz miniaturisierter Atombomben debattieren. [...] Mit den präventiven Atomschlägen solle die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Zeiten des Terrorismus verhindert werden. Die Idee werde von mehreren NATO-Militärführern unterstützt. Dabei werde ein Einsatz gegen einen als gefährlich eingeschätzten Staat nicht ausgeschlossen. Die USA haben ‚Mini-Nukes‘ entwickelt. Frankreich hatte einst darauf verzichtet. Präsident Nicolas Sarkozy hatte am 21. März bei einer Rede zur Atomdoktrin seines Landes erklärt, Kernwaffen erlaubten, einem Aggressor ‚eine Warnung‘ zu schicken.“⁸

2. NATO-Raketenabwehr: „40 Milliarden und mehr“

Die US-amerikanische Nuklearpolitik, aber auch die der NATO, hat in Moskau die Alarmglocken angehen lassen, umso mehr, da sich die NATO-Russland-Beziehungen

seit einiger Zeit im freien Fall befinden. Aus diesem Grund sieht Russland in jeglicher Rüstungsanstrengung eine direkte Bedrohung. Schon bei der Sicherheitskonferenz Anfang 2007 war die schwere Krise im beiderseitigen Verhältnis unübersehbar geworden, nachdem Wladimir Putin in einer seit dem Kalten Krieg nicht mehr vorgekommenen Schärfe den Westen für seine Kriegspolitik attackiert hatte.

Damals waren die US-amerikanischen Pläne, Teile ihres Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik aufbauen zu wollen, der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Der Grund hierfür ist, dass es mittlerweile zahlreiche Hinweise gibt, die den Verdacht erhärten, dass die geplanten Installationen, entgegen den offiziellen Verlautbarungen, zur Abwehr iranischer Raketen wenig Sinn machen. Da die Einrichtungen in Osteuropa jedoch die Kapazitäten des US-Abwehrschildes zur Ausspionierung und Zerstörung russischer Raketen erheblich verbessern, ja die Architektur genau hierauf angelegt zu sein scheint, wertet Moskau das Vorhaben Washingtons richtigerweise als einen weiteren Versuch, die atomare Oberhoheit zu erlangen.⁹

Obwohl Moskau mit ernststen Konsequenzen droht, sollten diese Raketenabwehrvorrichtungen in Osteuropa aufgebaut werden, haben sich die Bündnismitglieder auf dem April-Gipfel in Bukarest darauf verständigt, das US-Projekt zu befürworten. Noch problematischer ist, dass mittlerweile auch die europäischen NATO-Staaten den Aufbau eines NATO-Raketenabwehrschildes - wohlgernekt zusätzlich zu den US-Installationen - befürworten. Schon auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 hatte das Bündnis eine Raketenabwehr-Machbarkeitsstudie („Missile Defense Feasibility

Study“) in Auftrag gegeben. Da mit der Anfertigung ausgerechnet ein Konsortium aus an einem solchen Schild naturgemäß hochinteressierten Rüstungsfirmen betraut wurde¹⁰, verwundert es nicht, dass die 10.000seitige und bis heute geheim gehaltene Studie zu dem Ergebnis gelangte, eine NATO-Raketenabwehr sei prinzipiell technisch realisierbar. Dabei wurden drei Varianten ins Spiel gebracht. Eine „Low-Cost“ Version, die allerdings lediglich die Vernetzung bestehender, primär taktischer Fähigkeiten umfasst und keine Stationierung irgendwelcher Abwehrraketen vorsieht. Während die Kosten hierfür mit mehreren hundert Millionen noch vergleichsweise moderat veranschlagt wurden, taxiert die Studie bereits die mittlere Variante mit einer Abschussanlage und begrenzten Abfangkapazitäten auf 6-8 Mrd. Euro. Die Kosten für die „High-End Lösung“, mit der ein kompletter Schutz des Territoriums anvisiert wird, schätzen die Rüstungsunternehmen auf 20 Mrd. Euro.¹¹

In der Abschlusserklärung zum Gipfel in Bukarest (Ziffer 37) wurde nun bekräftigt, ein System am oberen Ende des in der Machbarkeitsstudie beschriebenen Spektrums aufbauen zu wollen: „Die Verbreitung ballistischer Raketenysteme stellt eine wachsende Gefahr für die Truppen, das Territorium und die Bevölkerung der Alliierten dar. Eine Raketenabwehr bildet einen Teil einer breiten Antwort, um diesen Gefahren zu begegnen. [...] Wir beauftragen den Ständigen NATO-Rat, Optionen für eine umfassende Raketenabweharchitektur auszuarbeiten, um das gesamte Territorium und die Bevölkerung der Allianz, die nicht vom US-Schild erfasst werden, abzudecken. Sie sollen auf unserem Gipfel im Jahr 2009 überprüft werden, um jede künftige politische Entscheidung zu fundieren.“ Nachdem

aber die Rüstungsindustrie in ihren Kalkulationen erfahrungsgemäß immer einen zu niedrigen Betrag ansetzt, verwundert es nicht, dass die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik in einer Studie zu dem Ergebnis gelangt, ein umfassendes NATO-Raketenabwehrsystem werde „40 Milliarden Euro oder mehr“ kosten.¹² Berechnet man die bisherigen Umlagekosten, wie sie für kleinere Projekte in diesem Bereich bislang praktiziert wurden, könnte sich allein der deutsche Beitrag auf gigantische 7.2 Mrd. Euro belaufen.¹³

Hiermit wurde also die Entscheidung auf den Weg gebracht, auch im NATO-Rahmen enorme Summen in ein nicht nur technisch fragwürdiges, sondern zudem auch politisch hochgradig destabilisierendes Projekt zu investieren. Denn sehenden Auges riskieren die NATO-Staaten, dass es zu einem neuerlichen atomaren Wettüsten kommt und bestehende Rüstungskontrollverträge in dieser Auseinandersetzung endgültig zerrieben werden. Schon länger hat Moskau angekündigt, auf die Raketenabwehrpläne mit der Aufrüstung seines Raketenarsenals (v.a. die Topol-M) zu reagieren und wichtige Rüstungskontrollverträge (sowohl den INF- als auch den KSE-Vertrag) auszusetzen. Die weiteren Entscheidungen des Bukarester Gipfels dürften hier alles andere als eine vertrauensbildende Maßnahme gewesen sein.

3. NATO-Erweiterung in den postsowjetischen Raum

Auch was die Frage einer Aufnahme weiterer Mitglieder in das Bündnis anbelangt, entzündete sich ein heftiger Streit. Weitgehend unproblematisch war die Erweiterung der NATO um Kroatien und Albanien, die auf dem Bukarester Gipfel beschlossen wurde (Mazedoniens Beitritt scheiterte aufgrund des Namensstreits am griechischen Veto). Vor allem die von George W. Bush im Vorfeld des Gipfels vehement eingeforderte Aufnahme der Ukraine und Georgiens stieß aber auf heftigen russischen Widerstand. Wladimir Kotenew, der russische Botschafter in Deutschland, gab diesbezüglich an: „Es ist das Problem des Heranrückens eines militärischen Blocks. Und da brauchen wir nicht miteinander zu tricksen, sondern müssen klar sehen, es geht nicht um eine Kirche oder friedensstiftende Glaubensgemeinschaft, sondern um eine militärische Allianz.“¹⁴ Ähnlich äußerte sich der russische Außenminister Sergej Lawrow, als er sich beklagte, die Ukraine und Georgien würden „schamlos in die NATO gezerrt.“ Die USA versuchten immer energischer, „das postsowjetische Territorium zu infiltrieren.“¹⁵



Tagungsort des NATO-Gipfels in Bukarest

Zwar konnte sich Washington mit seiner Maximalforderung, die Ukraine und Georgien schon 2009 aufzunehmen, auf dem Gipfel in Bukarest nicht durchsetzen, allerdings wurde der Beitritt beider Länder dort erstmals offiziell beschlossen: „Wir haben uns gestern darauf geeinigt, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden“, heißt es lapidar in der Gipfelerklärung (Ziffer 22). Somit dürfte das weitere Heranrücken des Militärbündnisses an Russlands Grenzen nur noch eine Frage der Zeit sein.

Da die NATO in kaum einem Punkt bereit ist, russische Bedenken ernsthaft zu berücksichtigen, wird das Misstrauen Moskaus gegenüber der Militärallianz immer größer. So äußerte sich Wladimir Putin schon im unmittelbaren Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz folgendermaßen: „Es wurde bereits ein neues Wettrüsten entfesselt. Und wir waren nicht diejenigen, die angefangen haben“, so Putin. „Die Nato expandiert. Wir gaben unsere Stützpunkte auf Kuba und in Vietnam auf. Und was bekamen wir dafür? Neue amerikanische Stützpunkte in Rumänien und Bulgarien. [...] Wir sind zu Vergeltungsmaßnahmen gezwungen. In den nächsten Jahren soll die Produktion neuer Waffensysteme aufgenommen werden, die den Verteidigungsmöglichkeiten anderer Staaten in nichts nachstehen und in einigen Fällen sogar noch besser sind.“¹⁶

Auf diese Drohung mit einem Wettrüsten reagierte der designierte republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain postwendend, indem er unverblümt forderte, Russland aus der G8 hinauszuerwerfen: „Wir brauchen eine gemeinsame Linie des Westens gegen ein revanchistisches Russland, dessen Führer offenbar eher einen alten Konfliktkurs einschlagen wollen, als sich dem demokratischen Frieden des Westens anzuschließen. Wir sollten dafür sorgen, dass die G 8 wieder ein Klub führender Marktdemokratien wird: Er sollte Indien und Brasilien aufnehmen, aber Russland ausschließen.“¹⁷

4. Kosovo - die unparteiische Zerschlagung Serbiens

Eine Abspaltung des Kosovo wird in Serbien sowohl von der Bevölkerung als auch dem kompletten politischen Spektrum kategorisch abgelehnt. Selbst der pro-EU-Mann Boris Tadic, den Brüssel kurz vor den serbischen Wahlen Anfang Februar 2008 erfolgreich gegen seinen pro-russischen Herausforderer Tomislav Nikolic unterstützte, warnte in seiner Auftaktrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz nachdrücklich vor einem solchen Schritt:

„Wir können die Zerstückelung unseres Landes nicht akzeptieren. In dieser Frage unterscheiden wir uns von keinem anderen international anerkannten Staat. [...] Hierbei handelt es sich um ein Kernprinzip, die Grundlage unseres nationalen Interesses. Und dies wird sich auch nicht ändern. [...] Der Präzedenzfall, der durch eine Teilung Serbiens gegen seinen Willen geschaffen würde - und genau dies bedeutet eine aufgezwungene Unabhängigkeit des Kosovo in Wahrheit - könnte wiederum zur Eskalation vieler Konflikte, zum Wiederaufflammen bislang eingefrorener Konflikte und zur Anfachung wer weiß wie viel neuer Konflikte führen. [...] Lassen sie mich hier einige deutliche Worte finden. Der einzige Weg, Streitigkeiten im Europa des 21. Jahrhunderts zu schlichten, ist durch Verhandlungen. [...] Sollte es in den nächsten Wochen nicht zu ernsthaften Verhandlungen kommen, so befürchte ich, dass alle Parteien hierfür schlussendlich einen schrecklich hohen Preis zahlen werden.“¹⁸ Einzig Russland unterstützt die serbische Haltung, wie Wladimir Putin auf dem Bukarester NATO-Gipfel unterstrich: „Russland nimmt wie bislang eine feste Position in Bezug auf den Schutz der Grundlagen des Völkerrechtes ein. Wir waren wiederholt mit einer Situation konfrontiert, da ein Schlag gegen das Völkerrecht geführt wurde, so beim Bombardement von Jugoslawien und bei der einseitigen Anerkennung des Kosovo.“¹⁹

Da man also fest mit schweren Unruhen rechnete, die dann ja auch eintraten, erhöhte die KFOR bereits vor der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar ihr Kontingent und probte in mehreren Manövern eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Serbien. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu zynisch, wenn die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Bukarest (Ziffer 7) die KFOR, deren Aufgabe es explizit ist, die völkerrechtswidrige Abspaltung des Kosovo militärisch abzusichern, mit folgenden Worten bedacht wird: „Wir loben die schnelle, unparteiliche und effektive Performance der KFOR angesichts der Gewalt.“ Noch zynischer wird es, wenn die NATO in ihrer Gipfelerklärung (Ziffer 43) einerseits die Zerschlagung Serbiens begrüßt, andererseits im Fall der pro-russischen Sezessionsbewegungen, v.a. in Georgien (Abchasien und Südossetien) und Moldawien (Transnistrien), das Prinzip der territorialen Integrität hochhält, das sie im Fall des Kosovo gerade mit Füßen getreten hat: „Wir sind besorgt über die anhaltenden regionalen Konflikte im Südkaukasus und Moldawien. Unsere Länder unterstützen die territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität von Armenien, Aserbaid-

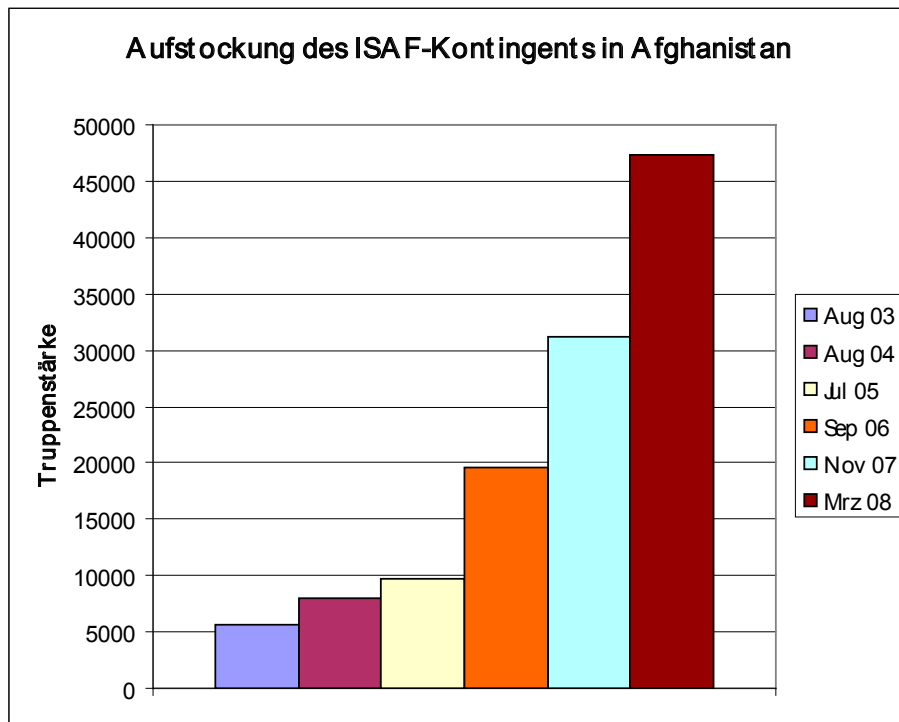
schan, Georgien und Moldawien.“

5. Afghanistan: „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“

„In Afghanistan steht die Glaubwürdigkeit der Nato auf dem Spiel“, so einer der Co-Autoren des Naumann-Papiers, der frühere niederländische Oberkommandierende Henk van den Bremen: „Die Nato steht am Scheideweg und läuft Gefahr zu scheitern.“²⁰ In der Tat, verdreifachten sich die militärischen Zusammenstöße von 2005 auf 2006 und erhöhten sich im vergangenen Jahr nochmals um etwa 30%.²¹ Die NATO selbst räumte in einem Bericht ein, die Auseinandersetzungen hätten 2007 noch einmal zugenommen, allein die Vorfälle mit Sprengfallen hätten sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt (von 1331 auf 2615).²²

Angesichts dieser Eskalation schlug der Senlis Council, ein kanadischer Think Tank, in einem neuen Bericht Ende 2007 Alarm, da die Widerstandsgruppen weiter auf dem Vormarsch seien und die „Sicherheitslage mittlerweile die Dimension einer echten Krise angenommen hat.“²³ Der Think Tank kommt dabei zu dem Ergebnis, der große Zulauf für die Aufständischen hänge maßgeblich damit zusammenhängt, dass die „internationalen Entwicklungs- und Wiederaufbaumühnungen unterfinanziert und ohne signifikante Auswirkungen auf die lokalen Lebensbedingungen waren.“²⁴ Tatsächlich ist das Urteil eines aktuellen Afghanistan-Berichts des UNDP vernichtend. Die humanitäre Situation habe sich seit 2002 verschlechtert, 61% der Bevölkerung sei weiterhin unterernährt und 68% hätten keinen Zugang zu Trinkwasser. Auch die Situation der Frauen habe sich in den letzten Jahren nicht relevant verbessert.²⁵ Dies ist umso relevanter, da der Senlis Council angibt, der Großteil des Widerstands setze sich nicht aus islamistischen Fundamentalisten zusammen, sondern aus „armutsgetriebenen ‚Graswurzelgruppen‘.“²⁶

Angesichts der massiven Eskalation hatte das Bündnis schon im Vorfeld des NATO-Gipfels in Bukarest das ISAF-Kontingent von 31.000 (November 2007) auf 47.000 Soldaten (März 2008) drastisch erhöht. Auf dem NATO-Gipfel wurde nun eine gesonderte Afghanistan-Erklärung verabschiedet, in der sich die Bündnisstaaten auf eine weitere Intensivierung ihres Kriegseingagements am Hindukusch verständigten.²⁷ Obwohl die detaillierten Afghanistan-Absprachen geheim gehalten werden, deutet vieles darauf hin, dass die NATO die US-Strategie im Irak übernommen hat, die der Aufstandsbekämpfung höchste Priorität einräumt: „Erst werden die Bemühungen



verstärkt, die Aufständischen militärisch zu schlagen und die Sicherheitskräfte Afghanistans zu stärken. Dann soll der Wiederaufbau gestärkt werden, damit man gehen kann. Damit würde es auch in Afghanistan auf absehbare Zeit keinen Vorrang für den zivilen Wiederaufbau oder auch nur ein Gleichgewicht von Militäreinsatz und zivilem Aufbau geben.“²⁸ Hierfür spricht auch, dass die USA sich dafür einsetzen, den derzeitigen NATO-Kommandeur im Irak, David Petraeus, Autor des US-Handbuchs zur Aufstandsbekämpfung (Field Manual 3-24), zum neuen NATO-Oberbefehlshaber zu machen.²⁹ Damit entspricht die gegenwärtige Entwicklung ziemlich genau den Forderungen einer im Januar 2008 erschienenen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie plädierte dafür, die US-Kriegsstrategie im Irak zu übernehmen und damit den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Kriegsplanungen der NATO, aber auch Deutschlands zu rücken.³⁰ Hierfür bedarf es aber weiterer Truppenerhöhungen, weshalb v.a. Deutschland erfolgreich unter Druck gesetzt wurde, sowohl Qualität als auch Quantität seiner Beteiligung am ISAF-Einsatz zu erhöhen.

Deutschland wird vor allem für seine Ablehnung scharf kritisiert, sich nicht an der Kriegsführung im heftig umkämpften Süden beteiligen zu wollen (der Tornado-Kompromiss reichte offenbar nicht aus, um die Verbündeten zufrieden zu stellen). Diese Sondervorbehalte (sog. caveats), so die Kritik, führten zu einer extrem ungleichen Lastenverteilung im Bündnis. „Es ist an der Zeit für Deutschland zu entscheiden, ob es ein verlässlicher Partner sein

will“, kritisierte Klaus Naumann. Indem sie auf Sonderregeln bestehe, leiste die Bundesregierung einen Beitrag zur „Auflösung der Nato.“³¹ Auch US-Verteidigungsminister Robert Gates kritisierte Deutschland auf der Münchner Sicherheitskonferenz recht unverblümt: „In der Nato sollten nicht einige Verbündete den Luxus haben, sich nur für stabilisierende und zivile Operationen zu entscheiden und damit andere Verbündete zu zwingen, eine unangemessen große Last beim Kämpfen und Sterben zu tragen.“³²

Selbst in Nordafghanistan, wo Deutschland die Führungsrolle innehat, überließ man den Norwegern und ihrer Quick Reaction Force (QRF) den Großteil der hochintensiven Kampfhandlungen. Um den Verbündeten nun entgegenzukommen, plädierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, schon im November 2007 dafür, Deutschland solle die QRF bis Mitte 2008 von Norwegen übernehmen.³³ Zum Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe gehört laut Bundeswehr nicht nur der „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden“, sondern auch „gewaltbereite Menschenmengen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.“³⁴ Bei der QRF, deren Übernahme durch Deutschland mittlerweile beschlossen ist, handelt es sich also um eine Art „Feuerwehrtruppe“, die dann ausrückt, wenn sich die militärische Lage zuzuspitzen droht, was mittlerweile auch in Nordafghanistan immer häufiger der Fall ist. So fand unter deutscher Führung und logistischer Beteiligung der Bundeswehr im Herbst 2007 der QRF-Einsatz Harekate Yolo statt, bei dem

die Kampfhandlungen am Boden von norwegischen Soldaten übernommen wurden. Die Tragweite des Einsatzes besteht darin, dass er symbolhaft für den Richtungswandel hin zur offensiven Kriegsführung steht, woran sich in Kürze auch Bundeswehrsoldaten an vorderster Front beteiligen werden: „Harekate Yolo II markiert einen Wendepunkt in der militärischen Operationsführung der ISAF im Norden Afghanistans. Militärische Kräfte hatten sich bis dahin vorrangig auf die Durchführung von Patrouillen beschränkt. [...] Künftig wird der Fokus mehr auf gemeinsamen, gezielten Offensivoperationen mit den afghanischen Sicherheitskräften liegen.“³⁵

Neben dieser qualitativen Veränderung des deutschen Einsatzes scheint auch die Aufstockung des Truppenkontingentes beschlossene Sache zu sein: „Die Bundeswehrmission in Afghanistan soll nach Plänen im Verteidigungsministerium deutlich ausgeweitet werden. Nach dpa-Informationen in München sollte aus militärischer Sicht die Obergrenze von jetzt 3500 auf 5000 bis 6000 Soldaten aufgestockt werden. Dies sei aber vermutlich politisch in Deutschland nicht durchsetzbar. Eine Anhebung auf 4500 sei aber dringend nötig, um Handlungsspielraum zu haben, hieß es. Ferner wolle das Ministerium das Einsatzgebiet um eine Provinz im Westen Afghanistans ausdehnen.“³⁶ Damit wird das Mandat jedoch lediglich an die Realität vor Ort angepasst, denn die QRF operierte im Rahmen von Harekate Yolo bereits in Westafghanistan. Entgegen den ursprünglichen Meldungen, die Ausweitung des Einsatzes werde noch im Frühsommer erfolgen, scheint es nun darauf hinauszulaufen, dass dies erst im Zuge der turnusgemäßen Mandatsverlängerung im Herbst erfolgen wird. Gleichzeitig soll das Mandat nicht wie bisher für 12 sondern für 18 oder gar 24 Monate erteilt werden, um so zu verhindern, dass dieses Thema in den Wahlkampf 2009 hineinspielt.

Mit einer klassischen Salamtaktik verschiebt sich damit der deutsche Einsatz immer weiter von der ursprünglich angepriesenen Stabilisierungs- und Wiederaufbaumission in Richtung eines offensiven Kampfeinsatzes. Auch Verteidigungsminister Franz Josef Jung unterstrich diese Entwicklung in seiner Rede bei der Kommandeurstagung Mitte März 2008: „Aber auch der Charakter unserer Einsätze wird sich den Herausforderungen anpassen müssen! Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ robustere Maßnahmen ins

Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.³⁷

6. Zivil-militärisches Besatzungskonzept

Offensichtlich liegt der derzeitige NATO-Operationsschwerpunkt auf der militärischen Aufstandsbekämpfung im Rahmen so genannter Stabilisierungs- bzw. Besatzungsmissionen, die künftig die Kernaufgabe des Bündnisses darstellen sollen.³⁸ Jedoch hat sich innerhalb des Bündnisses ein Konsens herausgebildet, dass für deren Gelingen militärische Fähigkeiten allein nicht ausreichen. Deshalb ist es erforderlich, zivile Fähigkeiten (Verwalter, humanitäre Helfer, Juristen, etc.) für das reibungslose Funktionieren dieser quasi-kolonialen Besatzungsmissionen nutzbar zu machen. Hiermit sollen zivile Kapazitäten dauerhaft dem Kommando und der Oberhoheit des Militärs unterstellt und für eine militärische Interessensdurchsetzung instrumentalisiert werden, wie aus der NATO-Definition der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (MC 411/1) eindeutig hervorgeht.³⁹

Im Naumann-Papier (S. 131) wird dieser Überlegung unter dem Stichwort des „integrierten Ansatzes“ Rechnung getragen. „Wir glauben fest daran, dass man einen bewaffneten Konflikt nicht mehr länger ausschließlich dadurch gewinnen kann, dass man so viel wie möglich Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man seine Machtbasis zerstört. Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden.“ Das NATO-Schwergewicht Hans Binnendijk fasste die diesbezüglichen Diskussionen innerhalb der NATO folgendermaßen zusammen: „Die Erfahrung zeigt, dass Konfliktbeilegung die Anwendung aller Elemente nationaler und internationaler Macht erfordert - politischer, diplomatischer, ökonomischer, finanzieller, informeller, sozialer, kommerzieller wie auch militärischer. Um Krisen zu bewältigen, sollte die NATO einen Umfassenden Ansatz (Comprehensive Approach) übernehmen, der den gleichzeitigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden zivilen und militärischen Elementente vorsieht, um Feindseligkeiten zu beenden [und] die Ordnung wiederherzustellen.“⁴⁰

Schon auf dem Gipfel in Istanbul im Jahr 2004 hatte man sich darauf verständigt, die Ausarbeitung eines solchen Besatzungskonzeptes ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen (seinerzeit noch unter dem Namen „Concerted Planning and Action“).

Zwei Jahre später auf dem Treffen in Riga wurde schließlich die Ausarbeitung eines „Aktionsplans“ beschlossen, mit dem das Zivil-militärische Besatzungskonzept - nun „Comprehensive Approach“ genannt - konkretisiert werden sollte. Dieser Aktionsplan wurde nun mit der Erklärung zum Gipfel in Bukarest (Ziffer 11) offiziell verabschiedet: „Wir haben einen Aktionsplan verabschiedet, der eine Reihe pragmatischer Vorschläge beinhaltet, den Beitrag der NATO zu einem Umfassenden Ansatz auszuarbeiten und zu implementieren. Diese Vorschläge beinhalten das Ziel, die kohärente Anwendung der NATO-eigenen Instrumente zum Krisenmanagement zu verbessern und die praktische Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf allen Ebenen auszubauen, wo immer dies nötig ist, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen. Die Vorschläge beinhalten Bereiche wie die Planung und Durchführung von Operationen; Training und Ausbildung; und die verbesserte Kooperation mit externen Akteuren. Wir beauftragen den Ständigen NATO-Rat damit, diesen Aktionsplan als eine Angelegenheit höchster Priorität zu implementieren.“

Zwar sind die konkreten Inhalte des Aktionsplans geheim, allerdings kursieren verschiedene Vorschläge, die Rückschlüsse zulassen, worin seine zentralen Komponenten bestehen könnten. So schlägt das Naumann-Papier (S. 132) vor, dass die Europäische Union der NATO ihre „zivilen“, sprich paramilitärischen Polizeieinheiten (European Gendarmerie Force) für „Stabilisierungsoperationen“ zur Verfügung stellt. Noch weiter geht der Vorschlag von Peter van Hamm im Hausblatt der Allianz, dem NATO-Review. Er plädiert für ein neues Grundsatzarrangement zwischen der NATO und der EU, mit dem zivile EU-Kapazitäten grundsätzlich für NATO-Besatzungs- und Kriegseinsätze nutzbar gemacht werden können: „Das Berlin-Plus-Abkommen beinhaltete, dass die EU auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann. Jetzt ist es Zeit für ein so genanntes umgekehrtes Berlin-Plus-Abkommen, da die NATO möglicherweise auf Instrumente der Europäischen Union wie die European Gendarmerie Force (EGF) ebenso wie auf zivile Krisenmanagementkapazitäten der EU zurückgreifen möchte.“⁴¹ Darüber hinaus schlug ein anderes NATO-Schwergewicht, Ronald Asmus, unlängst die Bildung eines stehenden Zivilkorps für Krisenreaktionseinsätze vor, das sowohl von der NATO als auch der Europäischen Union genutzt werden können soll.⁴²

Auch wenn die konkreten Inhalte des

Aktionsplans also geheim sind, scheint sicher, dass die NATO derzeit massiv den Ausbau und die Effektivierung seiner Besatzungskapazitäten vorantreibt. Ähnlich weit reichend und grundsätzlich sind die Vorschläge zur „Reform“ der bündnisinternen Entscheidungsprozesse.

7. Institutionelle Runderneuerung

Das Naumann-Papier mahnt eine tief greifende Reform der Bündnisstrukturen an. Vier Vorschläge stechen dabei besonders hervor:

a) Abschaffung nationaler Einschränkungen der Kriegsführung

Unmissverständlich fordert das Naumann-Papier (S. 126) die Einzelstaaten dazu auf, sämtliche caveats „soweit wie möglich abzuschaffen.“ Dies würde bspws. für Deutschland bedeuten, den Einsatz in Afghanistan komplett abzulehnen oder sich auch an der Kriegsführung im Süden zu beteiligen. Unterstützung findet dieser Vorschlag u.a. von US-amerikanischer Seite, aber auch von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer.⁴³

b) Abschaffung des Konsensprinzips

Ein zweites großes Manko sieht das Naumann-Papier (S. 125) darin, dass sämtliche Entscheidungen innerhalb der NATO im Konsens getroffen werden müssen⁴⁴, was die rasche und vor allem widerspruchsfreie Kriegsführung extrem behindert. „Deshalb schlagen wir [...] vor, dass die NATO das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt.“ Diese Forderung wurde unlängst bspws. auch von James Jones, von 2003 bis 2006 der oberste Kommandierende des Allianz-Militärs, erhoben. Gleichzeitig plädierte Jones dafür, aus der informellen Vereinbarung des Prager-Gipfels (2002), 2% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstungsausgaben aufzuwenden, eine formale Verpflichtung zu machen und das Prinzip abzuschaffen, dass nur die Mitgliedsländer die Kosten für NATO-Kriegseinsätze bezahlen müssen, die sich auch an ihnen beteiligen.⁴⁵

c) Nur wer Krieg führt, darf mitbestimmen

Zwar kann kein Mitgliedstaat dazu gezwungen werden, sich an militärischen Aktionen der NATO zu beteiligen. Wer dies jedoch ablehnt, soll künftig auch jeglicher Mitspracherechte verlustig gehen: „Es oblag schon immer den einzelnen Staaten, welche Kapazitäten und Truppen sie beitragen wollen. Aber Länder, die keine Truppen beitragen, sollten auch kein Mitspracherecht hinsichtlich militärischer Operationen erhalten. Aus diesem Grund schlagen wir [...] vor, dass nur die Staaten, die zu einer

Mission beitragen - das bedeutet militärische Kräfte in einer Militäroperation - ein Mitspracherecht bezüglich dieser Operation erhalten.“ (Naumann-Papier: S. 125)

d) NATO-Kriege ohne UN-Mandat

Als letztem Punkt plädieren die NATO-Planer dafür, den Rahmen für die völkerrechtlich legale Anwendung militärischer Gewalt um das Instrument der humanitären Intervention (Responsibility to Protect) zu erweitern und derartige Interventionen - wie 1999 am Beispiel des Angriffskriegs gegen Jugoslawien vorexerziert - auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchzuführen: „Zusätzlich zum offensichtlichen Fall der Selbstverteidigung erachten wir die Anwendung von Gewalt auch bei Abwesenheit einer Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat als legitim, wenn die Zeit nicht ausreicht, ihn zu involvieren oder sich der Sicherheitsrat als unfähig erweist, zeitnah eine Entscheidung zu treffen, sollten Maßnahmen nötig sein, eine große Anzahl von Menschen zu schützen.“ (Naumann-Papier: S. 121f.)

Zusammengenommen schlagen die NATO-Planer damit nicht weniger als einen fundamentalen Formwandel der NATO vor. Hierfür sollen die internen Bündnisprozesse so deformiert werden, dass sie künftig eine effektive Kriegsführung möglichst wenig behindern. Dies könnte jedoch zu der absurden Situation führen, dass ein Mitgliedsland, das einen völkerrechtswidrigen, nicht UN-mandatierten Angriffskrieg ablehnt, jeglicher Mitspracherechte beraubt werden könnte und am Ende auch noch die Kosten hierfür teilweise mittragen müsste.

8. Fazit: April 2009 - Auf nach Straßburg und Kehl

Ob tatsächlich sämtliche der hier beschriebenen Vorschläge zur Neuausrichtung der NATO umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wurde auf dem Gipfel in Bukarest die Ausarbeitung eines Dokumentes in Auftrag gegeben, das bis zum nächsten Gipfeltreffen im April 2009 pünktlich zum 60jährigen Geburtstag des Bündnisses verabschiedet werden soll. Dass dieses Dokument das bisherige Strategische Konzept von 1999 ablösen wird, ist gegenwärtig, wie eingangs erwähnt, noch unsicher. Klar ist jedoch, dass die NATO derzeit grundlegende Veränderungen auf den Weg bringt, die die Aggressivität des Bündnisses noch weiter steigern werden. Grund genug, gerade hier in Deutschland für das nächste Gipfeltreffen im April 2009, das in Kehl und Straßburg stattfinden wird, umfangreiche Proteste zu organisieren.

Anmerkungen:

¹ Naumann, Klaus/Shalikhshvili, John/Lord

Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf) (21.01.2008).

² So könnte das Ergebnis auch ein Planungsdokument, ähnlich der 2006 verabschiedeten Comprehensive Political Guidance (CPG) sein, das den Rahmen für die Neufassung der NATO-Strategie absteckt.

³ Neuber, Harald: Die NATO im Kampf um die Welt, Telepolis, 28.03.2008.

⁴ Sherwell, Philip: Bush 'is planning nuclear strikes on Iran's secret sites', The Telegraph, 11.04.2006.

⁵ Traynor, Ian: Pre-emptive nuclear strike a key option, Nato told in Brussels, The Guardian, 22.01.2008.

⁶ Pflüger, Tobias: Die NATO ist und wird immer mehr ein Kriegsführungsbündnis, IMI-Standpunkt 2008/022.

⁷ Nelson, Robert W.: Exploding the Myth About Low-Yield, Earth Penetrating Nuclear Weapons, Council for a Liveable World, FAS Issue Brief, Vol. 5, No. 7 (April 2001).

⁸ «Canard»: Gipfel spricht auch über Mini-Atombomben, DPA, 02.04.2008.

⁹ Lewis, George N./Postol, Theodore A.: European Missile Defense: The Technological Basis of Russian Concerns, Arms Control Today, Oktober 2007.

¹⁰ Als Konsortiumführer wurde Science Applications International Corporation (SAIC/USA) beauftragt. Weiter dabei: Boeing (US), Diehl (GE), EADS ST (FR), IABG (GE), TNO (NL), Raytheon (US), Alenia Spazio (IT) und Thales (FR).

¹¹ Vgl. Raketenabwehr: beschlossen, Geopowers.com, 05.03.2007.

¹² Bitter, Alexander: Die Nato und die Raketenabwehr. Implikationen für Deutschland vor dem Gipfel in Bukarest 2008, SWP-Studie, Oktober 2007, S. 25.

¹³ Bitter 2007, S. 18.

¹⁴ Russland droht mit „militärischen Überlegungen“, rp-online, 03.04.2008.

¹⁵ Scharfe Kritik aus Moskau vor NATO-Gipfel in Bukarest, AFP, 31.03.2008.

¹⁶ Putin wirft dem Westen Rüstungswettlauf vor, DPA, 09.02.2008.

¹⁷ McCain, John: Vor der Sicherheitskonferenz: In alter Freundschaft, Süddeutsche Zeitung, 07.02.2008.

¹⁸ Rede von Boris Tadic auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2008, zu finden unter www.securityconference.de

¹⁹ Putin appelliert an Nato-Staaten zur Einhaltung des Völkerrechtes, RIA Novosti, 04.04.2008.

²⁰ Traynor 2008.

²¹ Cordesman, Anthony H.: Armed Nation Building: The Real Challenge in Afghanistan, CSIS, November 2007, S. 28.

²² NATO: Progress in Afghanistan, Bucharest Summit 2-4 April 2008, URL: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/progress_afghanistan.pdf (06.04.2008).

²³ Senlis Council: Stumbling into Chaos: Afghanistan on the brink, Nov.2007, S. 7.

²⁴ Senlis 2007.

²⁵ Hamidzada, Humayun (Project Coordinator): Afghanistan Human development Report 2007, UNDP 2007, Kapitel 1.

²⁶ Senlis 2007.

²⁷ ISAF's Strategic Vision, NATO PR/CP(2008)052, URL: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-052e.html> (06.04.2008).

²⁸ Bush hat sich durchgesetzt, nicht Merkel, Interview mit Otfried Nassauer, Neues Deutschland, 05.04.2008.

²⁹ Nassauer, Otfried: Vor dem Nato-Gipfel in Bukarest, Streitkräfte und Strategien, 22.03.2008.

³⁰ Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, SWP-Aktuell, Januar 2008.

³¹ Traynor 2008.

³² Rede von Robert Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2008, zu finden unter www.securityconference.de

³³ Der Bundeswehr drohen mehr Kampfeinsätze, FAZ.net, 22.11.2007.

³⁴ Quick Reaction Force - Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.

³⁵ Noetzel/Schreer 2008, S. 3.

³⁶ Ministerium plant erhebliche Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes, DPA, 09.02.2008.

³⁷ Jung, Franz Josef, Rede bei der Kommandeurtagung, 14.03.2008, URL:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/kommandeur3.html> (06.04.2008).

³⁸ Vgl. Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007); Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006).

³⁹ Vgl. MC 411/1, 18.01.2002, insb. Abschnitt 2, Absatz 4.

⁴⁰ Binnedijk, Hans/Petersen, Friis: The Comprehensive Approach Initiative, Defense Horizons (September 2007), S. 1. Ähnlich äußerte sich US-Verteidigungsminister Robert Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz, wo er angab, dass der "Krieg im 21. Jahrhundert nicht mehr länger die strikte Trennung zwischen zivilen und militärischen Komponenten aufweist. Es gibt ein Kontinuum, das von Kampfoperationen über ökonomische Entwicklung, Regierungsführung bis hin zum Wiederaufbau reicht - häufig alles zur selben Zeit."

⁴¹ Hamm, Peter van: NATO and the Madonna Curve: why a new Strategic Concept is vital, in: NATO Review (März 2008).

⁴² Asmus, Ronald: Rethinking NATO Partnerships for the 21st Century, in: NATO Review (März 2008).

⁴³ de Hoop Scheffer betonte auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Notwendigkeit, „Limitierungen der Truppen, die so genannten caveats, aufzuheben.“

⁴⁴ Allerdings ist schon heute die so genannte konstruktive Enthaltung möglich, mit der sogar ein Dissens ohne Veto artikuliert werden kann.

⁴⁵ An interview with General James L. Jones, USMC, Retired, Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), 2003-2006, NATO Defense College, Research Paper, Januar 2008.

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Orwell lässt grüßen!

Der Lehrplan für Hauptschulen von 1994, der bis heute in Kraft ist, sieht im Gemeinschaftskundeunterricht der Klasse 9 unter Lehrplaneinheit 3 („Friedenssicherung“) vor, dass die Schüler in der Beschäftigung mit einem aktuellen Fall „unterschiedliche Mittel und Wege kennen [lernen sollen], die bei der Lösung zwischenstaatlicher Konflikte und zur Sicherung des Friedens möglich sind. Sie sollen erkennen, daß die Bundeswehr eine parlamentarisch kontrollierte Verteidigungsarmee ist.“

90 Tagessätze für toten Oberfeldwebel

Per Strafbefehl wurde ein Angehöriger des KSK zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen wegen „fahrlässiger Tötung“ seines Vorgesetzten bei einer Schießübung verurteilt. Mutmaßlich habe er einen Oberfeldwebel durch sein Nachtsichtgerät mit einer Attrappe verwechselt und mit zwei Schüssen in der Brust getroffen, woraufhin dieser verblutete. Entgegen dem dringenden Raten von Richter und Staatsanwaltschaft hat der 26-jährige Oberstleutnant zur See zunächst Widerspruch hiergegen eingelegt. In der deshalb Ende März in Hechingen stattfindenden Hauptverhandlung zeigten die als Zeugen vernommenen KSK-Soldaten zwar die für sie mittlerweile typischen Gedächtnislücken, dennoch wurde deutlich, dass eine weitere Verhandlung eine deutlich höhere Strafe und vermutlich auch „unangenehme Details“ hervorbrächte. Deshalb zog der Angeklagte seinen Widerspruch zurück, womit das ursprüngliche Strafmaß bestehen bleibt.

Abschiebeschutz für türkischen Kriegsdienstverweigerer

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat einem türkischen Kriegsdienstverweigerer Abschiebeschutz gewährt. Nachdem er ausreisepflichtig wurde, beantragte er Asyl, weil er Militär generell ablehnt und keine Waffe in die Hand nehmen würde. Dies hatte er bereits beim türkischen Konsulat angekündigt und seine Haltung gegenüber dem türkischen Militär schon in mehreren Artikeln, u.a. im

AUSDRUCK, begründet. Er war außerdem an Solidaritätsaktionen für den in der Türkei den Kriegsdienst verweigernden Mehmet Tarhan beteiligt und ist langjähriges Mitglied der Informationsstelle Militarisierung. Das BAMF anerkannte somit, dass eine Abschiebung in die Türkei ihn zum Dienst an der Waffe zwingen würde oder anderenfalls Folter oder unmenschliche Behandlung als Konsequenz hätte, weshalb sie gegen das Grundgesetz verstoße. Der Kriegsdienstverweigerer wartet nun auf seine Aufenthaltsgenehmigung.

Waffen nach Kongo

Mit UN-Resolution 1807 wurde das Waffenembargo gegen die Demokratische Republik Congo (DRC) samt entsprechender Kontrollmechanismen aufgehoben. Zur Begründung hieß es, die DRC sei ein souveräner Staat mit einer gewählten Regierung. Wenige Tage zuvor wurde das Mandat des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte beendet. Dieser hatte Ende März einen Bericht vorgelegt, nach dem insbesondere die sexuelle Gewalt durch die Sicherheitskräfte der DRC weiter zunehme.

Zwar gilt das Embargo weiterhin für die regierungsfeindlichen Milizen, in weiten Teilen des Landes wird aber die offizielle Armee der Regierung (FARDC) für die meisten Übergriffe verantwortlich gemacht. In ihr sind auch viele ehemalige Milizen aufgegangen und aus ihr gehen auch gelegentlich neue Milizen hervor - insbesondere, nachdem neue Waffen angekommen sind.

Karriere-Treff Bundeswehr

Das Zentrum für Messe- und Eventmarketing der Bundeswehr (ZeMEMBw) hat am 31.3.2008 in Münster eine neue Tour des KarriereTreff Bundeswehr in Münster gestartet. Bis 28.10.2008 soll in diesem Rahmen in 40 Städten Werbung für den Soldatenberuf gemacht werden. Die Kosten hierfür werden auf 1,3 Mio. Euro geschätzt. Bei der Tour 2007 ergaben sich nach Angaben des ZeMEMBw 1.749 „Qualitätskontakte“, 2.714 „Langfristkontakte“ und 14.685 „Informationsgespräche“. Beim diesjährigen Auftakt zogen allerdings die ebenfalls anwesenden Kräfte der Clandestine Insurgent Rebel Clown Army wesentlich mehr Aufmerksamkeit auf sich. Eine

Liste mit den Terminen des KarriereTreffs und weiterer Werbeveranstaltungen der Bundeswehr hat die Regierung auf Anfrage der Fraktion „Die Linke“ veröffentlicht (BT-Drucksache 16/8355).

Erdkunde: mangelhaft!

Am dritten März wurden zwei französische Soldaten der EUFOR Chad/CAR-Mission unter Beschuss genommen, nachdem sie angeblich versehentlich mit ihrem Geländewagen die Grenze zum Sudan passiert hatten. Dabei kam einer der Soldaten um, der andere wurde verletzt. Offizieller Auftrag der EUFOR-Soldaten ist es, die Flüchtlingslager im Osten des Tschad zu schützen.

Experimente mit Giftgas

Am 14.3.2008 trat bei einem Versuch an der TU München das hochgiftige Gas Phosgen aus. Es ist als Kampfstoff aus dem Ersten Weltkrieg bekannt und hat damals zehntausende Menschenleben gefordert. Nachdem das Gas ausgetreten war, wurden in einem Großeinsatz das Gebäude der TU München geräumt und 40 Menschen im Krankenhaus untersucht. Zwei Wissenschaftler wurden später auf die Intensivstation verlegt. Worum es bei dem Versuch ging und warum das Gas ausgetreten ist, blieb bislang unklar. Die Kriminalpolizei habe alle Dokumente in diesem Zusammenhang beschlagnahmt.

Polizei befreit Soldaten

Einbrecher haben in Chile neun Soldaten der Bundeswehr in ihrer Unterkunft überfallen, gefesselt und bei Eintreffen der Polizei als Geiseln genommen. Erst in einer Schießerei zwischen den Einbrechern, die offensichtlich auf der Suche nach Wertgegenständen waren, und der örtlichen Polizei konnten sie befreit werden. Die Täter, von denen einer gerade 14 Jahre alt war, wurden festgenommen. Die deutschen Soldaten wurden nur leicht verletzt. Sie sind in Chile, um die dortigen Soldaten im Umgang mit den 140 von Deutschland gelieferten Leopard-Panzern auszubilden.



Dabei sein ist alles?

*Kämpfe für Selbstbestimmung
und gegen globale Ausschlüsse*

BUKO31 - Kongress
9.-12.05.08
Uni Dortmund, Campus Nord

Anmeldung und weitere
Informationen unter:

www.buko.info

Themenschwerpunkt: Sicherheitssektor EU?

Im April und Mai 2008 werden Bundestag und Bundesrat den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) verabschieden. Eine breite gesellschaftliche Diskussion über dessen Inhalt und Bedeutung wird – aller Voraussicht nach – nicht stattfinden. Dabei hat es der Vertrag in sich: er schreibt eine schrittweise Aufrüstung aller Mitgliedsstaaten vor, ermöglicht den Einsatz der Armeen im europäischen In- und Ausland und sieht die Einrichtung eines gemeinsamen Rüstungshaushaltes vor. Schon heute werden EU-Militärmissionen beschlossen, ohne dass dies überhaupt in größerem Maßstab bekannt würde, jüngst in der Zentralafrikanischen Republik Tschad und in Guinea-Bissau.

Im Kern ist die EU allerdings ein neoliberaleres Projekt, das sich der gewaltsamen Öffnung externer Märkte, der militärischen Absicherung der Rohstoffwege und der Unterstützung der eigenen Industrien einschließlich ihrer „kritischen Infrastrukturen“ nicht zuletzt gegen deren eigene Belegschaften verpflichtet hat.

Die EU hat Grenzen niedrigergerissen – für Waren und Kapital. Doch Schengen und auch das europäische Recht können jederzeit außer Kraft gesetzt werden, wenn sich ein Staat in seiner Sicherheit bedroht fühlt. Auch andere Grenzen wurden aufgeweicht, nämlich diejenigen, welche die Gewaltorgane der Mitgliedsstaaten an ein Territorium und eine Rechtsordnung banden. Auch die nationalen Armeen und Rüstungsindustrien haben sich aufeinander zu bewegt und damit vermutlich tatsächlich einen innereuropäischen Staatenkrieg verunmöglicht. Der Preis hierfür scheinen allerdings kontinuierliche militärische „Stabilisierungsmaßnahmen“ jenseits zu sein. Die EU wird nicht in Frieden existieren und analog zur Formel, dass Äußere und Innere Sicherheit nicht mehr zu trennen seien, wird sie auch in ihrem Inneren keinen Frieden mehr finden. Entsprechend ist auch keine Zeit für demokratische Verfahren oder individuellen Rechtsschutz. Es muss entschieden regiert werden mit effizienten Verfahren und effektiv verwaltet werden mit „best practices“.

Grund genug, sich mit der neuen Herrschaftsstruktur vertraut zu machen – freilich ohne mit ihr Frieden zu schließen. Wir glauben, dass ein Leben und Widerstand im Sicherheitssektor EU möglich ist. Das skeptische Desinteresse, das Teile der Linken der EU bislang entgegengebracht haben, erweiterte nur den Spielraum ihrer SicherheitsagentInnen und überließ die beschränkten Möglichkeiten der Partizipation auf europäischer Ebene überwiegend unwidersprochenen mächtigen und finanzstarken LobbyistInnen. Eine europäische Opposition von unten als Antwort auf eine supranationale Governance-Struktur von oben entwickelt sich nur langsam und träge. Vielleicht auch, weil dieser die Ideen fehlen, wie die EU zu kritisieren ist, ohne auf nationalstaatliche Modelle der Partizipation, der Grundrechte und der Sozialpolitik zurückzufallen. Wie kann auf die Entgrenzung von Oben mit einer sozialen und emanzipatorischen Ent-Grenzung von Unten reagiert werden? Diese Frage möchten wir auf diesem BUKO stellen. Und wir wollen die EU in ihren einzelnen Politikbereichen darstellen, bloßstellen, ein- und angreifbar machen.

Veranstaltungen mit IMI-Beteiligung auf dem BUKO:

Freitag, 09.05.2008, 17:00-18:30h

Crashkurs EU

diverse

Samstag, 10.05.2008, 10:00-11:30

FRONTEX - vernetzte Sicherheit gegen Flüchtlinge

Conni Gunsser (Flüchtlingsrat Hamburg und euro-afrikanisches Netzwerk) und Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisierung)

Samstag, 10.05.2008, 12:00-13:30

Konzernmacht EUropa

Lydia Krüger, Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung)

Samstag, 10.05.2008, 15:00-17:00

No Border, No Nation, No War?

Podium zur Bewertung der Europäischen Union aus internationalistischer Perspektive

Bernd Drücke (Graswurzelrevolution), Kamil Majchrzak (Krise und Kritik), Karl Kopp (Pro Asyl), weitere angefragt.

Sonntag, 11.05.2008, 10:00-11:30

Das EUropa der Polizeien - Zur Europäischen Sicherheitsarchitektur

IMI/Gipfelsoli

Sonntag, 11.05.2008, 15:00-16:30

Die Europäische Kriegspolitik nach dem Reformvertrag

Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung), Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung) und Adolf Riekenberg (Koordinierungskreis Attac)

Sonntag, 11.05.2008, 17:00-18:30

„Gescheiterte Staaten“ und der neue Kolonialismus

Ismail Kuepeli, Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisierung)

N.N.

Gegen den NATO-Gipfel 2009 in Kehl und Strassburg

Offenes Vernetzungstreffen zur Gegenmobilisierung



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154